

Internationale Münchner Friedenskonferenz 2009

München 6.2. - 8. 2. 2009

Globale Bedrohungen für den Frieden - Zivile Antworten

Beiträge und Texte von der Konferenz

u. a. von:

Mary-Wynne Ashford

Jakob von Uexküll

Werner Ruf

Clemens Ronnefeldt

Hans-Christof von Sponeck

Hep Monatzeder

Jürgen Menzel

Andreas Zumach

Hildebrecht Braun

Axel Berg

Eva Bulling-Schröter

Winfried Nachtwei



FRIEDEN UND GERECHTIGKEIT GESTALTEN - NEIN ZUM KRIEG

Impressum

Dokumentation der Internationalen Münchener Friedenskonferenz 2009

Frieden und Gerechtigkeit gestalten – Nein zum Krieg Globale Bedrohungen für den Frieden – Zivile Antworten

München, 6.2. – 8.2. 2009

Herausgegeben vom Helmut-Michael-Vogel Bildungswerk der DFG-VK Bayern

Redaktion: Thomas Rödl, Heinz Staudacher

Eigendruck im Selbstverlag, ViSdP: Thomas Rödl, c/o DFG-VK, Schwanthalerstr. 133, 80339 München

Zusammenfassung der Vorträge, Abschriften vom Tonträger und Textbearbeitungen: Gudrun Haas, Thomas Rödl, Eva Rosendahl, Gertrud Scherer, Heinz Staudacher

Umschlag: Heinz Staudacher

Lay-out: Werner Bergheim, gesetzt aus Charis SIL und Pigiarniq

Bildmaterial: Antje Wagner, Heinz Staudacher, Beppo Wüllner, Martin Pilgram

Unser Dank gilt allen, die uns bei der Ausrichtung der Konferenz unterstützt und ermuntert haben. Besonderer Dank gilt den ReferentInnen und Dolmetscherinnen, Birgit Saßmannshaus mit ihren Musikeinlagen, der World Peace Prayer Society (WPPS) für die Bereitstellung der Fahndekoration (183 Nationen), dem AUDITORIUM-Netzwerk für die DVD-Aufnahme* beim Internationalen Forum, allen Spender- und UnterstützerInnen (DGB-Bezirk München; Simultan-Konferenztechnik Sikon GmbH, München; ulenspiegel druck gmbh, Andechs; Berghofstiftung; Rosa-Luxemburg-Stiftung), dem Kulturreferat der Landeshauptstadt München, den Trägerorganisationen und allen HelferInnen bei der Vorbereitung der Veranstaltungen.

* DVD zu beziehen unter www.auditorium-netzwerk.de

Trägerkreis

weitere Informationen Seite 82 bis 86

- Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Landesverband Bayern
- Friedensinitiative Christen in der Region München e.V.
- Internationaler Versöhnungsbund, deutscher Zweig e.V.
- Internationale katholische Friedensbewegung pax christi im Erzbistum München-Freising
- NaturwissenschaftlerInneninitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit
- Kreisjugendring München-Stadt
- Netzwerk Friedenssteuer, Region Bayern
- Bund Naturschutz, Kreisgruppe München e.V.
- Projektgruppe „Münchener Sicherheitskonferenz verändern“
- Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München e.V.

Die Organisation erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Bayern sowie mit der freundlichen Unterstützung des Kulturreferates der Landeshauptstadt München.

Inhaltsverzeichnis

Impressum/Trägerkreis	1
Aufruf zur Münchner Friedenskonferenz 2009	4
Internationales Forum: „Globale Bedrohungen für den Frieden – Zivile Antworten“ am 6.2.2009 im Saal des Alten Rathauses	
Grußwort der Stadt München	Hep Monatzeder 5
Grußwort der Schirmherren	Hans-Christof von Sponeck 7
Globale Bedrohungen für den Frieden – Zivile Antworten	Jakob von Uexküll 9
	Mary-Wynne Ashford 13
	Werner Ruf 17
Diskussionsforum und Workshop am 7.2.2009 „Globale Bedrohungen für den Frieden – Zivile Antworten“ mit M.-Wynne Ashford und J. v. Uexküll	21
Vorstellung der Kampagne „Vorrang für Zivil“	39
Aktuelle Runde: „Positionen der Friedensbewegung – Antworten der Parteien“ am 7.2.2009 im Großen Saal des DGB-Haus Diskussionsveranstaltung mit Hildebrecht Braun (FDP), Axel Berg (SPD), Winfried Nachtwei (B90/Grüne), Eva Bulling-Schröter (Die Linke), Andreas Zumach (Vertreter der Friedensbewegung)	42
Friedensgebet der Religionen: „Gibt Glaube Sicherheit?“ am 8.2.2009 im Pfarrsaal St. Anna	55
zu den ReferentInnen	56
Presseecho	70
Informationen zu den Trägerorganisationen	82



Aufruf zur Internationalen Münchner Friedenskonferenz 2009



„Nie wieder Krieg!“ – Eine Forderung, populär und nahezu unumstritten im Nachkriegsdeutschland – dennoch stehen heute wieder deutsche SoldatInnen in vielen Teilen der Welt! Gehört derartiges Handeln wirklich zu den „normalen“ Aufgaben eines Landes? Wir fragen genau das: Ist Krieg wirklich „normal“ und gehört er unvermeidlich dazu?

Viele der an der „Sicherheits“-Konferenz beteiligten Politikerinnen und Politiker erklären, es ginge um die Sicherheit der Bevölkerung ihrer Länder. Um diese Sicherheit zu sichern vergrößern sie die Militärpotentiale, vereinbaren verstärkte internationale Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet und intervenieren in immer mehr Ländern der Erde.

Seit 7 Jahren steht deshalb Deutschland mit seiner Militärmaschinerie in Afghanistan. Was diese dort tut, wird - mit dem Hinweis auf die Aufbauarbeiten - als Beitrag zur Befriedung des Landes bezeichnet. Unsere Regierung weigert sich beharrlich, die Situation in Afghanistan als Krieg zu bezeichnen – selbst entgegen entsprechenden Äußerungen des ehemaligen Verteidigungsministers Volker Rühe.* Die „notwendi-

gen Kampfhandlungen“ gegen die Taliban bleiben eine Chiffre, die die zahllosen Opfer unter der afghanischen Zivilbevölkerung ausblendet. Nachrichten über Bombardierungen und Situationen, in denen geschossen wird – auch auf Zivilpersonen und durch unsere Militärs – häufen sich. Uns aber will man glauben machen, in Afghanistan würde der Frieden hergestellt und damit auch für unsere Sicherheit gesorgt. Militärische Anti-Terror-Operationen fordern zivile Opfer und schaffen neue Feinde der Besatzungstruppen. Gleichzeitig vernehmen wir verstärkt Warnungen vor Anschlägen auch in unserem Land. Damit einher gehen weit reichende Einschränkungen unserer Bürgerrechte, wie u. a. das neue Versammlungsgesetz in Bayern deutlich zeigt.

Um welche Sicherheit geht es aber dann, wenn für die Menschen hier wie dort das Leben unsicherer wird? Interventionskriege dienen doch offensichtlich dem Zugriff auf Rohstoffe und dem Ausbau von Machtpositionen. Durch Interventionspolitik und die damit verbundene Hochrüstung werden Ressourcen vergeudet und immer neue Konfliktherde geschaffen.

Ein Umsteuern ist möglich!

Die „Internationale Münchner Friedenskonferenz“ beschäftigt sich seit Jahren mit der Überwindung des überholten Sicherheitsdenkens durch militärische Dominanz. Wir stellen Ansätze und Wege vor, wie Frieden und gemeinsame Sicherheit durch Interessenausgleich erreicht werden kann, wobei kulturelle und religiöse Unterschiede mit einbezogen werden. Es gibt detaillierte Konzepte für zivile Konfliktbearbeitung im gesellschaftlichen Bereich und ermutigende Erfahrungen auf internationaler Ebene. Für diese vom Militär unabhängige zivile Konfliktarbeit in Krisenregionen mangelt es aber nach wie vor an ausreichender politischer und finanzieller Unterstützung.

Frieden und Sicherheit erwachsen aus Interessenausgleich und Gerechtigkeit. Der Einsatz für politische und soziale Gerechtigkeit sowie für die Erhaltung der Umwelt ist natürlicher Bestandteil der Friedensarbeit.

Wir setzen uns mit unserem Handeln und der Internationalen Münchner Friedenskonferenz dafür ein, dass die Menschen friedlich in sozialer Gerechtigkeit miteinander leben und verantwortlich mit der Natur umgehen.

* Süddeutsche Zeitung vom 22.8.2008

Internationales Forum

Globale Bedrohungen für den Frieden – Zivile Antworten

Grußworte

Hep Monatzeder

3. Bürgermeister
der Landeshaupt-
stadt München



Sehr geehrte Damen
und Herren,

ich begrüße Sie ganz herzlich im Namen der Landeshauptstadt München zur Auftaktveranstaltung der Internationalen Münchner Friedenskonferenz 2009!

Die Stadt eröffnet seit Jahren die Internationale Friedenskonferenz, die parallel zur Sicherheitskonferenz stattfindet. Hierfür stellen wir gerne den Saal des Alten Rathauses, diesen schönsten, größten und repräsentativsten Saal Münchens zur Verfügung. Weil ich – und hier kann ich im Namen der Landeshauptstadt München sprechen – sage: wir brauchen Sie! München braucht die Friedenskonferenz und wir brauchen Sie als Menschen, die sich aktiv für eine friedlichere Welt engagieren. Ich danke auch der Münchner Friedensbewegung und insbesondere der Deutschen Friedensgesellschaft/vereinigte Kriegsdienstgegner für die Organisation der Friedenskonferenz!

Ich danke Ihnen für Ihre kritische Begleitung der Sicherheitskonferenz. Denn nicht nur die deutsche und die europäische Politik muss sich zu Recht fortwährend fragen lassen: Sind die Einsätze, beispielsweise der in Afghanistan, wirklich gerechtfertigt?

Tragen Sie dazu bei, langfristig stabile Verhältnisse in dieser Region zu erreichen? Wir müssen an der Vision einer friedlichen Welt ohne Kriege unbedingt festhalten und dieses Ziel weiter verfolgen! Ich bin wie Sie fest davon überzeugt, dass ein Umsteuern möglich ist. Es muss sogar möglich sein, denn es gibt keine Alternative!

Die Landeshauptstadt München ist deshalb auch Mitglied bei „Mayor for Peace“, einer Organisation, der sich Städte der ganzen Welt angeschlossen haben, um sich gegen Atombomben und Aufrüstung einzusetzen.

Ich danke den Veranstaltern und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auch deshalb, weil auf der Friedenskonferenz dieses Wochenende neue Ideen vorgestellt werden, die Alternativen und Wege aufzeigen, wie die Vision einer friedlichen Welt Realität werden könnte. Ich finde diese alternativen Lösungsansätze sehr wichtig und auch wichtig, dass in die Entwicklung dieser Ansätze investiert wird. Leider sind die Mittel für Friedensforschung sehr viel geringer als die für kriegsfördernde

Maßnahmen, wie z.B. die der amerikanischen thinktanks, die den Weg zum Irak-Krieg gezeichnet haben.

Um so wichtiger ist, dass die zivilen Lösungen diskutiert und so breiter in die Öffentlichkeit getragen werden! Dies geschieht bei der heutigen Veranstaltung mit dem Titel „Globale Bedrohung für den Frieden – Zivile Antworten“, aber auch das ganze Wochenende, so beispielsweise auch morgen mit der Veranstaltung Vorstellung der Kampagne „Vorrang für Zivil“, bei der ganz konkrete Beispiele aufgezeigt werden, wie zivile Konfliktbearbeitung in Krisenregionen arbeitet. Solche Impulse brauchen wir!

Denn Sie wissen es und sehen leider alle, die Welt ist nicht friedlicher geworden. Dies kann ein Barack Obama, in den wir alle gewisse Hoffnungen setzen, sicherlich alleine auch nicht lösen. Nicht nur im Israel-Palästina-Konflikt wird die Hilfe der internationalen Staatengemeinschaft nötig sein.

Von der Welt völlig vergessen scheint z.B. der Krieg im Ostkongo zu sein, wo sich zur Zeit ein Drama



abspielt, das wir uns kaum vorstellen können: Grausame Morde an der Zivilbevölkerung, systematische Vergewaltigungen und Vertreibungen. Die Internationale Staatengemeinschaft schaut hilflos zu. Hier bedarf es ganz schnell eines Handelns, auch eines stärkeren UNO-Engagements vor Ort. Die Blauhelme sind zwar im Kongo stationiert, aber zu schwach und nicht direkt im Krisengebiet.

Gleiches gilt für Darfur im Sudan, wo es seit längerem Völkermord gibt – nach UNO-Schätzungen sind seit dem Jahr 2003 300.000 Menschen gewaltsam umgekommen und 2,5 Millionen vertrieben worden, und viele durch systematische Vergewaltigungen traumatisiert.

In Europa und den angrenzenden Regionen gibt uns der geplante Raketenanschlag in Ost und Mitteleuropa und die Situation im Zentralkaukasus auch keinen Anlass zur Zuversicht. Auch deshalb ist die Friedensbewegung, heute, wie in den 80er Jahren wichtig und notwendig!

Lassen Sie mich auf München zurückkommen und noch etwas zur Friedens- und zur Sicherheitskonferenz sagen: Ich begrüße, dass die Veranstalter beider Konferenzen aufeinander zugegangen sind, und dass dieses Jahr zum ersten Mal im Vorfeld Gespräche stattfanden. Ich bedanke mich bei der Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern e.V.“, die auch die Friedenskonferenz mit vorbereitet und schon früher den Dialog mit Vertretern der Sicherheitskonferenz gesucht hat. Ich begrüße die Offenheit des neuen Vorsitzenden der Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger, der zu Gesprächen bereit war und sie auch suchte und weiter führt. Er lässt auch erstmals einen sogenannten Kritiker und Gegner der Sicherheitskonferenz als Beobachter teilnehmen. Eine gute Fortsetzung wäre, dass eines Tages, wie dies umgekehrt bereits geschieht, Vertreter und Fachleute der Friedenskonferenz auch als Redner auf Podien bei der Sicherheitskonferenz sind. Die

diesjährigen Gespräche sind aber ein Anfang.

Ich begrüße last but not least ganz herzlich die hochkarätigen Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer,
Frau Dr. Mary-Wynne Ashford,
Herrn Jakob von Uexküll,
Herrn Prof. Werner Ruf
und die hier schon alt vertrauten Schirmherren Prof. Hans-Peter Dürr und Hans Christof von Sponeck

und den Moderator Clemens Ronnefeldt, der die Podiumsteilnehmer jetzt noch ausführlicher vorstellen wird.

Ich wünsche Ihnen heute und auf den Veranstaltungen der nächsten beiden Tage viele neue Erkenntnisse, die hoffentlich früher oder später von der Politik aufgenommen werden. Und einen schönen Aufenthalt in München!



Es spielte die Cellistin **Birgit Saßmannshaus**, die in Würzburg und München studiert hat, Aufnahmen u.a. mit dem Orchester des Bayrischen Rundfunks eingespielte und als Dozentin an der Hochschule für Musik und Theater in München arbeitet. Sie hat musikalisch durch den Abend begleitet. Frieden ist eine ganzheitliche Angelegenheit.

Hans-Christof von Sponeck

Schirmherr der Internationalen Münchner Friedenskonferenz



Auf der Suche nach Multilateralismus

„Wenn sich die in ihrem Bewusstsein befreiten Menschen zusammenfinden und sich verbünden, sind sie im Stande, eine Flutwelle zu bilden, die das Imperium der Schande aushöhlen und hinwegfegen kann.“

Jean Ziegler

Ich kenne niemand, der behauptet gegen den Frieden zu sein.

Wenn jedermann für Frieden ist, warum wird von ‚Globaler Bedrohung‘ gesprochen? Warum nehmen gerade in diesen Tagen die Kundgebungen für den Frieden weltweit zu? Hat dies mit dem Widerstand gegen kollektive Gier, Doppelmoral und uneingelöste Versprechen zu tun? Ist es ein Protest gegen Ungleichheit? Ein Aufschrei gegen Hunger und Arbeitslosigkeit? Gegen materielle und spirituelle Armut?

In der Welt der Vereinten Nationen ist der Weg zum Frieden vorgezeichnet. Hier geht es um Gleichberechtigung, Gerechtigkeit, Grundfreiheiten

für alle. Es geht um friedliche Mittel zur Lösung von Streitigkeiten. Es geht um Gemeinwohl.

Einen solchen Multilateralismus gibt es, leider aber nur auf UNO Papier!

Dies soll kein Beitrag für Untergangsstimmung sein. Wohl aber ein Aufruf, sich mit offenen Augen, Mut und Entschlossenheit unserer Welt zu stellen. Harte Zeiten geben uns den Impuls zur Reflektion, zur Aufarbeitung – die Herausforderung des Augenblicks für uns, für die Menschlichkeit, richtig zu nutzen, um eine Umkehr einzuleiten.

Friedensbewegungen bei uns und weltweit sollten mit Genugtuung wahrnehmen, dass sie in diesen kritischen Tagen die Legitimität ihres Einsatzes für den Frieden zugesprochen bekommen. Was gestern als blauäugig, naiv, verwirrt und unrealistisch abgewiesen wurde, ist heute Teil der weltpolitischen Debatte. Man kann uns nicht mehr ignorieren.

Dies muss uns beflügeln und ansprechen, in dieser Friedenskonferenz

und überall. Es muss uns Selbstvertrauen geben, im Klartext zu sprechen.

Dazu gehören für mich drei Aussagen:

1. Das Lebensgebäude der modernen Welt ist marode. Mit einer Reparatur kommen wir daher nicht weiter. Es geht um einen Neubau.
2. Wir müssen endlich fündig werden auf der Suche nach einer Umsetzung unserer Vision für ein Leben in Frieden, d.h., ein Leben mit Menschenrechten und Menschenpflichten.
3. Unsere Volksvertreter sollen verstehen, dass wir es Ernst meinen. Die Akzeptanz unseres Auftrags an die Politiker ist deren Verpflichtung zur Umsetzung. Volksvertreter in eigener Sache und ohne Konsequenzen für ihr Handeln müssen der Vergangenheit angehören.

In diesem Sinne hoffe ich auf eine gewinnbringende Münchener Friedenskonferenz 2009, nicht im Schatten, sondern inzwischen neben der Münchener Sicherheitskonferenz.

Moderation und Einführung

Clemens Ronnefeldt, seit 1992 Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes, dort tätig mit dem Schwerpunkt Naher und Mittleren Osten.

Während in den Beratungen im Bayrischen Hof zahlreiche Mächtige dieser Erde nicht zurückschrecken, in ihrem Konfliktmanagement auch militärische Mittel einzusetzen, sind wir in unserer alternativen Internationalen Münchner Friedenskonferenz der Ansicht, dass die großen Menschheitsprobleme nur gewaltfrei und mit zivilen Mitteln gelöst werden können.

Auf Initiative der Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ haben sich Mitglieder des Vorbereitungsteams dieser Friedenskonferenz bereits zweimal mit Wolfgang Ischinger, dem Chefkoordinator der Sicherheitskonferenz im Bayrischen Hof, zu einem Dialog getroffen.

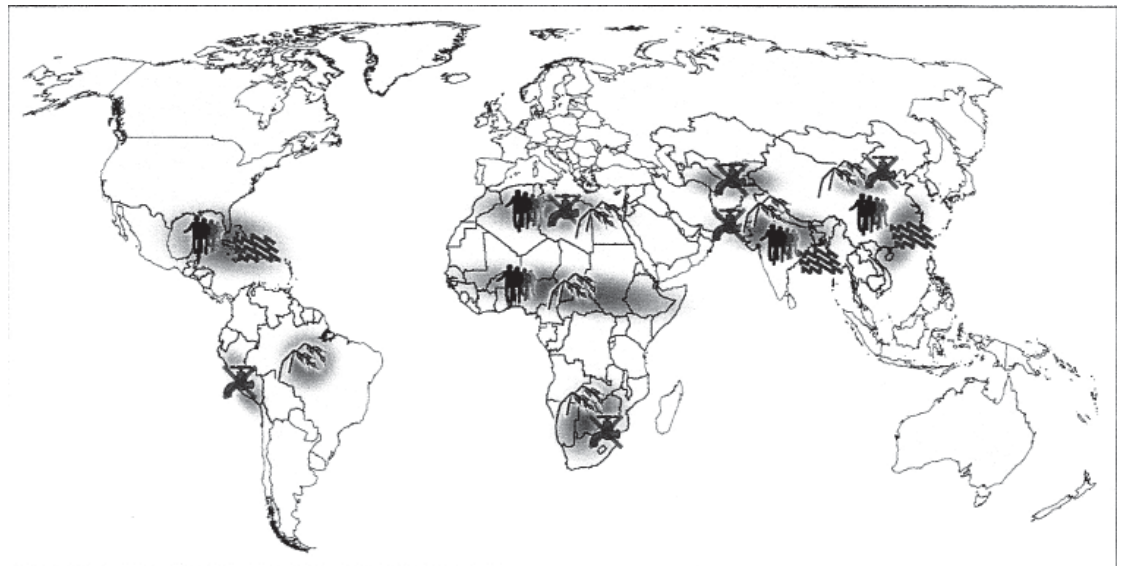
Wir haben eine Simultan-Dolmetscheranlage für diejenigen, die den Beitrag von Frau Ashford, die englisch sprechen wird, gerne in deutscher Sprache hören möchten.

In der Pause können sie Fragen, die Ihnen während der beiden ersten Vorträge gekommen sind, auf diese Zettel schreiben und am Eingang abgeben. Wir haben vorgesehen, nach dem dritten Beitrag von Professor Ruf ihre Fragen an das Podium hier oben zu stellen.

Zum Einstieg in unser Thema „Globale Bedrohung für den Frieden - zivile Antworten“ möchte ich Ihnen eine Weltkarte des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen ([www. WBGU.de](http://www.WBGU.de)) vorstellen.

Sie zeigt einige der globalen Bedrohungen, vor denen wir aufgrund des Klimawandels stehen:

Die Karte zeigt auch: Während auf der nördlichen Halbkugel der Erde durch einen übermäßigen Energiekonsum die weltweiten Klimaprobleme hauptsächlich verursacht werden, leben die Hauptleidtragenden dieses Lebensstils auf der Südhalbkugel.



Konfliktkonstellationen in ausgewählten Brennpunkten



Klimabedingte Degradation von Süßwasserressourcen



Klimabedingter Rückgang der Nahrungsmittelproduktion



Klimabedingte Zunahme von Sturm- und Flutkatastrophen



Umweltbedingte Migration



Brennpunkt

Keine dieser großen weltweiten Herausforderungen kann mit militärischen Mitteln gelöst werden - im Gegenteil: Die Unsummen verschlingende

Rüstung bindet notwendige finanzielle Ressourcen, die zur Lösung dieser Probleme notwendig wären - und sichert gleichzeitig die Interessen der reichen Länder dieser Erde gegen die Armen ab.

Antworten auf diese und andere Herausforderungen erhoffen wir von der Referentin und den beiden Referenten des heutigen Abends.

Jakob von Uexküll

Globale Bedrohungen für den Frieden – Zivile Antworten

Jakob von Uexküll, Gründer des Right Livelihood Award (Alternativer Nobelpreis) und Gründer des „Welt – Zukunft – Rates“ WFC (World Future Council).

Jakob von Uexküll wurde in Uppsala, Schweden geboren. Nach seiner Schulzeit in Schweden und Deutschland schloss er sein Studium in Oxford mit einem Master of Arts in Politikwissenschaften, Philosophie und Wirtschaftswissenschaften ab. Er ist ehemaliges Mitglied des Political Affairs Committee des Europaparlaments. Er besitzt die schwedische und die deutsche Staatsbürgerschaft und lebt derzeit mit seiner Familie in London.

Er ist Autor diverser Publikationen und Bücher sowie Träger zahlreicher Auszeichnungen. (s. auch S. 67)

Wir erleben heute „das Ende des Anderen“ (Ulrich Beck). Die Folgen unserer Entscheidungen und Nicht-Entscheidungen sind zeitlich weiterreichender als je zuvor - sogar geologische Zeiträume sind dadurch moralisch relevant geworden - und diese Folgen sind auch zum ersten Mal in der Geschichte global.

Die Folgen der wirtschaftlichen Globalisierung sind dabei noch am ehesten zu beherrschen, denn sie sind kein Naturereignis, sondern politisch gewollt und mit Hilfe von detaillierten Regelwerken durchgesetzt, die jederzeit geändert werden können, wie wir zur Zeit sehen. Der US-Ökonom und Alternative Nobelpreisträger Prof. Hermann Daly beschreibt die wirtschaftliche Globalisierung als den letzten Versuch, den natürlichen Grenzen des Wachstums zu entkommen, indem man in den ökonomischen und ökologischen

Raum anderer Länder hineinwächst.

Diese Grenzen sind aber jetzt endgültig erreicht. Das Klima-Chaos erlaubt kein Entkommen. Die Folgen der ökologischen Globalisierung sind nicht steuerbar. Denn Geldschulden können notfalls gestundet oder umgeschuldet werden. Sogar die Folgen eines finanziellen Bankrotts sind bald überwunden, wie viele historische Beispiele zeigen. Aber die Folgen eines Umweltbankrotts können ewig nachwirken! Dazu ein paar Grundwahrheiten: Ökonomische Gesetze können Naturgesetze nicht brechen. Mit schmelzenden Gletschern kann man nicht verhandeln und für eine zerstörte Umwelt kann keine Regierung Rettungspakete liefern.

Der Klima-Bericht von Sir Nicholas Stern beschreibt den Klimawandel als das größte Marktversagen aller Zeiten. Es handelt sich aber auch um ein beispielloses Politik- und Medienversagen, denn das Klima-Chaos ist ja nicht von informierten Bürgern gewählt worden.

Menschliche Bedürfnisse gegen Marktinteressen

Im Gegenteil, laut einer internationalen Umfrage der Berater-Firma Accountability wollen die Hälfte der Befragten – auch in den USA und Großbritannien – nicht eine größere, sondern eine kleinere Auswahl an Konsumgütern und fordern, dass klimaschädigende Produkte nicht mehr angeboten werden.



Immer mehr Menschen haben andere Werte und Freiheitsbegriffe als die des Marktes. Die menschlichen, sozialen und ökologischen Kosten der Marktherrschaft sind ihnen zu hoch geworden. Sie wollen natürlich nicht zurück zur staatlichen Planwirtschaft. Aber sie haben andere Ziele und Prioritäten als die des globalen Konsumenten.

“Es ist jedoch schwierig“, schrieb der Begründer der Transpersonellen Psychologie Abraham Maslow, „Werte wie Großzügigkeit, Liebe und Mitmenschlichkeit in einer Gesellschaft zu leben, deren Regeln, Institutionen und Informationsströme auf die Förderung geringerer menschlicher Eigenschaften ausgerichtet sind.“

Wir müssen uns daher gesellschaftlich und politisch engagieren, um die Regeln, Institutionen und Informationsströme so zu ändern, dass sie unseren höchsten Werten entsprechen und unsere persönlichen Veränderungen unterstützen, statt sie zu erschweren.

Zivilgesellschaft als Vorreiter

Viele heutige Umfragen zeigen, dass große Mehrheiten problembewusst und handlungsbereit sind – auch um große Schritte zu unternehmen. Was hält sie zurück? Die Antwort ist eindeutig: der feste Glaube, dass es nicht ausreichen wird, weil die Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft nicht mitziehen werden. Wir müssen daher jetzt durch eigenes Vorangehen mehr Menschen davon überzeugen, dass sie Veränderungen erreichen können und ihre Schritte sich lohnen. „Vorangehen“ heißt aktiver Einsatz für „best policies“, bestmögliche nationale und internationale Lösungen. Jedes existierende Gesetz, jede Regelung, jedes Abkommen, jede Institution, auch jede Gewohnheit, muss unter dem Aspekt seiner Zukunfts-, Friedens- und Umweltverträglichkeit neu überprüft und bei Bedarf geändert werden.

Wie schnell unsere moderne Zivilisation sonst zusammenbrechen kann, zeigte sich in dem Superdome Sportstadion von New Orleans nach dem Hurrikan Katrina, als junge kräftige Männer die knappen Trinkwasservorräte an sich rissen, während Frauen, Kinder und alte Menschen hilflos zuschauten.

Primat der Öko-Bilanz

Wir brauchen heute ein neues Verständnis von Gefahren- und Risiko-Hierarchien. Der Klimawandel ist nicht nur ein Umweltrisiko, sondern bedroht unsere Sicherheit, Menschenrechte, Hunger- und Armutsbekämpfung u.v.a.m. Der Bürgerkrieg in Darfur z.B. ist vor allem ein Konflikt um immer knappere Wasservorräte.

Die Öko-Bilanz kommt in dieser Hierarchie vor der Wirtschaftsbilanz. Nicht die erneuerbaren Energien sind noch zu teuer, sondern der Verzicht auf die maximale Nutzung der Sonnen- und Windenergie von heute – die morgen für immer verloren sind – ist verschwenderisch und verantwortungslos.

Auch die Sklaverei war einmal profitabel und politisch korrekt, aber eine kleine Gruppe von Menschen

– beauftragt nur von ihrem Gewissen – machte daraus eine ethisch-moralische Frage und erreichte ihre Abschaffung.

Notwendige Veränderungen

Wir müssen und können jetzt eine Erdgemeinschaft von Weltbürgern bauen, auf der Basis des Teilens von besten Lösungen und Technologien, Gegenseitigkeit und Zusammenarbeit. Wir brauchen eine neue industrielle Revolution, die unsere Produktions- und Konsumtionssysteme umbaut auf der Basis der Kreislaufmodelle, wie sie u.a. von dem Hamburger Prof. Michael Braungart entwickelt wurden. Die Behauptung, eine solche Wende sei unbezahlbar ist Unsinn, denn alles was eine Gesellschaft tun kann, das kann sie auch finanzieren. Länder wie die USA und Großbritannien gaben für die Bekämpfung des Faschismus ca. 20% des jährlichen Bruttoinlandsprodukts aus, d.h. viel mehr als die höchsten Schätzungen der Kosten für die Bekämpfung des Klimawandels.

Unsere Hauptaufgabe ist die Entwicklung integrierter Antworten. Eine tatsächliche Energie-Effizienz-Revolution z. B. erfordert eine tiefgreifende ökologische Steuerreform. Wohlstandsmehrung kann nicht länger bedeuten, unseren wirklichen Reichtum – eine gesunde Erde – zu opfern im Austausch für Computer-Ausdrücke, die uns erzählen, wie reich wir angeblich sind. Für viele sind die Folgen der bisherigen Politik bereits jetzt verheerend. In Australien werden aus Wassermangel schon ganze Städte evakuiert. Auch in Teilen Italiens und Frankreichs gab es im vorletzten Sommer Wassernotstände.

Der globale Wandel erfordert auch neue Institutionen, z.B. eine internationale Organisation zur Beschleunigung der Einführung erneuerbarer Energien – IRENA (International Renewable Energy Agency), die letzte Woche in Bonn von 75 Ländern gegründet wurde. Denn der Fortschritt braucht immer entsprechende Organisationen. Visionen brauchen Fahrpläne.

Die Schaffung von Lebensqualität mit weniger Energie und Ressourcen muss unser Ziel sein, wenn wir eine Zukunft voller Konflikte vermeiden wollen. Wir brauchen ein Wirtschaften auf der Basis von Reife und Zusammenarbeit, nicht Unreife und Gier. Nicht maximaler Produkt-Besitz sondern optimierte Dienstleistungen werden die Kriterien des ethischen Verbrauchs sein. Wenn wir hierbei versagen, dann wird die Realität sowohl Demokratie wie Marktwirtschaft hinwegfegen.

„Der Preis unserer Freiheit“, sagte der Philosoph Ernst Bloch, „ist das Risiko, dass der große geschichtliche Augenblick auf ein zu kleines Menschengeschlecht trifft – das der Herausforderung nicht gewachsen ist.“

Wir müssen zukünftigen Generationen Werte, Traditionen und Institutionen vermitteln, die das vielfältige Leben auf der Erde unterstützen statt es zu bedrohen. Große Aufgaben, wie der Pionier der amerikanischen Anti-Sklaverei-Bewegung William Channing sagte: Es gebe Zeiten in der Geschichte, in denen Mut die höchste Weisheit sei.

Es wird oft behauptet, wir brauchen keine Verzichtsdiskussion. Aber natürlich brauchen wir sie! Ein Kilo Rindfleisch zu produzieren braucht 13000 Liter Wasser. Eine nordamerikanische Katze frisst soviel Rindfleisch wie ein Einwohner Costa Ricas. Können wir uns dies in Zeiten zunehmender Wasserknappheit leisten? Natürlich nicht! Welche CO₂-Emissionen sind überlebensnotwendig, welche sind Luxus? 25% dieser Emissionen entstehen durch die Abholzung der Tropenwälder – offensichtlich ein unhaltbarer und unbezahlbarer Zustand.

Auswirkungen des Klimawandels

Die Klima-Wissenschaftler fassen die derzeitige Lage wie folgt zusammen: „Unsere Modelle sagen die Entwicklungsmuster des Klimawandels korrekt voraus, aber sie unterschätzen immer wieder die Größenordnung und Geschwindigkeit.“ Wenn wir den weiteren Temperaturanstieg

jetzt nicht stark begrenzen – was gewaltige Anstrengungen erfordern wird – so werden wir durch das Schmelzen des Permafrosts und andere sog. positive Feedback-Mechanismen unaufhaltsam eine Erde schaffen, die nur noch für einen kleinen Bruchteil ihrer Bevölkerung bewohnbar sein wird. Eine Studie des britischen Verteidigungsministeriums im letzten Jahr befürchtet jahrhundertelange Konflikte in der Größenordnung der beiden Weltkriege, falls wir nicht alles mögliche tun, um das Klima-Chaos zu begrenzen.

Der baldige Höhepunkt der globalen Ölvorräte, der sogenannte Peak Oil - noch vor wenigen Jahren nur von einigen Außenseitern vorausgesagt - wird jetzt von den meisten Öl-Experten akzeptiert. Die rapide steigenden Preise und Verteilungskämpfe werden riesige Herausforderungen aufwerfen. Finanzexperten schätzen, dass 80% des Wertes ihrer Investment-Fonds auf der Erwartung zukünftiger Kapitalflüsse basieren. Peak Oil, Klima-Chaos und die globale Wasserkrise können diese Erwartungen sehr schnell abstürzen lassen. Die kommende unaufhaltbare Masseneinwanderung von Klimaflüchtlingen aus Nordafrika etc. wird in Europa Ausmaße erreichen, die unsere Mitmenschlichkeit auf sehr harte Proben stellen wird. Unsere derzeitigen Probleme werden dagegen lächerlich erscheinen.

Der Alternative Nobelpreis

Aber nicht nur negative Entwicklungen können sich beschleunigen. In Krisenzeiten sind große Schritte manchmal leichter als kleine – weil sie als problemrealistisch gesehen werden und so begeistern und mobilisieren können. Denn Lösungen gibt es überall. Ich sage das ganz bewusst, weil ich fast seit 30 Jahren mit dem Alternativen Nobelpreis solche „Projekte der Hoffnung“ auszeichne. Die über 100 Preisträger bieten auf vielen Gebieten praktische Lösungsansätze für die großen Herausforderungen von heute. Dass dieser Preis seiner Zeit voraus ist, zeigte sich vor ein paar Jahren, als Wangari Maathai den Friedensnobelpreis erhielt – genau 20 Jahre

nachdem sie unseren Preis bekommen hatte.

Als ich in Stockholm die ersten Preise vergab – nachdem die Nobelstiftung meinen Vorschlag für einen Ökologie-Nobelpreis abgelehnt hatte – wurde dort ernsthaft diskutiert, ob ich im Auftrag des KGB oder der CIA den Nobelpreis diskreditieren wollte. Aber nach 5 Jahren kam dann die Einladung, die Preise im schwedischen Parlament zu vergeben, was wir seitdem jährlich tun.

Es ging mir zuerst darum, Menschen zu unterstützen, die mit großem Mut und Einsatz auf Gebieten arbeiten, die nicht von den Nobelpreisen gedeckt werden. Ich wollte Praktiker ehren, die ihre Theorien auch umsetzen.

Es gibt einen anderen prinzipiellen Unterschied zwischen diesem und anderen Preisen: jeder kann bei uns jeden vorschlagen (ausser natürlich sich selbst oder seine eigene Organisation). D.h. wir haben keinen „Filter“ wie z.B. die Nobelpreise, bei denen die preisvergebende Organisation nicht nur die Jury bestimmt, sondern auch den Personenkreis, der vorschlagen darf.

So bleibt der Alternative Nobelpreis in dem Sinne lebendig, demokratisch und volksnah, dass neue Prioritäten sich in den eingegangenen Nominierungen widerspiegeln. Natürlich bleibt dabei die ursprüngliche Grundorientierung erhalten, denn ein Preis für Ökologie und menschliche Entwicklung ist heute genau so aktuell wie damals.

Nach einigen Jahren wurde klar, dass weitere Lücken bestehen, denn auch auf Gebieten, wo es schon Nobelpreise gibt, sind die Preisträger oft ideologisch begrenzt. Bei dem Ökonomie-Preis ist dies besonders markant. Nur Ökonomen innerhalb der herrschenden Weltanschauung haben eine Chance. So haben wir auch diese Lücke zu füllen versucht, und mehrere Vorreiter einer ökologisch-ethischen Wirtschaftsordnung nach menschlichem Maß, wie die Professoren Manfred Max-Neef, Leopold Kohr und Hermann Daly

ausgezeichnet, deren Arbeiten in der jetzigen Krise wiederentdeckt werden.

Weltzukunftsrat (World Future Council)

Vor einigen Jahren wurde mir klar, dass dieser Preis eine ‚Schwester‘ braucht, eine Organisation, in der Praktiker wie unsere Preisträger mit ähnlich gesinnten Persönlichkeiten aus anderen Bereichen zusammenarbeiten können.

Dies ist das Ziel des World Future Council, des Weltzukunftsrates. Der Rat arbeitet mit Entscheidungsträgern weltweit, um die sogenannten „best policies“ – die besten bekannten Regeln, Gesetze und Abkommen – durchzusetzen und zu verbreiten. Dies geschieht mit Hilfe von Publikationen, Websites, Veranstaltungen und Beratung. Es gibt jetzt viele Initiativen mit viel Geld, die sog. „best practises“ fördern, d.h. was der Einzelne als Verbraucher, Unternehmer usw. tun kann, z.B. um mehr Klimasicherheit und Klimagerechtigkeit zu schaffen. Aber solange wir die falschen Rahmenbedingungen haben, solange wir weiterhin das Falsche subventionieren, werden solche Initiativen nicht ausreichen und letztlich viel Frustration erzeugen.

Ich denke z.B. an gesetzliche Rahmenbedingungen wie eine Öko-Steuer- und Öko-Agrar-Reform oder an Energie-Einspeisegesetze zur schnellstmöglichen Verbreitung erneuerbarer Energien (denn die nicht genutzte Sonnenenergie von heute ist morgen für immer verloren). Die Verbesserung solcher Rahmenbedingungen ist vielleicht nicht so spannend. Aber sie ist von zentraler Wichtigkeit, wenn wir noch rechtzeitig umsteuern wollen.

Die 50 Mitglieder des World Future Council sind Pioniere und Visionäre aus der ganzen Welt. Sie kommen aus Regierungen, Parlamenten, der Zivilgesellschaft, der Geschäftswelt, der Wissenschaft und der Kultur. Sie wurden nach einem weltweiten Konsultationsprozess aus mehr als 500 vorgeschlagenen Persönlichkeiten ausgewählt mit dem Ziel, ein mög-

lichst breites Spektrum von Wissen und Weisheit zu verbinden.

Die Mitglieder behaupten nicht, irgend jemand anderen zu vertreten. Aber sie bilden zusammen eine Stimme, die unsere gemeinsame Verantwortung und unsere gemeinsamen Werte als Bürger dieser Erde betont und den Rechten zukünftiger Generationen Gehör verschafft.

Dank der Unterstützung von Dr. Michael Otto und der Stadt Hamburg konnte die Grund-Finanzierung für die ersten 3 Jahre 2007-2009 gesichert und das General-Sekretariat in Hamburg eröffnet werden. Inzwischen hat der WFC ca 20 Mitarbeiter und auch Büros in England, Brüssel, Washington und Indien.

Neue Chancen eines tiefgreifenden politischen Wandels

Wir haben jetzt eine einmalige Chance, denn die bisher herrschende Kultur der globalen Gier und ihre Propagandisten sind völlig unglaublich geworden.

„USA Today“, die Massen-Zeitung der amerikanischen Mittelschicht, oft wegen ihrer Aufmachung als McPaper verschmäht, publizierte kürzlich eine Karikatur, auf der zwei dicke Löwen ein Feld voller Überreste von gefressenen Tieren verlassen. Der eine Löwe sagt zum anderen: „For the record, I still believe in unregulated markets!“ (Damit es keine Missverständnisse gibt: ich glaube noch immer an freie Märkte!)

Wenn das Grundgebot des eigenen Systems lächerlich gemacht wird, dann wissen wir, dass große Veränderungen möglich sind. Konservative Zeitungen, und besonders die Finanzpresse, lesen sich inzwischen wie die sowjetische Prawda in den Jahren des Zerfalls der UdSSR: Sie wissen gar nicht mehr, an was sie glauben sollen, denn „auch die jün-



gere Vergangenheit ist ein fremdes Land.“ (Financial Times).

Sie haben die Deutungshoheit verloren, denn die versprochene Überlegenheit ihrer Ideologie hat sich als hohl erwiesen. Grenzen des Wachstums können nicht mehr verneint werden, denn sie tauchen überall auf. „Der implizite Vertrag zwischen Business und Politik bricht zusammen“, schrieb die „Financial Times“ letztes Jahr, und ihr Kolumnist Gideon Rachman räumte mit der Mär auf, die wirtschaftliche Globalisierung sei ein unaufhaltsamer Naturprozess: „Die Globalisierung wurde durch politische Veränderungen möglich gemacht. Aber was die Politik schuf, kann die Politik wieder wegnehmen.“

So öffnen sich wieder Freiräume für ethische Entscheidungen und tiefgreifende politische Veränderungen. Wir müssen aber diese Chance schnell nutzen, bevor andere Agenten das entstandene Vakuum füllen.

Stunde der Zivilgesellschaft

Besonders wichtig ist hierbei auch die Miteinbeziehung des politischen Raumes. „Gesetze“, sagt Martin Luther King, „bewegen nicht das Herz, aber sie begrenzen die Macht der Herzlosen.“ Nicht Märkte oder NGOs haben letztendlich den Faschismus

besiegt, sondern politische Entscheidungen.

Unser größtes Problem heute ist die antipolitische Haltung vieler Menschen in der Zivilgesellschaft. Man definiert sich mit einem Negativ, als „Nicht-Regierungs-Organisation.“ Aber wir können den politischen Raum nicht länger den Berufspolitikern überlassen, sondern wir müssen selbst politisch aktiv werden, wenn wir rechtzeitig eine nachhaltige und friedliche Weltordnung sichern wollen. Es reicht nicht mehr, Forderungen zu stellen, sondern wir müssen uns auch direkt bei deren Umsetzung engagieren. Im alten Griechenland wurde der politisch engagierte Bürger ein ‚polites‘ genannt, während derjenige, der nicht am politischen Leben teilnahm, als ein ‚idiotes‘ bezeichnet wurde.

Beginnen wir also mit der Arbeit, und lassen wir uns dabei inspirieren von den Worten des klugen und mutigen jungen Mädchens, das, im kriegsgerischen Amsterdam versteckt, in ihrem Tagebuch notierte: „Wie wundervoll ist es doch, dass niemand auch nur einen einzigen Augenblick warten muss, um zu beginnen, die Welt zu verbessern.“

Anne Frank

Ich danke Ihnen!

Mary-Wynne Ashford

Globale Bedrohungen für den Frieden – Zivile Antworten

Dr. Mary-Wynne Ashford, war zunächst Chemielehrerin und hatte bereits drei Schulkinder, als sie sich entschloss, Medizin an der Universität von Calgary zu studieren. Sie praktizierte 11 Jahre lang als Hausärztin und spezialisierte sich auf Schmerzbehandlung. 1997 promovierte sie an der Simon-Fraser-Universität, wo sie die Wurzeln der Gewalt studierte. Mary Wynne Ashford ist Professorin an der Universität von Victoria in Kanada. (s. S. 56)

Frau Ashford, wir sind sehr froh, dass Sie den weiten Weg über den Atlantik auf sich genommen haben, um heute Abend zu uns zu sprechen.

Liebe Freunde,

vielen Dank. Es ist mir eine Freude und Ehre, heute vor einem so großen Publikum und mit so besonderen Vortragenden sprechen zu können. Ich danke Ihnen sehr für Ihre Einladung.

Heute habe ich zuerst einmal eine Tour durch die Stadt München per Bus unternommen und mir gewünscht, ich könnte die ganzen Gärten im Sommer sehen. Aber auch im Winter war es wunderschön. Dann ging ich in ein Internetcafé, um meine E-mails anzuschauen und habe entdeckt, dass Präsident Obama wieder etwas Besonderes verkündet hat, nämlich dass er über eine Reduzierung der Atomwaffen um 1000 Stück verhandeln möchte. Das ist eine riesige Veränderung. So denke ich, haben wir heute einen historischen Tag, an dem wirklich eine Hoffnung für ein „Morgen“ in der Sicherheitskonferenz besteht.

Nehmen Kriege zu oder ab?

Ich habe immer wieder meine Aufmerksamkeit auf die Zivilgesellschaft gerichtet. Auch mein Buch „Enough Blood Shed“ (Genug Blut vergossen) enthält eine Sammlung von Erfolgsgeschichten, nämlich von nicht-gewalttätigen Interventionen, die Kriege beendet haben. Auf diesem Bild sehen Sie die Protestbewegung vom 15. Februar 2003, als Millionen von Menschen auf die Straße gingen, überall auf der Welt, um gegen die Bombardierung des Irak zu protestieren. Sie hatten keinen Erfolg damit, den Krieg zu verhindern. Aber sie haben gezeigt, dass die Zivilgesellschaft ein System ist, das den politischen Machthabern zu dem Zeitpunkt ganz deutlich fehlte. Die New York Times schrieb in dem Zusammenhang, als die Menschen auf die Straße gingen, dass es immer noch zwei Großmächte gäbe: die Vereinigten Staaten von Amerika und die öffentliche Meinung auf der Welt. Ich sage deswegen, die Zivilgesellschaft ist die zweite Großmacht.

Es hat bereits eine Veränderung stattgefunden. Ich möchte mit einer Frage beginnen, die häufig auf Friedenskonferenzen auf der ganzen Welt – wie heute hier – gestellt wird. Ich hoffe, Sie schämen sich nicht, Ihre Hand zu heben, wir werden keine Noten vergeben! Wie viele von Ihnen meinen, dass die Zahl der



großen Kriege mit mehr als 1000 Toten seit 1991 gestiegen beziehungsweise gesunken ist? Meinen Sie, sie ist gestiegen? (Viele Hände werden gehoben.) Wie viele von Ihnen denken, dass die Zahl der Kriege nach unten gegangen ist? (Weit weniger Hände werden gehoben.) Gut! Die großen Kriege und Völkermorde mit mehr als 1000 Toten sind seit 1991 um 90% gesunken. Das ist doch erstaunlich, nicht wahr? Seit zwei Jahren stelle ich diese Frage und immer wieder ist das Publikum überrascht. Es tut mir leid, aber wir müssen das wissen, dass wir auf der Gewinnerseite sind! Es geht wirklich eine enorme gesellschaftliche Revolution vor sich, mit der wir schon sehr, sehr viel erreicht haben. Darum müssen Sie das wissen. Diese Information kommt von einer sehr angesehenen Stelle in Kanada, dem „Center for Human Security“ an der University of British Columbia. Sie können dieses Dokument im Internet

nachlesen, es hat nur 70 Seiten und ist eine äußerst interessante Lektüre.

Und ich habe aus dieser Quelle noch weitere gute Neuigkeiten für Sie. Kleinere Kriege sind seit 1991 um 40% gesunken. Wieder sind die Leute sehr überrascht und können es kaum glauben.

61 Diktatoren wurden in den letzten 20 Jahren gestürzt, ohne dass es zu größerer Gewalttätigkeit gekommen wäre. Zuerst passierte dies 1986 auf den Philippinen, wo Marcos gestürzt wurde, als vier Millionen Menschen in den Straßen von Manila campen und er schließlich fliehen musste. Das war der Beginn. Dann kam der Fall der Berliner Mauer 1989. Nur in Rumänien gab es erwähnenswerte Gewalt. Sonst waren es alles sanfte Revolutionen.

Die Forscher an diesem Center for Human Security kommen nun zu der beachtlichen Erkenntnis: Die Welt wendet sich vom Krieg ab. Und dann haben sie gefragt: Wie kann das sein, was sind die Gründe hierfür? 2008 wurde ein neuer Bericht verfasst, in dem gesagt wird, dass einfach eine Veränderung stattfindet, wie wir Krieg führen. Es wurde festgestellt, dass auch der Terrorismus seit 2001 um 40% weniger geworden ist. Nun, diese Informationen stehen nicht ganz in Übereinstimmung mit Berichten aus den USA. Dort nennen sie den Krieg im Irak Terrorismus statt Krieg. Auch wenn Sie die Kämpfe im Irak dazu rechnen, bleibt es immer noch bei einer Abnahme der Kriege um 40%.

Warum wenden wir uns vom Krieg ab? Es können drei Gründe genannt werden: Es gibt erstens einfach mehr Macht, mehr Einfluss der Vereinten Nationen. Denken Sie zweitens an die internationalen Gesetze und auch ganz besonders an den Internationalen Strafgerichtshof. Drittens hat die Zivilgesellschaft einen steigenden Einfluss – und wenn Sie einen kleinen Applaus geben möchten – das sind wir alle. Und dann der vierte Faktor ist einfach die zunehmende Rolle der Frauen. (Publikum klatscht)

Was ist die Zivilgesellschaft?

Wenn wir nun von der Rolle von Frauen in der Zivilgesellschaft spre-



chen, dann sagen die UN, dass 70% der Menschen, die für Frieden und Gerechtigkeit arbeiten, Frauen sind. Die zunehmende Rolle von Frauen in den Regierungen hat auch eine ganz tief greifende Wirkung in den sich entwickelnden Ländern. Ich beziehe mich hier auf UNIFAM, die Frauenorganisation der Vereinten Nationen. Sie berichtet, dass in den Entwicklungsländern rechtlich sehr viel passiert. Es gibt Quoten, dass auf Gemeindeebene mindestens ein Drittel der Posten mit Frauen besetzt werden muss. Das ist ein enormer Effekt auf die Art, wie diese Gemeinden regiert werden.

Die Zivilgesellschaft besteht natürlich nicht nur aus Nicht-Regierungs-Organisationen, sondern sie bezieht sich auf alle Individuen und alle Gruppen, die als Aktivisten mit Gewissen arbeiten und die außerhalb der Regierung einen Beitrag leisten. Das heißt, sie sind keine Repräsentanten irgendwelcher Regierungen oder des Militärs oder einer großen Firma. Kann schon sein, dass sie in diesen Bereichen angestellt sind, aber wenn sie für die Gesellschaft sprechen, sprechen sie in dem Moment nicht für ihre Arbeitgeber. Sie sind das Gewissen der Gesellschaft, und sie begrenzen die Aktionen von Regierungen und Industrie. Nicolas Phöbus beschreibt in einem Buch die drei Säulen der Gesellschaft – die Regierung, die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft – und dass eine gesunde Gesellschaft alle drei Säulen benötigt – stark und aktiv.

Rolle der Zivilgesellschaft

Als ich dies vor einigen Jahren gelesen habe, änderte sich meine

Sichtweise. Anstatt daran zu denken, dass ich ständig an irgendwelche Türen klopfe und sage „Bitte, bitte – wir wollen den Abbau nuklearer Waffen.“ sage ich nun „Nein! – Ich bin Teil dieser dritten Säule und bitte schön öffnen Sie die Tür und nun wollen wir reden!“ Ich habe jetzt ein ganz anderes Gefühl, wenn man sich als einen gleichberechtigten, verantwortlichen Partner sieht, zusammen mit der Regierung und mit der Industrie. (Applaus)

Mit der Wahl von Präsident Barack Obama hat sich enorm viel in Nordamerika verändert. Ich sehe, dass diese Veränderung auch in Europa stattgefunden hat. Was ist passiert? Ich denke, Obama ist nicht nur ein brillanter Denker und ein Mann mit einem Gewissen, sondern er ist auch einfach aus der Zivilgesellschaft gewachsen. Er hat Erfahrungen mit Menschenrechten und weiß, wie wichtig das für unser Leben ist. Wir sehen hier einen Mann, der die Rolle der Zivilgesellschaft versteht und sie auch willkommen heißt. Vor etwa zwei Wochen hatte Präsident Barack Obama eine Begegnung mit Führern der Bewegung für nukleare Abrüstung, kurz bevor er seinen Vorschlag zur Reduzierung der Atomwaffen in der Öffentlichkeit vortrug. Ich bin mir sicher, dass dieses Gespräch einen enormen Einfluss auf die Entscheidung des Präsidenten ausgeübt hat. Man sieht hier, dass die Zivilgesellschaft tatsächlich an den Entschlüssen eines Präsidenten mitwir-



ken kann. Wir haben gehört, was er jetzt vorgeschlagen hat, wir werden sehen, was nun wirklich passiert. Wir sehen weiterhin, dass in Großbritannien nun endlich sehr schnell eine Reduzierung der Nuklearwaffen vorangetrieben werden soll.

Kampagne zur Abschaffung der Landminen

Hier eines meiner Lieblingszitate:

„Es ist besser, eine Kerze anzuzünden, als die Dunkelheit auf ewig zu verfluchen.“ Dieses Zitat ist ein Erfolgsrezept für die Zivilgesellschaft. Ich bin sicher, dass einige hier teilgenommen haben an der internationalen Kampagne zur Abschaffung von Landminen. Ich war eingeladen, als Repräsentantin der Internationalen Ärzte gegen Nuklearwaffen an einer Konferenz in England mit etwa 50 Personen teilzunehmen. Das war glaube ich 1992. Es kostete 30 US-Dollar pro Nacht, soweit ich mich erinnere inklusive der Mahlzeiten. Sie können sich vorstellen, dass es sehr spartanisch zugeht, die Übernachtung war nicht sehr luxuriös. Aber es war eines der besten Treffen, an denen ich jemals teilgenommen habe, weil die Menschen Schlüsselfiguren waren, unter anderem vom Internationalen Roten Kreuz und Jody Williams, der Vietnamveteranin der USA. Sie haben keine Zeit



vergeudet, sie kamen gleich zum Punkt. Zuerst mussten wir wahrnehmen, wie weit sich das Problem der Landminen ausbreitete. Dann war es leicht, die Leute zu überzeugen, dass diese Landminen abgeschafft werden müssen. Und dann sagten sie: „So kann es getan werden.“ Und dann haben sie ganz klare Anweisungen verteilt an alle Menschen, die auf den verschiedensten Gebieten arbeiten – seien es Medien oder Unterhaltung, Ärzte oder Menschen, die mit Flüchtlingen arbeiten. Innerhalb von 6 Monaten konnte man Artikel in Zeitschriften und Zeitungen lesen. Prinzessin Diana kam auch dazu und half. Ein Jahr später gab es dieses

Abkommen zur Ächtung der Landminen. Es war ein herausragendes Erlebnis.

Atomwaffen vor Gericht

Der Zivilgesellschaft gelang ein weiterer großer Triumph - der oft zu gering geschätzt wird - als sie die Atomwaffen vor Gericht brachte. Die Idee dazu wurde 1988 beim Weltkongress der ‚Internationalen Ärzte zur Abschaffung von Nuklearwaffen‘ geboren. Die Anregung kam von den Neuseeländern. Sie sagten: „Wir machen eine weltweite Kampagne und wir gehen vor das Gericht der Vereinten Nationen, damit Atomwaffen als illegal erklärt werden“. Wir haben das also wirklich durchgezogen. Davor dachte ich, dass das eine verrückte Idee sei, so was habe ich noch nie gehört. Wie können wir nur die Vereinten Nationen zu einer Stellungnahme bewegen? Nun, es dauerte bis 1996. Wir führten eine weltweite Kampagne durch, an der 30 Millionen Menschen teilnahmen. 4 Millionen von gesammelten Erklärungen wurden dem Gericht vorgelegt. In diesen Kisten fanden sich Stapel von Unterschriften von Menschen auf der ganzen Welt, die einklagten, dass Atomwaffen abgeschafft werden sollten. Das Gericht fasste seine Meinung und es verfügte allgemein, dass Atomwaffen illegal seien. Und noch wichtiger, sie sagten, dass eine komplette Nuklearabrüstung erforderlich sei.

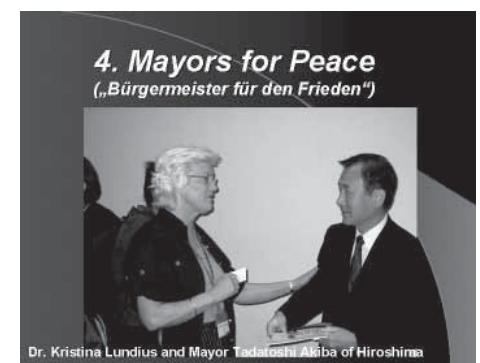
Ich habe schon das Internationale Strafgericht erwähnt und in diesem Fall hat die Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft und Regierungen zu der Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofs geführt. Seither ist es möglich, dass



man auch die führenden Politiker für Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich machen kann.

Weitere Aktivitäten der Zivilgesellschaft

Und nun zu den ‚Bürgermeistern für den Frieden‘. Ich möchte ganz herzlich Herrn Monatzeder gratulieren, dem dritten Bürgermeister von München, dass er Mitglied der ‚Bürgermeister für den Frieden‘ ist, ebenso wie der erste Bürgermeister von München, Christian Ude. Gründer der Mayors for Peace ist der Bürgermeister von Hiroshima. Mehr



als 300 Bürgermeister von mehr als 106 Städten bilden inzwischen diese Bewegung.

Nun komme ich zu Informationen, die Sie in den allgemeinen Nachrichten kaum zu hören bekommen: Die größten Konsumenten von Öl sind die Militärs. Ich nenne einige Verbrauchszahlen. Ein R5-Jet verbraucht 908 Liter Benzin pro Minute - pro Minute, wenn er mit voller Kraft fährt. Ein F16-Jet verbraucht pro Stunde doppelt soviel wie ein Auto in 2 Jahren. Ein F4-Phantom-Jet verbraucht über 6000 Liter Benzin pro Stunde. Und Überschallgeschwindigkeit führt zu einer Zunahme des Brennstoffverbrauchs um 20%. Und ein Kampfschiff verbraucht in einer Stunde über 10.000 Liter an Brennstoff. Im Vergleich dazu: Mit meinem Auto kann ich mit 4 Litern 100 km fahren.

Krieg, um die Ölreserven zu garantieren, ist absolut kontraproduktiv. Wir müssen die Abhängigkeit vom Öl beenden. Damit würden wir uns bereits vom Krieg abwenden.

Aufgaben der UN

Die Vereinten Nationen müssten Druck auf die Regierungen ausüben, damit sie sofort beginnen, die Atomwaffen abzurüsten, sich vom Krieg abzuwenden, Öl und petrochemische Substanzen nicht mehr zum Verbrennen zu verwenden, sondern stattdessen in nachhaltige Energien zu investieren. Obama ist sehr entschieden dabei, daran zu arbeiten. Das ist ein sehr wichtiger Schritt für die Vereinigten Staaten.

Die weltweit größten Konsumenten von Erdöl sind das Militär

- F-15 Jet verbraucht 908l Treibstoff/Minute bei Maximumbeschleunigung
- F-16 Jet verbrennt in einer Stunde 2x soviel wie ein normaler Autofahrer in einem Jahr benötigt.
- Überschallgeschwindigkeit erhöht den Verbrauch auf das 20fache
- Kriegsschiffe verbrauchen 10.810l Treibstoff/Stunde

Quelle: Renner, World Watch Institute (2000)

Die Vereinten Nationen müssen sicherstellen, dass es eine gerechte und beständige Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts gibt. Ich möchte dazu ein Beispiel erzählen. An einem IPPNW-Treffen in der Türkei nahmen auch Ärzte aus Israel und Palästina teil. Als es darum ging, welche Schritte gegangen werden müssen, um zwischen den Israelis und den Palästinensern einen

gerechten und anhaltenden Frieden zu schaffen, konnten sich die Ärzte dieser verfeindeten Nachbarn tatsächlich auf eine gemeinsame Liste einigen, nämlich: Die Grenzen von 1967 müssen wiederhergestellt werden. Die Siedlungspolitik muss geändert werden. Die Mauer muss wieder niedergerissen werden. Außerdem muss eine gemeinsame Verwaltung von Jerusalem etabliert werden. - Ich sage Ihnen, dass ich wirklich erstaunt war, als die Ärzte mit dieser Liste kamen und sich hier wirklich einigen konnten, nur eine halbe Stunde, nachdem wir mit unserem Treffen begonnen hatten. Ich war Vorsitzende dieses Treffens und mein Herz klopfte ganz wild, weil ich mir sagte: Was für ein Tag! Wenn wir zu keiner Übereinstimmung kommen, das wäre doch so peinlich. Und jeder dieser Ärzte sagte: „Ich höre, was Sie sagen, aber wie geht's Ihnen damit?“ und ein anderer Arzt sagte: „Ja ... ja“ und der nächste stimmte zu ... und der nächste ... und schließlich sagten sie: „Haben wir hier wirklich eine Übereinstimmung? Es ist erst halb zehn am Morgen!“ Und wir hatten wirklich eine Vereinbarung, die wir in Form gebracht haben, und dann sind wir feiern gegangen. Was hier Menschen zuwege gebracht haben, die sich für ihr Land verantwortlich fühlen, müsste auf der Ebene

Sacha Agapiev, Moskau 1986

“Wenn es irgendetwas gibt, was Sie brauchen, rufen Sie mich einfach an.”

„Und ich werde ihnen sagen, wie Sie ohne es leben können.“

der Vereinten Nationen angestoßen werden.

Wir dürfen nicht glauben, dass es einfach wird. Das wissen wir, dass es nicht einfach wird. Aber wir wissen, was möglich ist, was wirklich erreicht werden kann, was die Grundlage einer Einigung sein kann. Ich habe das immer wieder gehört, nicht nur von meinen GesinnungsgenossInnen, sondern auch aus Genf. Die Frage ist nur, wie kommen wir dorthin? Ich glaube, dass unsere Welt an einer Schwelle steht, wo es eine neue Stimmung, einen neuen Optimismus gibt. Ich glaube, wir haben die Chance für eine Lösung.

Ich möchte nun schließen, indem ich sage, was mich in den letzten 25 Jahren meiner Arbeit für Abrüstung und Frieden am tiefsten berührt hat. Es ist die Erkenntnis, dass jeder von uns wirklich wieder die spirituelle Verbindung zur Erde und untereinander finden muss.

Vielen Dank!

Erfolge der Zivilgesellschaft



Es ist besser eine Kerze anzuzünden, als auf ewig die Dunkelheit zu verfluchen.

(Chinesisches Sprichwort)

Werner Ruf

Globale Bedrohungen für den Frieden – Zivile Antworten

Werner Ruf, Professor für internationale und intergesellschaftliche Beziehungen und Außenpolitik in Kassel, wurde in Sigmaringen am Bodensee geboren.

Er studierte Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichte und Romanistik an den Universitäten Freiburg, Paris, Saarbrücken und Tunis.

1967 promovierte er in Freiburg, bevor er zum Gastprofessor am Center for International Studies der New York University berufen wurde.

Von 1982 bis 2003 lehrte er als Professor für Internationale und intergesellschaftliche Beziehungen und Außenpolitik an der Universität Kassel. (s. S. 64)

Besten Dank für die freundliche Vorstellung und für die technische Hilfe. Auch den Veranstaltern hier mein ganz herzliches Dankeschön, dass ich in diesem prunkvollen Saal heute sprechen darf.

Sicherheit – Anlass dieser Veranstaltung ist die Sicherheitskonferenz, die zeitgleich stattfindet, und deswegen möchte ich jetzt über Sicherheit sprechen. Wer Sicherheit sagt/meint, denkt immer auch den „Security-Provider“ mit, also die NATO, die hier sagt, sie sei für unsere Sicherheit zuständig. Ich will deswegen ganz kurz einen Ausflug machen in die so genannte gute alte Zeit vor dem Ende des Kalten Krieges und dort etwas über die NATO sagen. Ich will dann eingehen auf einen einzigartigen Augenblick in der Welt-

geschichte, der weitgehend in Vergessenheit geraten ist: Nämlich das, was zum Zeitpunkt des Ausstiegs der Sowjetunion aus der Weltgeschichte passierte – die Charta von Paris. Ich will dann eingehen auf Interessendivergenzen, die es innerhalb dieses Bündnisses gibt, und möchte schließlich mit einigen Perspektiven enden.

Von der Entstehung der NATO bis zur Charta von Paris 1990

Die NATO wurde 1949 gegründet. Sie war der militarisierte Ausdruck jenes Systemkonflikts, den schon die Truman-Doktrin bestätigt hatte, als 1947 der damalige amerikanische Präsident sagte, dass die Welt sich in zwei Teile teile, nämlich eine Welt der Freiheit und eine Welt des Totalitarismus. Es müsse darum gehen, freien – ich zitiere – „und unabhängigen Nationen zu helfen, ihre Freiheit zu bewahren und zu verwirklichen.“ Das war die Geburtsstunde der Teilung der Welt, in der die Anti-Hitler-Koalition zerfiel. In Verletzung des Potsdamer Abkommens der Alliierten von 1945 wurde dann versucht, Deutschland in den Westen einzubinden durch Währungsreform, durch die Herstellung der B-Zone usw., was schließlich von der Sowjetunion beantwortet wurde mit der Blockade Berlins. Damit waren die Weichen gestellt zu dieser Teilung.

Im Gründungsdokument der NATO von 1949 wurde erklärt: Wir bekräftigen unser Bekenntnis zur fried-



lichen Beilegung von Streitfällen, wir beschließen, Mechanismen zur Verhütung und Lösung von Konflikten zu entwickeln. So war jene Vorstellung.

Ich will jetzt nicht lange auf die Geschichte der NATO eingehen, sondern ich will fortschreiten zur Charta von Paris, also jenem Dokument, mit dem der Helsinki-Prozess, der fast 20 Jahre gedauert hatte, abgeschlossen wurde in jenem Augenblick, in dem die Sowjetunion zwar formal noch existierte, aber längst nicht mehr die Supermacht von einst war. In dieser Charta wird erklärt: Wir wollen ein Europa, von dem Frieden ausgeht, das für den Dialog und die Zusammenarbeit mit allen Ländern offen ist und zum Austausch bereit ist und das mitwirkt an der Suche nach gemeinsamer Sicherheit. Das war 1990. Wo ist sie geblieben, wo ist heute diese gemeinsame europäische Sicherheit?

Neuorientierung der NATO

Die Warschauer Vertragsorganisation hat sich aufgelöst, nicht so die NATO. Die NATO blieb nicht nur bestehen, sondern mit ihr hat sich

schon in jenem 2-plus-4-Vertrag (der dann die deutsche Einheit begründet hat) eine Regelung durchgesetzt, nach der das Gebiet der ehemaligen DDR NATO-Gebiet wurde. Wichtig ist zu wissen: Die NATO hatte klar gezogene Grenzen ihrer Zuständigkeit. Alles, was sich jenseits der territorialen Grenzen der NATO-Staaten befand, war „out of area“, ging die NATO nichts an. Sie hat selbstdefinierend gesagt, wir haben dort nichts zu suchen. Aber wie gesagt: die ehemalige DDR, der Bundesrepublik beigetreten, wurde dann in dieses Territorium der NATO einbezogen. Aber nicht nur das.

Schon wenige Monate nach Auflösung der Warschauer Vertragsorganisation verabschiedeten die NATO-Staaten auf ihrem Gipfel in Rom im November 1991 ein neues strategisches Konzept. Sie bekräftigten darin die Doktrin der Abschreckung – man darf sich fragen: gegen wen? – und die Option auf den Ersteinsatz von Atomwaffen, die bis heute besteht.

Hier lastet, denke ich, eine schwere Verantwortung auf den europäischen Regierungen, die es vorzogen, unter dem Dach der US-Dominanz zu verbleiben, statt die Chance zum Bau einer genuinen europäischen Sicherheitsarchitektur – oder wie man damals sagte, des europäischen Hauses – wahrzunehmen. So etwas Ähnliches hatte Anfang der 60er Jahre schon Charles de Gaulle gefordert, nämlich ein Europa vom Atlantik bis zum Ural. Weil er die Sicherheit Frankreichs gerade nicht durch die NATO gewährleistet sah, hat De Gaulle sein Land aus der militärischen Integration der NATO zurückgezogen.

Potenzielle Bedrohungen

Der NATO-Gipfel im November 1991 lieferte gleich die potenziellen Bedrohungen mit, und ich will sie nennen. Als Bedrohungen galten:

- Instabilitäten in Mittel- und Osteuropa
- Potenzielle Bedrohungen aus dem noch immer über Nuklearwaffen verfügenden osteuropäischen Raum

- Potenzielle Bedrohungen aus dem Nahen Osten und dem Mittelmeerraum

Potenzielle Bedrohungen – damit wurde Folgendes erreicht: Die ost- und mitteleuropäischen Staaten (also vor allem Russland) wurden als potenzielle Bedrohung identifiziert, nicht aber als friedliche Mitbewohner des gemeinsamen europäischen Hauses. Mittelmeer und Naher Osten wurden – lange vor dem Aufbau des neuen Feindbildes Islam – als latente Bedrohung ins Visier genommen. Das Prinzip des „out of area“ wurde ad acta gelegt, denn die NATO erklärte sich nun als zuständig für ganz Osteuropa und vor allem für den ungeheuer dehnbaren „nahöstlichen Raum“. Sie wissen, dass in der Zeit von George W. Bush der Great Middle East definiert wurde, der je nach Autor von Casablanca bis Kabul reicht oder auch von Casablanca bis Borneo oder auch mal – das ist kein Märchen – ganz Afrika gleich mit umfasst. Das sind also sehr beliebige Definitionen. Und die Sicherheit des Bündnisses – ich zitiere – „sollte hinfert im globalen Rahmen betrachtet werden“. Das heißt, das Bündnis erklärt seine planetarische Zuständigkeit.

Und schließlich werden – und da wird es spannend – in diesem Dokument erstmals jene neuen Risiken benannt, die zukünftig die Sicherheit des Bündnisses und seiner Mitglieder gefährden könnten, die da sind:

- Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen
- Die Unterbrechung der Zufuhr von lebenswichtigen Rohstoffen (Ukraine, wenn kein Öl mehr kommt)
- Terror- und Sabotageakte

Erweiterter Sicherheitsbegriff aus NATO-Perspektive

Und hier wurden die Weichen gestellt zu dem erweiterten Sicherheitsbegriff, den die NATO anschließend für sich ausarbeitete und der auch 1994 seinen Niederschlag gefunden hat in den europäischen Verteidigungsweißbüchern Frankreichs, Deutschlands und Großbritanniens. Und hier werden erstmals ganz an-

dere Dinge benannt. Nämlich:

- Ökologie
- Migration
- internationale Kriminalität
- Klimawandel

Erinnern Sie sich an das, was Clemens Ronnefeldt hier zu Anfang für uns projiziert hat. All die Dinge, die letztlich Folge unserer kapitalistischen, auf Profit ausgerichteten, Ressourcen vernichtenden Wirtschaft sind – die Folgen dieser Wirtschaftsweise werden nun zu Sicherheitsrisiken erklärt!

Und damit wird dieser Sicherheitskurs geradezu endlos. Mit der Versicherunglichung – ein fürchterliches Wort, Entschuldigung, aber das ist der neue politische Begriff – mit der Versicherunglichung wirtschaftlicher und sozialer Probleme wird natürlich auch gleich die Lösung angeboten: Hier hilft nur noch Militär. Und wenn bei Einsätzen – sei es in Afghanistan oder im Kosovo oder sonst wo – die Rede ist von der „ultima ratio“, von der letzten Möglichkeit, dann gelingt das so gut, weil man die anderen Möglichkeiten – die Möglichkeiten einer zivilen Konfliktbearbeitung, einer Verhandlungslösung – von vornherein ausschließt und damit das Militär zuständig macht.

Hieraus ergibt sich dreierlei:

- Die Risiken dieser Art sind tatsächlich global. Ihre Definition als potenzielle Bedrohung der Sicherheit aber – der Sicherheit der westlichen Welt versteht sich – macht dann im Gegenzug die NATO zum weltweit zuständigen Akteur.
- Phänomene und Prozesse, die ökologischer und sozialer Natur oder allenfalls polizeilicher Relevanz sind – wie Kriminalität –, werden eben nun versichertlicht und zum Gegenstand militärischer Bearbeitung gemacht. Das Militär ist zuständig, um den Frieden zu erschießen.
- Daraus resultiert eine völlig absurde Debatte, in der wir uns derzeit befinden, dass nämlich zivile Konfliktbearbeitung obsolet gemacht wird und Militär als die einzige Lösungsmöglichkeit erscheint.

Weltweite Zuständigkeit der NATO

Und die Krönung dieses Prozesses war dann die Umwandlung der NATO in ein weltweit agierendes militärisches Instrument. Dies wurde auf dem NATO-Gipfel in Washington am 24. April 1999 eingeleitet. Das war exakt einen Monat nach dem Beginn des Krieges der NATO gegen Jugoslawien – eines Krieges, der nicht nur völkerrechtswidrig, sondern auch der erste Krieg „out of area“ war. Der NATO-Vertrag von 1999 enthält in Artikel 5 eine Beistandsklausel, die besagt, dass im Falle eines Angriffs durch einen auswärtigen Staat auf ein Mitglied der NATO alle sich gegenseitig Beistand leisten sollen. Und in diesem banalen Protokoll, das auf dieser Tagung verabschiedet wurde, hat man plötzlich „Nicht-Artikel-5-Einsätze“ erfunden. Ich will mal kurz vorlesen, wie das in diesem Protokoll in Artikel 24 formuliert ist: „Militärische Fähigkeiten, die für das gesamte Spektrum vorhersehbarer Umstände wirksam sind, stellen auch die Grundlage für die Fähigkeit des Bündnisses dar, durch nicht unter Artikel 5 fallende Krisenreaktionseinsätze zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung beizutragen. Diese Einsätze können höchste Anforderungen stillen und in hohem Maße von den gleichen politischen und militärischen Qualitäten sein – wie Zusammenhalt, multinationale Ausbildung und umfassende vorherige Planung, die auch in Artikel 5 der Fall gewesen wären.“

Das heißt, die Verteidigungsformel der NATO wird nun umgewandelt in eine Formel der weltweiten Zuständigkeit und nicht mehr der Verteidigung, sondern der weltweiten Intervention für Krisenreaktionseinsätze und Krisenbewältigung. Das ist

eine völlige Auf-den-Kopf-Stellung des bisherigen NATO-Vertrages und dies ist – meine ich, um schon was vorwegzunehmen – auch eine Sicherheitsgefährdung für uns. Denn es geht nicht mehr um Verteidigung, sondern es geht jetzt um eine – „Weltpolizistenrolle“ wäre zu milde ausgedrückt.

Und die Mitglieder werden hier in die Pflicht genommen, jene Einsätze zu unterstützen, die das Bündnis für sinnvoller achtet, seien sie „out of area“, seien sie völkerrechtswidrig oder seien sie auch nur der Ressourcensicherung gewidmet. Schon in der – man möchte fast sagen - in der guten alten Zeit des Kalten Krieges (sie war nicht gut, nein, die Verhältnisse waren etwas klarer und übersichtlicher), schon damals war Europa eigentlich das Glacis, das strategische Vorfeld der USA. Das



haben alle Manöver, wie Wintex und Cimex gezeigt, deswegen kam es dann auch Anfang der 80er-Jahre in der Friedensbewegung dazu, dass aus nahezu allen NATO-Ländern Generäle sich der Friedensbewegung anschlossen, weil sie genau wussten: Das, was wir hier verteidigen sollen, davon wird nichts übrig bleiben, wenn der Ernstfall wirklich eintritt.

Gefahren für Europa durch die NATO

Eine völlig absurde Situation, aber noch sehr viel mehr, wie ich be-

hauptete: Europa wird jetzt zur Geisel einer NATO-Politik, die von den USA dominiert und bestimmt wird, wenn es darum geht, beispielsweise in Polen und Tschechien neue Raketen-systeme zu installieren. Dies wurde erst möglich, nachdem die USA gleich nach Amtsantritt von George W. Bush den ABM-Vertrag - also den Raketenvertrag über Anti-Ballistic-Missiles - gekündigt haben. Und dies wiederum wurde erst möglich, weil ein ausgearbeiteter hervorragender Abrüstungsvertrag, gemeinhin unter „KSE“ gehandelt, von keinem NATO-Land ratifiziert worden war. Ratifiziert wurde er von Russland, Kasachstan und Weißrussland. Vor zwei Jahren ist Russland aus diesem Vertrag wieder ausgestiegen, als Reaktion. Das heißt: Diese Bündnispolitik – das ist manifest, mit Händen greifbar – ist keine Sicherheitspolitik, sondern eine Politik, die die Gefährdung steigert, und dies vor allen Dingen in Europa.

Unterstrichen und illustriert wird dies durch das Vorantreiben der NATO-Grenzen nach Osten, durch die Aufnahme der neuen Mitglieder wie Polen und die baltischen Staaten. Die Ukraine soll bald beitreten. Welche Probleme es gibt, wenn beispielsweise noch Georgien beitrifft, haben wir gerade erst erleben können. Ich glaube, man kann nur Gott danken, dass diese Auseinandersetzung, die durch einen Angriff Georgiens ausgelöst wurde und bei der Russland massiv zurückgeschlagen hat, dass diese Auseinandersetzung – so fürchterlich und so unnötig sie war – stattgefunden hat, bevor Georgien Mitglied in der NATO war.

Peak Oil wurde schon erwähnt. Ich denke, wir leben derzeit in einer Phase der weltweiten Ressourcensicherung – einer Ressourcensicherung, die beinhart und gnadenlos betrieben wird. Der Krieg in Afghanistan hat primär mit dieser Ressourcensicherung zu tun. Das Land grenzt an Russland, an China, an Pakistan und vor allem an die öl- und gasreichen Länder des kaspischen Beckens. Der Bau einer Pipeline, von Afghanistan durch Pakistan an

den Indischen Ozean – und Pipelines sind vielleicht noch wichtiger als die Ölquellen – wurde schon vor „9/11“ geplant. Bereits im Juni 2001 war Krieg beabsichtigt, weil die Taliban, die damals die Freunde der USA waren, offensichtlich einen zu hohen Preis für die Gasleitung verlangten. Das sind jetzt nur einige Schlaglichter auf wenige zentrale Konfliktfelder, in denen europäische und US-Interessen objektiv eigentlich gegeneinander stehen.

Kontrolle über die Trassenführung der Pipelines

Im Zeitalter von Peak Oil rücken nicht nur die Öl- und Gas produzierenden Länder ins Zentrum der Rivalitäten der großen Mächte, noch entscheidender ist die Kontrolle über die Trassenführung der Pipelines – die aktuelle Krise um die Durchleitung von Erdgas durch die Ukraine hat das gerade gezeigt. Aber noch weit umfangreichere Pipelineprojekte stehen derzeit in Konkurrenz zueinander: Zum einen das EU-Projekt „Nabucco“, mit einer weit nach Süden ausgreifenden Trassenführung für kaspisches Öl und Gas über Georgien, wobei Russland gezielt umrundet wird. Zum anderen das russische Parallelprojekt „South Stream“, ein schöner russischer Name: South Stream, das so weit wie möglich über russisches und dann im Balkan über serbisches Territorium geführt wird. Beide Pipelines – wie gesagt gigantische Projekte – enden dann in Wien und Prag und sollen die Öl- und Gasversorgung Europas sicherstellen. Die Geschichte, die jetzt in der Ukraine passiert ist, hat dazu geführt, dass die Außen- und Wirtschaftsminister der EU gesagt haben, wir müssen jetzt ganz schnell Nabucco bauen. Auf der anderen Seite ist Russland ein Land, das natürlich von den Einnahmen aus Öl und Gas, aber vor allem auch aus dem Transport über sein Territorium lebt. Also hier verschränken sich strategische, militärstrategische und wirtschaftsstrategische Gesichtspunkte.

Konfrontation oder Kooperation

Ich denke, die EU hat die Wahl zwi-

schen zwei Strategien: Die eine heißt „mitschießen“, um mitreden zu dürfen – und dieser Strategie folgen die EU-Staaten im Rahmen der NATO und der Operation Enduring Freedom und Active Endeavour. Oder aber die EU könnte sich zur Kooperation entschließen. Man könnte versuchen, zusammenzuarbeiten auf der Basis jener Charta von Paris von 1990.

Und nun will ich – wenn ich vielleicht um zwei Minuten überziehen darf – doch noch etwas loswerden. Man glaubt es manchmal nicht. Wir haben ‚elder statesmen‘, also die heißen Helmut Schmidt und heißen von Weizsäcker und Egon Bahr und Hans-Dietrich Genscher, die vor kurzem in der FAZ einen großen Schrieb veröffentlicht haben, in dem sie dazu aufrufen, Europa müsse Kooperation betreiben. Ich zitiere: „Das Schlüsselwort unseres Jahrhunderts heißt Zusammenarbeit. Kein globales Problem ist durch Konfrontation oder durch den Einsatz militärischer Mittel zu lösen. ... Der Vertrag zur Raketenabwehr (ABM) muss wiederhergestellt werden. ... In 18 Jahren seither wurde (der) KSE genannte Vertrag das Fundament der Stabilität in Europa. Er entspricht bis heute den Interessen aller Beteiligten. Diese Stabilität ... war solide. ... (Sie) wäre zum ersten Mal gefährdet durch den amerikanischen Wunsch, am Ostrand der NATO ... Raketen ... auf extraterritorialen Stützpunkten zu stationieren. ... Sicherheit und Stabilität für den nördlichen Teil des Glo-

bus – das ist nur mit einer soliden und verbindlichen Zusammenarbeit zwischen Amerika, Russland, Europa und China zu schaffen.“ Es ist ja gut, dass es ihnen so spät einfällt, aber es hätte ihnen auch schon früher einfallen können. Ich denke, eine EU ohne den Schirm der NATO, die sich mit ihren Nachbarn verständigt und arrangiert, ist sicher.

Mut zu einem nicht militärischen Europa

Jakob von Uexküll hat vorhin das schöne Wort von Mut und Demokratie gebraucht. Wenn wir sagen „Europa“, dann ist das und kann das nicht ein militarisiertes Europa sein. Erinnern wir uns an die Volksabstimmungen zum EU-Verfassungsentwurf in Frankreich und in den Niederlanden. Gerade wegen der Militarisierungsbestimmungen und wegen der Festschreibung des Neoliberalismus haben die Wähler in diesen Ländern „nein“ gesagt. Dann hat man den Vertrag zurückgezogen. Man hat einen Regierungsvertrag gemacht und hat nicht daran gedacht, dass es da irgendwo auf seiner Insel noch ein kleines Land gibt in der EU. Dort wurde schließlich auch das Volk gefragt, es ging nicht anders. Da hat das Volk wieder gesagt „NEIN“.

Ich denke, manchmal sind die Völker klüger, manchmal sollten die Völker gehört werden. Und wenn die EU weltweit Demokratie propagiert, dann sollte sie zuhause damit anfangen, denn wir können auch „yes, we can“!



Diskussionsforum und Workshop

Diskussionsforum:

Globale Bedrohungen für den Frieden – Zivile Antworten

mit Mary-Wynne Ashford und Jakob von Uexküll

Moderation: Clemens Ronnefeldt

Nach einer Begrüßung im Namen des Deutschen Gewerkschaftsbundes im DGB-Haus durch Gerhard Wagner (KJR) erfolgte die Einleitung durch Clemens Ronnefeldt.

Clemens Ronnefeldt: *Beginnen möchten wir mit kurzen Eingangs-Statements, um Anknüpfungspunkte für Sie und Ihre Fragen zu bekommen. Ich bitte deswegen zunächst Mary-Wynne Ashford, in wenigen Minuten ihre zentralen Botschaften noch einmal zusammenzufassen, um anzuknüpfen an gestern Abend und Ihnen Gelegenheiten zu Rückfragen zu geben.*

Mary-Wynne Ashford: Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich zuerst einmal ganz herzlich für die Einladung zur heutigen Veranstaltung und auch zur Veranstaltung gestern bedanken. Es ist mir eine große Freude hier zu sein. Ich habe mich gestern sehr gefreut, vor diesem tollen Publikum zu sprechen. Das Hauptanliegen meiner Rede war, das Publikum – Sie – darauf aufmerksam zu machen, dass tatsächlich eine Veränderung stattfindet und stattgefunden hat, die aber in den Medien nur sehr sehr wenig erscheint. Wir alle – Sie und auch ich – meinen ja grundsätzlich, dass seit dem Ende des Kalten Krieges um 1990, als sich die beiden Blöcke nun nicht mehr so offen einander feindlich gegenüberstanden, eine Zunahme an Feindseligkeiten festzustellen ist. Aber



tatsächlich ist das nicht der Fall. Es gibt eine Studie aus dem Jahr 2005, die dann im Jahr 2006 noch einmal überarbeitet wurde, die definitiv besagt, dass die kriegesischen Auseinandersetzungen um 90% - ich betone: 90% - nach unten gegangen sind.

Nun, für Menschen wie mich, die seit 25 Jahren in der Friedensbewegung arbeiten, war dann der nächste Gedanke, dass man einen Rückgang vielleicht bei den großen Kriegen und bei den Völkermorden zu verzeichnen hatte, aber eher eine Zunahme bei den kleineren Konflikten. Aber auch das ist tatsächlich

nicht der Fall, hier können wir einen Rückgang von 40% verzeichnen.

Wenn man jetzt auch betrachtet, dass seit 1986 – als Marcos auf den Philippinen gestürzt wurde – die stolze Zahl von 60 Diktatoren gestürzt wurde, ohne Gewalt – ohne größere Gewalt – ist das schon ganz ganz beachtlich. Und auf keinen Fall sollten wir vergessen, dass auch 1989 der friedliche Fall der Berliner Mauer stattfand. Und es werden mehr folgen.

Man kann drei Gründe für diese Veränderungen benennen. Der erste sind die Vereinten Nationen, die

einen immer größeren Einfluss haben. Der zweite ist das Völkerrecht – und hier gilt es ganz besonders, den Internationalen Strafgerichtshof herauszustellen. Und der dritte Grund ist die Zivilgesellschaft – das sind wir. Wir sind das Gewissen, das einen Einfluss auf die Politik und die Wirtschaft nehmen kann. Wir sind die dritte Säule des Widerstands gegen Kriege.

Das macht deutlich, wie wichtig es ist, dass wir weiter kämpfen, dass wir weiter protestieren, dass wir Einfluss nehmen auf die Entscheidungen in der Politik und in den großen Unternehmen. Aber eine ganz ganz wichtige Sache ist zu wissen: Wir sind auf der Gewinnerseite. Das wurde mir klar, als ich mein Buch schrieb ‚Enough Blood Shed‘ (Genug Blut vergossen). Ich erkannte, dass ich von Erfolgsgeschichten berichtete, wie Gewalt zu verhindern ist. Und ich erkannte, dass eine soziale Revolution stattfindet. Sie findet jetzt statt, wir sind mittendrin – es kann jetzt etwas bewegt werden. Und es ist wichtig, dass wir weiter machen, dass wir dran bleiben.

Ja, ich habe jetzt gesehen, dass einige Leute unter Ihnen ein relativ skeptisches Gesicht machen. Also heute möchte ich es mal kurz halten, aber ich bin gern bereit – so lang auch immer es dauert, mit Ihnen zu sprechen. Ich werde Sie auch nicht zwingen, mir zu glauben, aber ich werde versuchen zu belegen, dass dies wirklich der Fall ist. Denn es ist einfach eine Sache, die mir unheimlich Hoffnung macht. Lassen Sie mich enden mit einem Gedicht des irischen Poeten Seamus Heaney:

Die Hoffnung für eine große Veränderung ist nah
ganz weit entfernt von Rache.
Glauben Sie, dass wir neue Ufer
erreichen können,
wenn wir an Wunder glauben und
an Heilmethoden
und an das Gute in uns?

Vielen Dank

Clemens Ronnefeldt: Herr von Uexküll, ich darf auch Sie bitten, in

Ihrem Eingangs-Statement zu uns zu sprechen.

Jakob von Uexküll: Bei einem Treffen der Friedensbewegung wie hier glaube ich, ist Folgendes zu betonen: Die Klimakrise ist keine Umweltkrise mehr, die man irgendwie abhaken kann. Sie ist ein großes Thema, sie ist das größte Friedensrisiko überhaupt auf der Welt für voraussehbare Zeiten. In einer gestern

erwähnten Studie von einem Think-tank „Switch“ im britischen Verteidigungsministerium wird gesagt: Wenn es uns nicht gelingt, sie einzudämmen, werden wir auf Konflikte zusteuern in der Größenordnung der beiden Weltkriege, die Jahrhunderte andauern werden. Alles, was wir eben hörten, die ganzen positiven Nachrichten, werden sich also sehr schnell ins Gegenteil verkehren, wenn wir nicht unser Allerbestes

tun, um die Klimakrise jetzt zu bewältigen. Deswegen hat der ‚World Future Council‘, den ich genannt hatte, zuerst dieses Thema aufgegriffen. Und obwohl viele Mitglieder des Councils keine Ökologen sind, haben sie gesehen: Dies ist jetzt unsere erste Priorität. Dabei ist das Allerwichtigste: Wir müssen Energie-Sicherheit schaffen - nicht nur um der Energie willen. Wir müssen auch das Thema „Chaos bedroht unsere Wasserversorgung“ beachten. Wir können mit weniger Energie leben, aber ohne Wasser können die Menschen nicht überleben. Deswegen müssen wir den Verbrauch der fossilen Brennstoffe auch schnellstens beenden - jeder Tag ohne Reduzierung ist ein Tag zu viel. Und gleichzeitig dürfen wir nicht länger die ungenutzten erneuerbaren Energien verschwen-

den. Wird hier einfach falsch gerechnet? Man spricht zum Beispiel von den zu hohen Extraktionskosten. Das ist total nebensächlich. Das Problem ist: Die erneuerbaren Energien, die wir nicht nutzen, sind für immer verloren. Die Sonne, die gestern schien, kann heute nicht mehr von Nutzen sein. Und deswegen ist der Verzicht auf Sonnenenergie eine unglaubliche tägliche Verschwendung von Naturkapital, die in den Bilanzen nicht vorkommt. Und das zeigt Ihnen, dass diese ganzen ökonomischen Bilanzen ja alle nicht objektiv sind. Sie haben nichts mit Wissenschaft zu tun, sondern sind Ausdruck von Machtverhältnissen! Wenn



die sagen, ein mehr oder weniger altes Kohlekraftwerk, könne noch 30 Jahre laufen und es heute zu schließen, wäre eine Zerstörung von Industriekapital, dann muss man fragen: Was ist denn mit der täglichen Zerstörung von Naturkapital, wenn wir Sonnen-, Wind- und andere regenerative Energien nicht nutzen? Dabei kommt natürlich noch dazu, dass Peak Oil vorbei ist und dass die Ölvorräte bald auslaufen werden. Es gibt ja für das Öl auch andere Bedürfnisse, als es nur zu verbrennen. Und ich meine, zukünftige Generationen haben auch ein Recht drauf, dass wir nicht das letzte Öl verbrennen. Das heißt, die massive Durchsetzung von erneuerbaren Energien – also wahrscheinlich die mehrhundertfache Vergrößerung der jetzigen Kapazitäten – muss innerhalb von wenigen Jahren gesche-

hen. Al Gore sagt, die USA könnten innerhalb von 10 Jahren zu 100% auf erneuerbare Energien umsteigen. Wir müssen dafür sorgen, dass es weltweit geschieht. Es gibt einige Engpässe, auch die Erfinder sind da gefordert. Was die Sonnenenergie angeht, denke ich an einige seltene Metalle, die für Sonnenkollektoren gebraucht werden. Aber es sieht so aus, dass der technische Fortschritt da schon Lösungen liefert. Das sind also alles Fragen, die wir auch als Mitglieder der Friedensbewegung aufgreifen werden – denn wie gesagt – ohne Energie, ohne Wasser werden wir keinen Frieden haben. Wir müssen also alles neu durchdenken.

100.000 Jahre weiter fahren, bis ich auf die gleiche Menge komme!“ In dem Zusammenhang ist es interessant, dass der britische Energieminister vor der Potsdam-Konferenz sagte: „Alle großen politischen Bewegungen beruhen auf einer Mobilisierung der Bürger.“ Vielleicht ist es merkwürdig, dass ein Regierungsmitglied so etwas sagt, aber er hat Recht. Politische Veränderungen kommen durch political leadership zustande, aber auch durch die Mobilisierung der Bürger. Wir brauchen heute beides. Das heißt, kluge Politiker wollen selbst, dass mehr Druck auf sie ausgeübt wird.



Wir müssen fragen, was wir eigentlich erreichen wollen und wie wir dorthin kommen. Es reicht nicht, einfach zu sagen, „Das hier ist schlecht und das wäre gut“, sondern das Kritische ist: „Wie komme ich von Hier nach Dort“. Das war bei der ersten

Nun komme ich zu den Voraussagen des Club of Rome vor über 30 Jahren in seinem Bericht über ‚Die Grenzen des Wachstums‘. Sicher, es gab einige Einzelheiten, über die man argumentieren kann, aber zum größten Teil hat der Club of Rome Recht gehabt und seine Kritiker haben Unrecht gehabt. Das heißt, wir stehen nicht nur vor einem großen Marktversagen in der jetzigen Finanzkrise, sondern wir stehen auch vor einem beispiellosen Politikversagen.

Und das heißt natürlich, dass wir uns auch in die Politik einmischen müssen. Wir sehen immer wieder, dass Menschen zu Veränderungen bereit sind. Aber dann sagen sich auch manche: „Was nutzt es denn, wenn ich weniger Auto fahre? Ich stelle mein Leben um und irgendeine Fabrik hat die Erlaubnis, so viel CO₂ auszustoßen! Da könnte ich noch

Veröffentlichung des ‚World Future Council‘ die erste Fragestellung. Wir haben die Leute gebeten, auch die faktischen Schritte aufzuzählen. Wir versuchten, eine buddhistische Wirtschaft aus Thailand zum Vorbild zu nehmen. Ich fragte: „Was heißt denn das, wenn du morgen Finanzminister bist?“ Das sind die Fragen, die wir uns alle stellen müssen. Als in den 70er Jahren die griechische Diktatur zusammenbrach und die Türkei binnen weniger Tage einzumarschieren drohte, fragten sich die Entscheidungsträger, wem sie das Land in dieser Situation übergeben könnten. Der ehemalige Premierminister Karamanlis schien der Einzige zu sein, der diese Krise noch meistern konnte. Er war damals im Exil in Paris. Sie riefen ihn um 2 Uhr morgens an- und Karamanlis antwortete nur: „Ich habe Ihren Anruf erwartet“.

Das – glaube ich – ist es, was bei uns fehlt. Wenn also die Krise so weiter geht, wird die Frage auch bei uns aktuell. Ich erinnere an die Situation in den Ostblockstaaten zur Wendezeit. Da waren viele unsere Freunde, Kolleginnen, Kollegen, Bürger aus der ganzen Gesellschaft gefordert, als sie sahen, was bei ihnen plötzlich passierte. Die existierenden Regierungen hatten total an Glaubwürdigkeit verloren. Es wurden Runde Tische geschaffen – nicht nur auf nationaler, sondern auch auf lokal und regionaler Ebene. Menschen wie wir wurden plötzlich von ihren Mitbürgern gebeten, Verantwortung zu übernehmen – und das heißt auch Macht zu übernehmen. In diesen Monaten haben sie zum Teil Erstaunliches geleistet, aber sie waren natürlich zumeist nicht vorbereitet. Viele haben sehr bald an einige Technokraten, die schnell einen Kurs in den USA gemacht hatten und dann zurückgekehrt waren, die Macht abgegeben. Der neoliberale Premierminister, der die Macht in Estland übernahm, hatte gesagt, er dachte, es sei seine Aufgabe als Premierminister, die Lehren von Milton Friedman Kapitel für Kapitel in Estland umzusetzen. Wir erleben jetzt dort in den baltischen Nachbarländern die Folgen davon.

Das heißt, wir müssen bereit sein, Verantwortung zu übernehmen, auch politische Verantwortung, auch Macht. Wir müssen neue Institutionen schaffen. Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges hat man auch nicht den Völkerbund einfach wieder belebt. Man hat gesagt, wir brauchen jetzt eine neue Institution und hat die UNO gegründet. Auch in unserer heutigen Situation brauchen wir neue Institutionen. Wir sahen beim ‚World Future Council‘, was jetzt das eigentlich Wichtigste ist, – ich sagte schon – es ist die schnellstmögliche Verbreitung von erneuerbaren Energien. Das kann nicht von anderen Organisationen irgendwie so nebenbei gemacht werden, dazu braucht man eine eigene Organisation. Der deutsche Parlamentarier Hermann Schreier hat schon 1991 geworben für eine ‚Internationale

Agentur für erneuerbare Energien' – ,IRENA International Renewable Energy Agency' – nur es passierte nichts. Unter der rot-grünen Regierung war diese Agentur im Regierungsprogramm. Aber es passierte nichts. Warum? Weil der liebe Hermann Schreier recht polarisierend ist und weil die Grünen gesagt haben: „Die Idee stammt nicht von uns.“ Deswegen hat das Führungsteam keine Lust mehr gehabt (Gelächter). Auch bei den anderen Parteien lief nichts, obwohl es an verschiedenen Ministerien Studien zu dem Thema gab. Die sagten: „Nein, nein, keine neue Organisation, und wenn ja, erst wenn Konsens besteht in der UNO oder in der EU.“ Das heißt, die Sache war also auf ewig verschoben. Es wurde gesagt: „Das soll doch die UNEP so nebenbei machen.“ Es gab also x verschiedene Gründe, warum nichts passierte. Und dann kam die neue Regierung und jetzt ist es passiert. ,IRENA' wurde gegründet, vorletzte Woche in Bonn, und gleich von 75 Ländern mit unterschrieben. Ja, was ist da passiert? Nun, unter anderem hat der ,World Future Council' sein Ehrenmitglied Dr. Michael Otto gebeten, bei Frau Merkel in dieser Sache vorzusprechen. Und das hat vielleicht eine Wirkung gehabt. Frau Merkel meinte wohl, aha, das ist nicht nur eine Idee von dem Hermann Scheer, sondern hier steht sogar ein sehr bekannter und respektierter deutscher Unternehmer dahinter. Und plötzlich begann sich dann in der Regierung etwas zu bewegen und wir haben jetzt diese Organisation.

Wir brauchen auch neue zivilgesellschaftliche Organisationen, deswegen habe ich ja den ,World Future Council' gegründet, auch damals den Alternativen Nobelpreis. Aber ich glaube, es ist wichtig, dass wir auch die politische Ebene betrachten: Welche neuen Gesetze haben wir vor Ort und welche internationalen Abkommen brauchen wir? Wir haben gestern eine Debatte gehört: Landminenverbote usw. Wir sahen, was man alles durchsetzen kann. Alle - wir - müssen uns jetzt auf dieser Ebene sehr schnell politisieren. Wir dürfen den politischen Raum nicht

als etwas Fremdes ansehen, wo wir ab und zu Druck ausüben. Vielmehr müssen wir auch bereit sein, dort einzutreten. Dafür müssen wir nicht lebenslange Berufspolitiker werden, aber neue Allianzen schaffen.

Ich wurde gestern gefragt, wieso die FDP in Hessen so viele Stimmen bekam. Nun, die FDP ist nicht nur die Partei der neoliberalen Wirtschaftsideen, welche zum Teil verrückter wirken denn je. Die FDP war oft auch eine Partei, die Bürgerrechte verteidigt hat. Es gibt viele Fälle, in denen es um Freiheit vor dem Waffenstaat ging: Da konnten Sie mehr auf die FDP zählen als zum

Diese riesigen Erwartungen, die auf Obama zukommen! Ein Obama ist kein Churchill, der schon jahrelang vor dem Faschismus gewarnt hatte, bevor er an die Macht kam. Jetzt werden wir sehen, hoffentlich wird er ein Teil der Lösung sein. Also es gibt natürlich keinen Grund, warum sich jetzt alle Welt auf einen Mann konzentrieren sollte. Wir müssen auch bei uns auf diese Veränderungen in der politischen Klasse hinwirken. Wir brauchen auch bei uns einen „Obama“. Und wenn nun Deutschland seine Superstars sucht, dann können wir natürlich hier anfangen, einen „Obama“ zu suchen. Sie sehen, das ist eine Frage



Beispiel auf CDU und SPD. Also ist es wichtig, neue Allianzen zu gründen. Ein Beispiel: Kürzlich vertrat ein Ökonom die Idee einer ökologischen Steuerreform, nämlich statt einer Mehrwertsteuer eine Minderwertsteuer einzuführen, in der die ökologischen Kosten für die Produktion dieses Produktes einbegriffen sind. Da haben wir recherchiert und festgestellt, dass eine solche Idee schon vor einigen Jahren von einem FDP-Politiker lanciert wurde. Also neue Allianzen schaffen in dieser einmaligen Situation. Und wir müssen sehen: Wenn Vertrauen besteht, dann ist das alles möglich. Mit Vertrauen kann man fast alles erreichen. Wenn kein Vertrauen da ist, kann man wirklich nichts erreichen. Ich glaube, wir stehen heute vor der Situation, dass wir versuchen, diese Krise mit Politikern zu meistern, die ein Teil des Problems sind – und das kann natürlich schlecht gut gehen.

der technischen Organisation, ein Sich-zusammen-tun und wir sagen: Wir laden jetzt verschiedene junge Politiker ein, zu uns zu kommen und sich zu präsentieren. Dann werden wir einen dafür aussuchen und dann werden wir alle unsere Kräfte mobilisieren - wie das so in den USA geschah - um diese Person so schnell wie möglich in der Politik nach oben zu bringen. Und wir wissen, wir haben dort einen Alliierten, der das verstanden hat, was wir jetzt machen müssen. Könnte aus diesem Tag heute, auf diesem Treffen, der Beginn einer solchen Bewegung entstehen? Es gibt eine Studie über NGOs, die sagt, Zusammenschlüsse zwischen NGOs seien sehr selten. Aber eine Zusammenarbeit zwischen der Friedens-, der Umwelt- und der Solidaritätsbewegung müsste eigentlich möglich sein. Sie müssten zusammen einen deutschen „Obama“ suchen

und für ihn mobilisieren.

Publikum: Ja, mich freut es sehr, was ich von Frau Ashford gehört habe, aber ich bin etwas skeptisch. Ich war letzten Freitag in Stuttgart bei der Hauptversammlung von Porsche. Und ich muss sagen, wenn ich mir so anschaue, wie die Aktionäre angesichts der globalen Finanzkrise denken. Die haben ja nur im Sinn, dass ihre Aktien steigen und dass ihre Dividenden steigen. Und alle Einwürfe von kritischen Aktionären, die die Umweltzerstörung durch den Autoverkehr anprangern, rühren sie nicht. Die wollen wirklich nur Profit! Und hier in München war

noch dabei, unseren Planeten Erde zu zerstören. Zum Thema Aktionäre möchte ich sagen, dass laut Gesetz in den Vereinigten Staaten ein Unternehmen als eine Person – mit den Rechten einer Person – behandelt wird. Und es gibt ein Gesetz, da steht mit ganzen 29 verschiedenen Worten drin, dass es das Ziel eines solchen Unternehmens ist, seine Profite zu maximieren. Und da muss natürlich etwas geändert werden. Diese Unternehmen müssen rechtlich angehalten werden, das öffentliche Wohl im Auge zu behalten, angehalten werden, die gesellschaftlichen Kosten für das, was sie tun, zu berücksichtigen. Es ist nur wenig,

was hier zu tun ist, aber es bedeutet eine große philosophische Veränderung.

Publikum: Frau Ashford, Sie hatten als einen der drei Faktoren den Internationalen Strafgerichtshof genannt, und die Vereinigten Staaten anerkennen diesen Strafgerichtshof ja nicht. Ich bitte Sie einfach - vielleicht auch Herr Uexküll

– um eine kurze Einschätzung: Sehen Sie Chancen, dass sich mit der Obama-Administration daran etwas ändert? Und ein Zweites: Ich wünschte, dass Bush als Angeklagter wegen Menschenrechtsverletzung nach Den Haag käme oder seine Überführung in die Wege geleitet werden könnte. Sehen Sie da eine Chance oder nicht?

Mary-Wynne Ashford: Hier muss man natürlich sehen, dass die Vereinigten Staaten immer wieder Staatsverträge nicht unterzeichnen oder nicht ratifizieren, sich aber trotzdem daran gehalten haben. Und ich denke jetzt, dass das eine langsame Entwicklung sein wird, vielleicht jetzt nicht in der ersten Amtszeit von Obama, aber dass sich die Vereinigten Staaten weiterentwickeln werden und weiter auf den Gerichtshof zugehen werden. Ich denke auch, dass da die weltweite

Meinung durchaus einen Einfluss auf eine Nation haben kann, dass der öffentliche Druck hier durchaus etwas bewegen kann. Zu der Sache Bush kann ich sagen, dass bereits einige Länder angedeutet haben, dass sie ihm die Einreise nicht mehr genehmigen möchten. Auch hier sieht man schon den Druck der öffentlichen Meinung und ich hoffe, dass er eines Tages vor den Gerichtshof kommt. Ich fürchte, ich werde es nicht mehr erleben, aber ich hoffe sehr, dass er es erlebt ... und dass man einfach über die öffentliche Meinung zu Veränderungen kommen kann.

Jakob von Uexküll: Also der Internationale Strafgerichtshof hat ja bisher nicht sehr viel erreicht, wenn man ihn als Gerichtshof betrachtet. Sein erster Fall läuft nicht sehr gut an; aber man muss verstehen, dass die Existenz dieses Gerichtshofs eine viel breitere Wirkung hat. Völkerrecht ist Politik, auch wenn es keine Weltregierung gibt, die die Urteile durchsetzen kann, aber das Völkerrecht schafft Tabus. Nachdem Pinochet verhaftet und dann wieder freigelassen worden war und Pöhlmann gesagt hatte, das wäre jetzt ein großer Rückschritt, hat ein argentinischer Menschenrechtler geschrieben: „Nein, es war ein Fortschritt, denn zum ersten Mal sind jetzt nicht die, die Angst haben, vor Gericht, sondern die Anderen.“ Und Kissinger hat schon Europareisen eingestellt, aus Angst vor Versuchen von irgendwelchen Behörden, ihn festzunehmen. Auch Israel warnt jetzt seine Soldaten - die in Gaza eingesetzt waren - davor, nach Europa zu reisen. Also lange bevor die Leute tatsächlich verhaftet und in Den Haag eingesperrt werden, entsteht durch die Existenz dieses Gerichts eine neue Weltlage, entstehen wie gesagt neue Tabus. Und es ist natürlich zu hoffen, dass die US-Regierung den Internationalen Strafgerichtshof anerkennt. Sicherlich wird der Druck von beiden Seiten auf Obama da sehr stark sein, aber man soll die Wirkungen der Existenz dieses Gerichtshofes nicht unterschätzen. Wie gesagt, Israel ist ihm auch nicht beigetreten, trotz-



das Aktienforum, unter anderem mit dem Luft- und Raumfahrtkonzern. Da hab ich dann angemerkt, dass es ja sehr gute Produkte seien, aber ich würde eben doch zu bedenken geben, dass eine Rüstungskonversion erwogen werden sollte. Darauf sollten sie setzen. Es war mäuschenstill. Es hat zwar niemand direkt etwas dagegen gesagt, nur später ist jemand gekommen und hat gesagt: „Das war ja eindeutig richtig!“ Darauf antwortete ich: „Also ich bin ja noch während des Krieges geboren, und 1945 war alles in Schutt und Asche gelegt – und da könnt ihr doch nicht nur so an eure Dividende, also an die Rüstungsdividende denken!“

Mary-Wynne Ashford: Ich möchte Ihnen hier voll und ganz zustimmen und noch mal betonen, dass sich meine Rede vorhin ausschließlich auf die Kriege bezogen hat. Sie haben natürlich Recht, wir sind immer

dem haben jetzt Israelis Angst und es gibt auch Gespräche. Man hört auch aus Afrika, dass von den Rebellen dort diskutiert wird: „Wenn du das tust, dann wirst du vielleicht in Den Haag landen.“ Also, es ist schon so, dass die Wirkung der tatsächlichen Gerichtsbarkeit vorseilt. Wir hatten beim ‚World Future Council‘ ein Projekt ‚Verbrechen gegen zukünftige Generationen‘ – ‚Future Justice‘ – und wir haben diskutiert, ob es möglich ist, dass Verbrechen, die die Zukunft verbauen, als Verbrechen gegen zukünftige Generationen kriminalisiert werden – im Rahmen des Internationalen Strafgerichtshofes. Das wird sicherlich recht lange dauern, bis das Wirklichkeit wird. Aber zu meiner freudigen Überraschung sind, als wir vor zwei Monaten den ersten Workshop dazu abhielten, aus Den Haag Staatsanwälte und Richter gekommen und haben sich an den Diskussionen zu diesem Thema beteiligt, weil sie sagten, das wäre für sie sehr wichtig. Die Wirkung dieser Arbeit, die wir machen, wäre für sie schon jetzt im Vorfeld sehr wichtig, obwohl es nach ihrer Meinung sicher Jahrzehnte dauern würde, bis diese Sorte von Verbrechen auch tatsächlich kriminalisiert wird und die ersten Zukunftsverbrecher da vor Gericht gezogen werden.

Clemens Ronnefeldt: Vielleicht kann man noch ergänzen, dass der UN-Sonderbeauftragte für die besetzten palästinensischen Gebiete – Richard Falk – im vergangenen Jahr genau in dem Moment von der israelischen Regierung ausgewiesen wurde, als er die Einrichtung eines Strafgerichtshofes gefordert hatte, damit untersucht werde, ob die Abriegelung von 1,5 Millionen Menschen ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt. Das war dann das Ende seiner Zeit in Israel.

Publikum: Ich möchte fragen, ob man die Forderung nach einer Friedenssteuer, wie sie jetzt beim Bundesverfassungsgericht eingereicht wurde, nicht weltweit durchsetzen könne. Was nützt uns das, wenn wir uns durch Kriegsdienstverweigerung persönlich vor dem

Waffendienst schützen können, dann aber 300 Euro pro Person für diese Herrschaften zahlen, die in der ganzen Welt herumballern. Den Regierungen sollten wir dafür das Geld wegnehmen, dann kommen sie viel schneller auf vernünftige Ideen.

Jakob von Uexküll: Es gibt ein prinzipielles Problem, warum es sehr schwierig sein wird, solche Steuerveränderungen so in die Wege zu leiten, dass die Gerichte sie aufgreifen. Die Regierungen sind nämlich der Meinung: Wenn man mit diesem Schritt anfängt, weiß man nicht, wo das endet. Es gibt ja Menschen mit allen möglichen Ideen darüber, wofür sie ihre Steuer nicht ausgegeben wissen wollen. Das heißt, sie wollen selbst bestimmen, wohin ihr Steuergeld fließt. Und das würde natürlich am Ende zu einem totalen Chaos führen, keine Regierung könnte mehr regieren. Am weitesten ist – glaube ich – diese Bewegung für eine solche Friedenssteuer in Großbritannien. Dort gibt es diese Bewegung seit Jahrzehnten. Die entsprechenden Gerichtsurteile dazu laufen im Prinzip immer auf dasselbe hinaus: Die Bürgerinnen und Bürger sollten eine andere Regierung wählen, die diese Kriege nicht führt und Steuergelder nicht für Rüstung ausgibt. Aber wir können als Gericht nicht anfangen, hier Einzelurteile zu fällen, denn da kommen ja auch noch andere Menschen, die aus Gewissensgründen zum Beispiel die Unterstützung von Banken oder gewissen Industrien mit Steuergeldern ablehnen. Deshalb glaube ich, dass die Chancen der Friedenssteuer-Initiativen sehr gering sind.

Publikum: Ich hätte eine Frage, wie der Zukunftsrat aufgebaut ist. Zum Beispiel, ob er etwas tun kann, dass mehr Druck ausgeübt wird, dass das ganze Geld, das jetzt in die sterbenden und zockenden Banken gepumpt wird, stattdessen in die

Umwelt geht. Denn ich denke, dass ist der wahre Konflikt, dass dieses Geld dann der Umwelt fehlt. Gibt es da irgendeine Chance, dass man da Druck ausüben kann, dass es nicht geschieht?

Jakob von Uexküll: Ja, es ist immer eine Frage der Finanzierung. Also die Arbeit des Weltzukunftsrats zum Thema Geld und Finanzen hat eben begonnen, weil wir dafür erst Ende letzten Jahres eine Stelle von der GLS-Bank in Bochum bekommen



haben. Seit zwei Wochen arbeitet jetzt ein Koordinator an unserer ersten Erklärung. Das ist der Beginn eines Projektes, mit dem wir auch Parlamentarier beeinflussen wollen. Wir wollen die Erklärung bis zum G-20-Treffen in London Anfang April fertig haben. Das erste Treffen der Kommission ‚Future Finance‘ des Weltzukunftsrates findet Ende März statt. Und natürlich sollten wir dafür sorgen, dass diese Gelder jetzt massiv – wie ja Obama das auch zum Teil versucht – in Zukunftsinvestitionen gehen und nicht in die Rettung des alten Bankenwesens. Die beste Lösung ist ohne Zweifel die Verstaatlichung der Banken, da kann man viele von diesen Schulden ausgleichen, man braucht also die Privatbanken

nicht zu retten. Es ist ja grotesk, dass auf Kosten der Steuerzahler die zugrunde gegangenen Banken gerettet werden und die Banken, die nicht zugrunde gegangen sind, die besser gewirtschaftet haben, für die anderen Banken dann zum Teil noch mitzahlen. Aber es gibt natürlich noch immer starke ideologische Vorbehalte gegen die Verstaatlichung des Bankensektors. Diese Vorbehalte werden – glaube ich – täglich geringer und das ist sicherlich der



einzig realistische Weg. Man muss sehen – wir werden regiert von den Menschen, die das mit verursacht haben, doch die haben schon riesige Schritte gemacht, was man zum Beispiel an der Finanzpresse ablesen kann. Jeden Tag werden da Dinge ernsthaft diskutiert, die vor sechs Monaten noch Tabus waren und völlig lächerlich gemacht wurden. Wenn in der Financial Times Überschriften stehen wie „Erschießt die Banker“ und „Verstaatlicht die Banken“, dann merkt man, hier geht es schon vorwärts.

Ja, es wurde die Frage nach dem Weltzukunftsrat gestellt. Ich hatte damals diese Idee in einem Rundfunk-Interview präsentiert. Daraufhin kam vom deutschen Fernsehen

die Anfrage, dass sie gern die Treffen dieses Rates ausstrahlen würden. Ich habe dann gesagt: „Ja wissen Sie, ich bin verantwortlich für eine unterfinanzierte globale Organisation, für den Alternativen Nobelpreis. Ich wüsste nicht, wie ich überhaupt anfangen könnte.“ Und daraufhin sagte der Herr vom Süd-West-Fernsehen in Baden-Baden, sie hätten vielleicht den ersten Spender. Das ist natürlich eine recht interessante Entwicklung. Normalerweise haben Sie eine Idee

und laufen dann jahrelang herum und suchen einen Spender und dann hoffen Sie, dass sich das Fernsehen dafür interessiert. Hier präsentieren Sie eine Idee und das Fernsehen ruft an und bringt gleich den ersten Spender mit. Und dieser Spender hat dann diese Initiative mit 200.000 Euro unterstützt. Mit diesem Geld haben wir den Weltzukunftsrat aufgebaut. Wir haben Tausende von Organisationen und Nationen angeschrieben mit der Bitte, ihre Meinung zu sagen, ob sie das für eine gute Idee hielten. Die Reaktion war überwiegend positiv – aus dem gesamten politischen Spektrum muss man sagen. Sie werden sich wundern, wenn Sie unsere Website ansehen, wer alles

den Weltzukunftsrat begrüßt, quer von rechts bis links, und aus verschiedenen Ländern. Und wir haben um Namensvorschläge für Ratsmitglieder gebeten. Da kamen ungefähr 550 Vorschläge. Wir beriefen dann einen Begrüßungsrat von 18 Persönlichkeiten ein, die unter den 550 ein möglichst breites Spektrum abdeckten. Die haben dann die restlichen 32 gewählt, so dass der Rat aus 50 Personen besteht. Und wie ich gestern sagte, der Rat behauptet nicht, irgendwelche andere Menschen zu vertreten. Das heißt, wir sprechen für die Interessen zukünftiger Generationen und versuchen analog zu einem Verfassungsgericht begründete Aussagen vorzulegen. Wir sagen, wir müssen dafür sorgen,

dass die Beschlüsse, die heute gefasst werden, auch erdgemäß und zukunftsgemäß sind. Aber die Legitimation des ‚World Future Councils‘ kommt aus der Arbeit ihrer Mitglieder.

Publikum: Sie haben gestern das Problem Palästina und Israel und überhaupt den Nahen Osten angesprochen. Da hätte ich Fragen an Frau Ashford und an Sie, Herr Ronnefeldt. Sie haben gestern gesagt, Sie arbeiten speziell in diesem Krisenherd. Wie schätzen Sie ein, ob die westlichen Regierungen tatsächlich in der Lage sind, Druck auf Israel aufzubauen, so dass endlich Bewegungen stattfinden, die beiden Völkern ein Leben in Frieden ermöglichen? Das wird lange dauern, aber ich denke, es geht nur unter einem starken Druck der Verbündeten von Israel.

Mary-Wynne Ashford: Lassen Sie mich zuerst ein paar Worte zur Finanzkrise sagen, die vorhin zur Sprache kam. Ich denke, dass die von allen – von uns, wie auch von den Politikern – unterschätzt wird. Vom Leiter der ‚Bank of Canada‘ – das entspricht in etwa der Zentralbank – hörte ich eine Aussage, die mich schon sehr nachdenklich gemacht hat. Er sprach davon, dass die Finanzkrise das Ende der Währungen sein könnte. Das ist natürlich eine drastische Formulierung von einem Mann mit einem solchen Status. In diesem Zusammenhang ist mir unheimlich wichtig, dass wir nicht einfach alles der Politik und dem Finanzwesen überlassen dürfen. Die schauen ja manchmal einfach hilflos auf diese Spirale, die sich immer schneller nach unten dreht. Wir müssen auch selbst überlegen, welche Wege uns hier wieder herausführen können. Da bricht ein ganzes System zusammen. Welche Strukturen können wir dann anbieten? Denn wir haben ja nun gesehen, es gibt den Kommunismus – und das Experiment ist wohl fehlgeschlagen. Dann haben wir den Kapitalismus – dieses System scheint gerade fehlzuschlagen. Ja, eine kooperative Basis wäre anzudenken. Aber eigentlich stellen wir immer wieder fest, dass keiner wirklich

gute Antworten hat. Und so wäre es ganz wichtig, hier Antworten zu finden, Vorschläge zu machen, denn ich persönlich habe den Eindruck, dass das zur Zeit eine Sache ist, auf die die Politiker auch irgendwie ein bisschen hoffen und warten würden.

Nun, das Problem im Nahen Osten ist natürlich ein sehr weitreichendes und sehr schwieriges und würde eigentlich wesentlich mehr verdienen, als hier in zwei Minuten besprochen zu werden. Darum möchte ich jetzt eine bewusst kurze Stellungnahme dazu abgeben. Wir sollten bedenken, dass in Israel selbst ca. tausend Organisationen an einem Miteinander, an einem Zusammenleben, an einer Überbrückung der Kluft zwischen Israelis und Palästinensern arbeiten. Solche Organisationen gibt es auch in Ihrem Land, die gibt es in meinem Land, die gibt es auf verschiedensten Ebenen, wo immer wieder jüdische Mitbürger, arabische Mitbürger, muslimische Mitbürger versuchen, zusammen zu kommen, sich gegenseitig nach vorne zu bringen und dann wiederum auch die Mitglieder ihrer Gemeinden zu erziehen, damit sie vorankommen. Ich denke, es ist absolut wichtig, dass wir diesen Leuten die Unterstützung zukommen lassen, die sie verdienen, dass wir auf ihre Arbeit an der Basis setzen, dass wir diesen Menschen die Berichterstattung auch in den Medien geben, die sie verdienen. Die Bevölkerung muss informiert werden, dass es bereits Projekte gibt, an denen Organisationen hier arbeiten und die wir unterstützen können.

Clemens Ronnefeldt: Sie hatten konkret auch mich angesprochen. Ich war Ende Oktober noch in Israel und Palästina, und meine Freunde aus den Friedensorganisationen dort sagten mir, dass bei den Friedensgruppen Deutschland als Teil des Problems gesehen wird. Der Briefkasten von Frau Merkel hätte überlaufen müssen, nachdem sie gesagt hatte: „Die Palästinenser haben die alleinige Schuld an diesem Konflikt.“ Es gab das Manifest der 25. Führende deutsche Friedens-

forschungsinstitute haben gesagt: „Neben dem Eintreten für die Existenz Israels ist es für Deutschland genauso wichtig, für die Existenz eines Staates Palästina einzutreten.“ Und Herr Blair, der EU-Sonderbeauftragte, war der erste, der jetzt, mehr als drei Jahre nach seiner Wahl, gesagt hat: „Wir müssen mit der Hamas sprechen, wir können sie nicht negieren.“ Das kommt drei Jahre zu spät. Das dritte, was ich sehe: Menschenrechte sind unteilbar. Hans Galinski sagte einmal: „Ich habe Auschwitz nicht überlebt, um zu neuem Unrecht zu schweigen.“ Es gibt in Schweden ein Hoffungszeichen. Dort hat der französische Konzern Veolia das U-Bahn-Netz gebaut und hätte in diesem Land noch einen Vertrag für 3,5 Milliarden Euro für die nächsten 8 Jahre gehabt. Dieser französische Konzern hat einen Auftrag angenommen, zwischen den besetzten palästinensischen

Gebieten und Jerusalem ein Straßensystem nur für Israelis und israelische Siedler zu bauen. Daraufhin haben Tausende von Menschen in Schweden Druck auf den Stadtrat in Stockholm ausgeübt, um diesen Kontrakt über die genannten 3,5 Milliarden Euro mit Veolia zu kündigen. Denn sie sagten, es gebe ein ethisches Mindestmaß und es könne nicht sein, dass europäische Firmen an der Besatzung auch noch verdienen. Dieses Protest-Modell gegen Veolia wäre auch für Deutschland von großer Bedeutung, wo Veolia ebenfalls einige Projekte am Laufen hat. Über diese Schienen könnte möglicherweise Druck ausgeübt werden, um die Besatzung – die das Grundübel für mich ist – zu beenden und damit auch Israel zu einer mehr menschlichen, gerechteren Politik zu bewegen.

Jakob von Uexküll: Ja, ich kann das nur bestätigen. Es gab vor ein paar Jahren eine Kampagne gegen

Produkte aus den israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten. Diese wurden ja in der EU dann als israelische Produkte vermarktet mit entsprechenden Steuererleichterungen und Ersparnissen bei der Einfuhr. Schließlich gab es auf EU-Ebene einen Versuch, die Vermarktung der von den israelischen Siedlern in den Besatzungsgebieten produzierten Waren zu stoppen. Das sollte nicht mehr erlaubt sein, weil es ja gegen das Völkerrecht verstößt, diese Produkte aus besetzten Gebieten so zu behandeln wie israelische Produkte. Und dieser Versuch auf EU-Ebene wurde von Deutschland blockiert. Joschka Fischer sagte, er würde nie einen Beschluss fassen, der irgendwie Israel-kritisch sei. Es gab dann eine Kampagne der Zivilgesellschaft – ich kenne das nur aus Großbritannien, wo ich



ja zur Zeit wohne. Da gab es vor den großen Warenhäusern in der Londoner Oxford Street Proteste gegen den Verkauf solcher Produkte. Mark & Spencer hat nur zwei Tage gebraucht, bis sie diese Produkte aus den Regalen nahmen, weil sie sagten, sie können ihren Kunden nicht zumuten, vor der Tür mit diesen Protestierenden diskutieren zu müssen, das wäre geschäftsschädigend. Deswegen haben sie den Verkauf dieser Produkte sofort eingestellt. Das heißt, man kann da auch sehr schnell Erfolge erzielen. Aber es ist ganz klar, wir müssen das auch tun – in unserem eigenen Interesse. Denn was ich jetzt in der arabischen Welt erlebe, das ist eine Verachtung unserer Doppelmoral im Hinblick auf Israel und Palästina. Wenn man sich vorstellen würde, irgendein anderes Land hätte das gemacht, was die Israelis mit dem Gazastreifen machen – die UNO hätte natürlich längst eingegriffen. Es gibt hier eine offensichtliche

Doppelmoral, die dazu führt, dass die Glaubwürdigkeit aller westlichen Werte inklusive der Demokratie in den arabischen Ländern rapide am Sinken ist. Und deswegen glaube ich, je stärker die Proteste der Zivilgesellschaft gegen diese Doppelmoral sind, desto mehr wird uns das helfen, auch Alliierte in der arabischen Welt zu bekommen und damit zu verhindern, dass es dort einen Rückschritt gibt hin zu Intoleranz und Obskurantismus.

Publikum: Bisher glaubte man mehr oder weniger an die Maxime: „Wir lernen von der Geschichte, um die Fehler zu vermeiden“. Jetzt habe ich eine schöne Aussage gelesen: „Wir stehen zum ersten Mal vor der Aufgabe, von der Zukunft zu lernen.“ Wie macht man das konkret? Frage an den „World Future Council“: Ein



Problem scheint mir zu sein, dass viele von diesen wissenschaftlichen Klimaprognosen eigentlich zu optimistisch sind. Bei einer Diskussion sagte der Präsident des Max-Planck-Instituts für Meteorologie Folgendes, als ich ihn nach den Zielen fragte, die wir uns stecken müssen. „Ich glaube nicht, dass wir uns an diese 2-Grad-Celsius-Grenze halten sollten. Ich würde lieber 0 Grad einführen“. Und weiter: „Nein nein, ich habe vor 20 Jahren schon genau diese 2 Grad vorausgesagt.“ Ja, wenn er das so genau vorausgesagt hat, warum stehen wir heute da, wo wir stehen, wenn das stimmt? Das heißt, nicht nur die Prognosen sind unzuverlässig, sondern die Umsetzung dieser Prognosen auch.

Jakob von Uexküll: Ja natürlich können wir die Zukunft nicht genau voraussehen. Gerade deswegen braucht es Institutionen, die das wenigstens versuchen. Das Problem bei der heutigen wissenschaftlichen

Zukunftsforschung ist, dass diese zum größten Teil von der Industrie bezahlt wurden, auch akademische Zukunftsforschung wurde mehr und mehr im Interesse der Industrie gemacht. Zum Beispiel gab es vor einigen Jahren eine Untersuchung der amerikanischen Zukunftszeitschrift ‚Futures‘, in der man feststellte: Von 34 Zukunftsstudien in den USA haben nur zwei die Umweltproblematik überhaupt erwähnt, weil diese natürlich die ganzen optimistischen Prognosen über technischen Fortschritt und wachsende Märkte über den Haufen geworfen hätte. Deswegen hat man es vorgezogen, sich nicht damit zu befassen. Unsere Vorfahren waren da etwas cleverer. Da gab es in mehreren Zivilisationen eigene Institutionen. Im kolonialen Südinien zum Beispiel gab es den „Rat der Seher

in die Zukunft“. Dieser bemühte sich, die Folgen der Beschlüsse, die gefasst wurden, für die zukünftigen Generationen so weit wie möglich einzuschätzen. Von den Ureinwohnern in Nordamerika kennen wir das Prinzip der „siebten Generation“, das heißt, alle Beschlüsse mussten von den Stammesältesten überprüft werden auf ihre Folgen auf die nachkommende 7. Generation nach der, die den Beschluss gefasst hatte. Und in Westafrika hatte man das Prinzip der „drei Generationen“, das heißt bei allen Beschlüssen mussten die hochverehrten Ahnen, die gegenwärtige Generation und die zukünftige Gesellschaft berücksichtigt werden. Und heute haben wir die Situation, dass unser Einfluss auf die Zukunft natürlich viel größer ist als zuvor bei unseren Vorfahren. Und trotzdem wird er immer geringer, weil wir der Meinung sind, der Fortschritt werde das schon irgendwie regeln, es werde alles besser werden. Und deswegen wird auch die Zukunft im Preis immer

mehr herabgesetzt, soweit, dass dann Zukunftsschäden, die in 100 Jahren passieren werden, heute überhaupt nicht mehr berücksichtigt werden. Das ist - wie ich vorher sagte - ein Problem der Ökonomen, die im Dienste der Macht stehen und die auch davon ausgehen, dass alles besser wird. Aber es wird in Zukunft noch viel teurer werden, die Folgen solcher Entscheidung wieder gut zu machen. Beim Klima wird es für die Null-Grad-Erwärmung schon zu spät sein. Die 2-Grad-Grenze wird schon gewaltige Anstrengungen erfordern und große regionale Verwerfungen mit sich bringen. Große Teile Nordafrikas werden durch Dürre unbewohnbar werden. Zig Millionen Klimaflüchtlinge werden kommen – vor allem nach Europa. Das hätte man natürlich schon verhindern können, wenn wir vor 30 Jahren angefangen hätten. Aber da war der Zukunftsoptimismus noch zu ungebrochen. Bill Mollison hat bei der Preisverleihung des Alternativen Nobelpreises 1981 schon über die beunruhigenden Veränderungen, die er in Australien erlebte, geschrieben. Und man hat nicht darauf gehört! Das Ergebnis ist, dass jetzt in Australien wegen Wassermangels schon ganze Städte evakuiert werden müssen.

Publikum: Manche profitieren natürlich auch von diesem Verlust. Überall wo ein Gewinn ist, ist auch ein Verlust. Und diese Verluste zu bilanzieren und in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Diskussion zu stellen, denke ich, das ist die Hauptaufgabe der Friedensbewegung – unser aller, die wir hier sind. Und ich denke dabei natürlich auch an die Frage der Friedenssteuer. Jeder kann sich überlegen, was er für eine sinnvolle Kanalisierung von Geldern tun kann. Hier geht es um ein ganz großes Problem, an dem wir – glaube ich – arbeiten müssen.

Mary-Wynne Ashford: Ja, vielen Dank für Ihre Bemerkung. Das ist sehr wichtig. In meinem Buch habe ich es als eine Schande bezeichnet, dass das Geld von den Menschen aus der Bevölkerung in die Hände einiger reicher Unternehmen gespielt wird. Das gleiche trifft auch

für Geld zu, das benutzt wird, um Katastrophen zu lindern. Auch hier werden wieder Unternehmen gegen Geld beauftragt – wir haben das beim Hurrikan Katrina gesehen – hier wird Geld aus den Händen der Menschen an bereits reiche Unternehmen gegeben. Die Antwort hierzu kann nur sein, die öffentliche Aufmerksamkeit hierauf zu lenken und Information an die Leute zu bringen, um Protestbewegungen und Widerspruch hervorzurufen.

Jakob von Uexküll:

Krieg als Geschäft – wahrscheinlich war es in den letzten 10/20 Jahren lohnender, mit Finanzderivaten zu handeln, als Krieg zu machen. Aber Sie haben natürlich grundsätzlich Recht. Mich erinnert das jetzt wieder an eine Frage, die ich gestern nicht mehr beantwortet habe, nämlich: „Wird die Politik dadurch nicht mit ethischen Forderungen überfrachtet?“ Den Glauben, dass man Politik mit Ethik überfrachten könne, finde ich - aus diesem Publikum - eine interessante Einstellung, um es gelinde auszudrücken. Alle großen Fortschritte in der Geschichte wurden erreicht, wenn vorher ein gesellschaftliches Problem zu einer ethisch-moralischen Frage wurde. Die Sklaverei wurde auf diesem Wege abgeschafft. Die Bürgerrechtsbewegung in den USA hat aus ihren Anliegen eine ethisch-moralische Frage gemacht und man hat den Kampf gewonnen. Beim Frauenstimmrecht war es genauso. Das heißt natürlich nicht, dass die bekämpfte moralische Einstellung dann völlig verschwindet. Ich meine, der Rassismus ist verpönt, er ist jedoch nicht völlig verschwunden. Aber der erste Fortschritt ist, dass jeder, der bei einem Problem über kriegserische Lösungen redet, erst einmal ethisch-moralisch hinterfragt wird, also ausgefroren wird aus der

Staatengemeinschaft. Man soll die Fortschritte, die da seit dem zweiten Weltkrieg gemacht wurden, auch nicht gering schätzen. Schauen wir uns die Länder in der EU an:



Jahrhunderte lang waren sie misstrauisch gegeneinander und haben bei Problemen einen Krieg mit ihren Nachbarn angefangen. Heute ist es vollkommen unvorstellbar, dass ein Krieg zwischen EU-Ländern stattfinden würde. Das kann sich natürlich ändern, wenn das Klima-Chaos sich verbreitet. Dann weiß man nicht, wie es weitergeht. Aber es ist zur Zeit unvorstellbar. Ein Atomkrieg hätte in den 80er-Jahren, als die Sowjetunion schon im Zusammenbruch war, leicht ausgelöst werden können. Die Tatsache, dass es gelang, diese Gefahr zu überwinden, dass wir nicht unter diesem täglichen Damoklesschwert eines atomaren Krieges leben, das ist ein riesiger Fortschritt. Ich war jetzt positiv überrascht über einen Machtpolitiker wie den ehemaligen malaysischen Premierminister Dr. Mahathir – sicherlich kein glänzendes Vorbild für die Zivilgesellschaft dort, aber ein Mann, der wagte, dem Westen Paroli zu bieten, als man

ihm unsere Finanzpolitik aufdrängen wollte. Dieser hat mir vor ein paar Wochen gesagt – nachdem er bereits pensioniert war – sein Ziel sei jetzt die Abschaffung des Krieges. Dafür habe er eine Stiftung gegründet. Ich habe mich gewundert, dass ein derartiger Machtpolitiker doch an eine solche Möglichkeit glaubt. Es ist heute wirklich die Zeit gekommen! Ich erlebe das öfter, dass mir inzwischen pensionierte Politiker sagen: „Wir können uns in dieser Welt keine Kriege mehr leisten und wir glauben, die Zeit ist gekommen, um Kriege so einzugrenzen, dass die Weltgemeinschaft sie beherrschbar machen kann.“ Das heißt, es werden Konflikte wohl auch weiterhin bestehen, aber man soll diese Zahlen, die wir gestern hörten, auch nicht gering schätzen. Es gibt schlimme Konflikte in der Welt, es gab sie, aber wir hörten gestern Abend auch eine Statistik, wonach die meisten Friedensmissionen der Vereinten Nationen erfolgreich gewesen sind. Nur das Problem mit den Medien: Darüber lesen wir nichts! Wir hören immer nur, wenn etwas fehlgeschlagen ist, zum Beispiel im Kongo. Aber die Tatsache, dass wir an der Elfenbeinküste einen schlimmen Bürgerkrieg hatten und dass durch UNO-Vermittlung dort wieder Frieden herrscht, hören wir nicht. Ich glaube, wir sollten auch dafür sorgen, dass Friedens-Erfolgsgeschichten viel mehr Aufmerksamkeit bekommen.

Zwischenfrage: Wie kann man das machen?

Nun dadurch, dass wir das selbst recherchieren und publizieren, immer wieder auch Leserbriefe schreiben. Natürlich, wir müssen Druck auf die Medien ausüben, dass sie nicht nur das Negative berichten. Ich glaube, es ist sehr wichtig, weil man sonst den Menschen ja völlig die Hoffnung nimmt. Aber ich glaube, das ist auch eine Aufgabe der Friedensbewegung, die UNO zu unterstützen und zu recherchieren, wo es wirklich erfolgreiche UNO-Einsätze gibt.

Clemens Ronnefeldt: Vielleicht noch zwei Hoffnungsgeschichten



zu Ihrer Frage, kurz vor der Pause. Am zweiten Tag nach seiner Amtseinführung hat Barack Obama ein Brandwaffen-Kontrollabkommen unterzeichnet – das die Bush-Regierung zwar ratifiziert, aber all die Jahre nicht unterzeichnet hat. Die vor einiger Zeit gestartete Ladung Phosphorwaffen an Board eines Schiffes nach Israel wäre mit Obama jetzt verboten – und sie wird auch künftig verboten sein. Ich sage Ihnen das, weil es nicht bekannt ist, nicht in deutschen Zeitungen steht. Krieg wird immer mehr privatisiert, Firmen verdienen daran. Die Firma Blackwater musste aber jetzt den Irak verlassen, nachdem ihre Männer viele Zivilisten umgebracht haben. Der Kontrakt der Regierung Maliki mit Blackwater wurde gekündigt.

Fortsetzung nach einer 15-minütigen Pause

Publikum: Vorhin wurde gesagt, welche Systeme und Strukturen sich als unbrauchbar erwiesen hätten, der Kommunismus, der Kapitalismus etc. Und die große Frage ist jetzt, wie soll es weitergehen und wer weiß das? Geht es in Richtung sozialer Zusammenschlüsse oder so ähnlich? Ich weiß es nicht und wir wissen es alle nicht. Aber mir fehlt etwas, wo ich immer an Grenzen stoße. Ich kenne verschiedene Gruppierungen, solche, die sich mit Psychoanalyse auskennen, andere, die sich mit Spiritualität befassen oder mit sozialer Politik oder mit Gesellschaftspolitik oder politischer Politik. Aber es ist mir noch nie eine Veranstaltung bekannt geworden, bei der das kombiniert wird. Ich habe vor 20 Jahren schon gesagt, wenn jemand so nach Reichtum giert, dann ist er krank. Und ich möchte gerne, dass psychoanalytische und spirituelle Aspekte

sowohl in die Ökonomie und die Politik, als auch in die öffentliche Diskussion einfließen. Wissen Sie, wie man das unterstützen kann? Oder sind Sie anderer Meinung?

Mary-Wynne Ashford: Nein!

Aber ich gebe zu, das ist eine ganz wichtige Frage, auf die wir zugehen müssen. Leider weiß ich jetzt selber auch nicht ganz den richtigen Weg, wie wir dahin kommen können. Vielleicht ist ja das ‚Future Council‘ darauf vorbereitet? Ansonsten ist sicher auch einmal ein sehr guter Weg, die Religionen anzusprechen und sie zu bewegen, aufeinander zuzugehen, miteinander zusammen zu arbeiten. Morgen wird ja in dieser Richtung schon ein guter Schritt getan*. Und ansonsten würde ich auch vorschlagen, dass man sich selbst bemüht, in der Nachbarschaft, in Organisationen zusammenzukommen. Vielleicht wäre es ja auch eine ganz gute Idee, die Sache einmal andersherum anzugehen und zu überlegen: Welche Werte haben wir? Für welche Werte ist es uns denn wichtig, dass eine Struktur darum aufgebaut wird? Und dass wir diese Werte zuerst nehmen, zuerst festlegen und dann auf der Grundlage dieser Werte versuchen, Menschen zu finden, die wir wählen können, Strukturen zu finden, die uns diese Werte sichern.

**Gemeint ist das Friedensgebet der Religionen zum Abschluss der Friedenskonferenz*

Jakob von Uexküll: Ich habe letztes Jahr den Erich-Fromm-Preis bekommen und musste mich da natürlich vor meinem Vortrag mit Fromm's Texten beschäftigen, geschrieben vor 50 Jahren. Ich habe festgestellt, wie unglaublich aktuell er ist und dass er die Wirklichkeit beschreibt. Der britische Ökonom John Neville Keynes hat einmal gesagt: „Das Problem ist nicht, neue Ideen zu entwickeln, das Problem ist, die alten zu überwinden.“ Und ich habe mir jetzt bei der Arbeit der ‚Future Finance Commission‘ des ‚World Future Councils‘ eine Überschrift zu unserem ersten Papier überlegt, weil die Globalisierung rapide an Glaubwürdigkeit verliert. Nur, ich bin dagegen, nur negative Ausdrücke zu

nehmen, deswegen habe ich etwas gegen „Deglobalisierung“. Ich habe mir gedacht: Worum es wirklich geht ist Citizenship – Erdbürgertum. Wir müssen wieder anfangen, Bürger zu sein, bevor wir Konsumenten sind. Wir sind gezwungen, das global anzugehen, weil die Probleme global sind und es kein Entkommen gibt. Das gilt für das Klima, für die Radioaktivität und vieles mehr. Natürlich müssen wir andererseits wieder die lokale und regionale Ebene stärken. Denn auf ihr können wir aktiv sein und Einfluss haben. Es ist zum Beispiel viel billiger, Arbeitsplätze für den lokalen oder regionalen Markt zu schaffen als für den globalen. Dort können wir sogenannte Externalitäten auch leichter beherrschbar machen, die positiven können wir genießen, die negativen sind leichter zu beherrschen, weil es leichter ist, kleine Fehler wieder gut zu machen als große. Und deswegen ist diese ganze Globalisierungsidee eigentlich von vornherein falsch konzipiert. Wir haben immer gehandelt und Handel getrieben. Allein der Glaube, dass Menschen sich jetzt wirklich aus Effizienzgründen von irgendwelchen globalen, anonymen Mächten abhängig machen sollten – und das würde dann Wohlstand für alle bringen – das war natürlich von vornherein ein Fehler. Der globale Freihandel hat sicherlich theoretisch zu einem Zuwachs geführt, aber eben auch zu einem ökologisch



katastrophalen Wirtschaftswachstum. Aber vor allen Dingen, die Gewinner haben ja die Verlierer nicht kompensiert. Sie haben den ganzen Gewinn an sich gerissen und deswegen ist dieses System natürlich jetzt so total unglaublich. Für mich geht es darum, sich als Bürger wieder zu überlegen: Was können wir jetzt erreichen? Wo können wir auch Macht erreichen? Denn die Machtfrage darf nicht ignoriert werden. Es geht darum, dass wir wieder Macht über unser Leben erreichen und dass wir dafür sorgen, dass wir unseren Kindern eine gesunde Welt übergeben können. Und natürlich brauchen wir dazu eine ethisch-moralische Wende. Und natürlich sind die Religionen sehr wichtig. Aber dafür müssen wir in den Kirchen auch aktiv werden. Zu glauben, dass die das von sich aus machen, das halte ich leider für illusorisch. Ein Kirchenführer mit einem starken Verantwortungsgefühl für Ökologie ist der orthodoxe Patriarch Bartholomaios. Er organisiert alle paar Jahre eine Konferenz auf einem Schiff, auf dem sie eine Woche lang diskutieren und Vorträge hören von bekannten Wissenschaftlern und Ökologen und Religionsführern. Das Ganze nennt sich ‚Religion, Science and the Environment Symposia‘. Ich habe diesen versammelten Erzbischöfen und Kardinälen – es sind auch oft welche aus anderen Religionen dabei – vorgeschlagen, sie sollten doch einmal anfangen, diese Zukunftszerstörer und Umweltzerstörer zu exkommunizieren. Es gab da – nein, keinen großen Widerspruch, sondern betretenes Schweigen – bis ein griechischer Bischof dann meinte: „Nein, nein, das hilft alles nichts, das Einzige was noch hilft, ist eine Katastrophe in den eigenen Wänden, um die Leute aufzuwecken.“ Da habe ich dann gefragt, an welche Art von Katastrophe er denn denke. Er meinte daraufhin: „Ja zum Beispiel die Überflutung Londons“. Da sitzt also der englische Bischof und hofft, dass London überflutet würde! Das ist natürlich schon merkwürdig. In der weiteren Diskussion sagte ich, in allen historischen Umbruchzeiten

seien neue religiöse Orden gegründet worden. Wie wäre es denn, wenn die Religionen zusammen kommen und gemeinsam für die Menschen da sein würden? Sicherlich besonders für junge Menschen und Menschen aller Altersgruppen, die nicht nur sonnenabends in Greenteams für Greenpeace arbeiten wollen, sondern die ihr Leben der Zukunft der Erde widmen möchten. Kann man für die nicht so eine Art Orden schaffen, in dem sie die Möglichkeit haben, richtig für die Erde zu arbeiten, für den



Frieden, für die Umwelt? Das wäre doch etwas, wofür die Religionen zusammen jetzt wirklich etwas ganz Konkretes tun könnten! Daraufhin gab es dann auch Schweigen, bis ein Erzbischof die Hand hob und fragte, ob in diesem Orden auch der Zölibat herrschen würde.

Publikum: Zur Frage aus dem Publikum nach einer Zusammenschau aus verschiedenen Wissenschaften: Ich habe im letzten Sommer tatsächlich eine solche Veranstaltung erlebt, einen Kongress für integrale Politik, bei dem die von Ihnen genannten drei Zugangsweisen zur Sprache kamen. Wenn Sie oder auch andere Menschen hier im Raum daran Interesse haben, können Sie auf mich zukommen. Ansonsten möchte ich mich erst einmal bedanken. Ich war gestern schon da und finde die Veranstaltung sehr bereichernd. Ich bin sehr beeindruckt von dem, was Sie tun. Ich fühle mich ermutigt. Ich habe eine Vision:

eine Art alternatives Parlament für München. Ich bin Münchner und dies gerne. Mein Wunsch, meine Vision wäre irgendwo ein Haus, in dem zivile Menschen genau diese ganzen Themen mit einbringen, die wir hier die ganze Zeit besprechen und die für politische Entscheidungsprozess wichtig sind. Es sollten gleichzeitig Politiker eingeladen sein, daran teilzunehmen, damit das Wissen auch an sie weitergegeben wird. Natürlich bin ich beim Münchner Stadtrat auch skeptisch, ob das funktionieren könnte.

Gleichzeitig könnten wir aber sagen: Nein, wenn ihr nicht mitmacht, dann machen wir einfach mit zivilen Mitteln alles, was wir umsetzen können. Ich sehe auch, dass wir für solche Ideen unglaublich viel und immer mehr freies Potenzial in Form von Zeit zur Verfügung haben. Das ist also mein Traum und ich habe schon mehrere Ideen, was man da machen könnte. Zum Beispiel in Sachen Energie: Wir haben in München eine

ganz besondere Konstellation – die Stadtwerke München sind das sechstgrößte Energie-Unternehmen in Deutschland, und dieses unterliegt komplett dem Stadtrat, das heißt, die Stadt München ist Eigentümerin der Stadtwerke. Wenn wir hier eine Energiewende wollen, dann bräuchten wir uns nicht mit so starken Widerständen von großen Energiekonzernen auseinander zu setzen wie sonst in Deutschland. Mein Angebot und meine Einladung spreche ich für alle aus, die daran auch Interesse haben, so etwas zu machen. Bitte kommen Sie auf mich zu! Meine Frage ans Podium: Kennen Sie auf kommunaler Ebene solche Ansätze und was gibt es dazu zu sagen? Danke.

Clemens Ronnefeldt: Vielleicht auch noch eine Ergänzung: Hep Monatzeder sagte mir gestern, der Münchner Stadtrat habe beschlossen, dass Grabsteine aus Kinderarbeit für die öffentlichen Friedhöfe

nicht mehr eingeführt werden dürfen. Dagegen hat ein einziger Steinmetz hier in München geklagt und hat Recht bekommen. Aber weil München diese Regelung verbindlich gemacht hat, haben derweil schon 100 andere Städte in Deutschland einen ähnlichen Beschluss gefasst. Das heißt, wir können uns nach wie



vor durchaus entscheiden, mit wem wir zusammenarbeiten wollen. Und die Stadt respektiert auch dieses ethische Kriterium: keinen Stein mehr aus Kinderarbeit. Auch dieses ist etwas, was auf lokaler Ebene funktionieren kann.

Mary-Wynne Ashford: Vielen Dank für Ihre inspirierenden Worte. Ich bin sehr froh, dass ich hier bin und das heute hören kann. Ja, ich würde vorschlagen, auf der Suche nach eigenen Handlungsmöglichkeiten einfach im Web zu surfen. Da gibt es das ‚International Center for Sustainable New Cities‘ und da wird sehr gute Arbeit geleistet. Hier ist meine Schwester Vorsitzende, - aber ich finde auch so, dass sie gute Arbeit macht. Bei diesem „International Center“ finden Sie viele kommunale Projekte mit Beteiligung der Zivilgesellschaft, zum Beispiel im sozialen und im Umweltbereich. Aber nachdem Sie doch gesagt haben, dass Sie in München etwas bewegen wollen, wäre es vielleicht eine gute Idee, den Stadtrat in München ganz konkret anzusprechen und zu fragen: „Wie wollen Sie denn, dass Ihre Stadt in 100 Jahren aussieht?“ Und allein

das müsste schon zu einer deutlichen Verschiebung der Prioritäten führen.

Jakob von Uexküll: Also nach meiner Erfahrung ist es gut, wenn wir - wo immer möglich - in existierende Strukturen eintreten und dabei versuchen, Veränderungen zu erreichen. Denn die Demokratie hat nun einmal diese Struktur geschaffen und in ihnen liegt tatsächliche Macht. Wenn wir nur von außen arbeiten, besteht immer die Gefahr, dass auch andere von außen arbeiten, die viel mehr Mittel und Geld haben als wir. Also, solange es möglich ist, in politische Parteien eintreten und dort aktiv zu werden, ist das für mich immer der erste

Schritt. Ich glaube, es ist sehr wichtig, dass wir besonders auf lokaler Ebene dafür sorgen, dass die Bürger – unsere Mitbürger – vertreten werden von Personen, die mehr Weitblick haben, gerade wenn es darum geht, längerfristig zu planen. Es gibt ja keinen Grund, warum in den Parteien und anderen Entscheidungsgremien nicht längerfristig geplant und entschieden werden soll. Man kann sicherlich dann Gremien schaffen speziell für den Schutz der Zukunft. Dafür gibt es ganz unterschiedliche Modelle. In der Schweiz zum Beispiel wollte man zunächst einen nationalen Zukunftsrat sozusagen als dritte legislative Kammer mit einem Zukunfts-Veto-Recht gründen. Das wurde natürlich von den anderen Parteien gleich blockiert. Erfolgreich waren dagegen Gremien oder parlamentarische Ausschüsse auf kommunaler Ebene. Die haben – wenn auch kein Veto-Recht – doch einen spürbaren Einfluss auf Entscheidungen, bei denen es um die Interessen zukünftiger Generationen geht – und das werden ja immer mehr. Für die Legislative und Exekutive ist es dann immer schwierig, sie einfach zu überstimmen, denn

die sind ja geschaffen worden, um die Interessen unserer Kinder und zukünftigen Generationen zu wahren. So etwas kann man schaffen innerhalb der existierenden Parlamente. Solche Ausschüsse gibt es in einigen Ländern in verschiedenen Modellen, zum Beispiel in Finnland, Ungarn und in Israel. Man kann sie auch als separates Gremium schaffen, wobei die Mitglieder zum Teil ernannt, zum Teil gewählt, zum Teil auch von der Zivilgesellschaft ernannt werden – also nicht nur von den Parlamentariern. Ja, solche Zukunftsräte kann man auf lokaler Ebene schaffen, zum Beispiel kann man einen Münchener Zukunftsrat ins Leben rufen! Aber wie gesagt, nicht alles als weitere NGOs, eine unter hunderten oder tausenden, sondern wirklich als ein Gremium! Da muss man einen Antrag einreichen und dafür kämpfen, dass die Stadt München sagt: Wir schaffen jetzt dieses Gremium, das wirklich die Interessen der Zukunft Münchens betrachtet. Dieses Gremium hat zwar kein Veto-Recht, das werdet Ihr nicht durchsetzen. Aber wie gesagt, man wird also diese Empfehlung schon sehr ernst nehmen. Wo es diese Gremien gibt, sind sie sehr, sehr wirksam!

Publikum: Darf ich dazu gleich etwas sagen: So etwas gibt es schon. Die ‚Initiative Zukunft Haus München‘ existiert bereits seit zwei Monate, und zwar nach einem Schweizer Vorbild. Wer sich dafür interessiert, kann sich an mich wenden.

Clemens Ronnefeldt: Ja, Professor Dürr bestätigt, dass eine solche Initiative in München im Werden ist. Auch er kann dazu Auskunft geben.

Publikum: Auf weitere Fragen nach einer Weltregierung und nach der Agenda 21 antwortet Jakob von Uexküll.

Jakob von Uexküll: Also eine Weltregierung ist natürlich immer eine Hoffnung, die sich dann aber zerschlägt, nicht, weil das unrealistisch ist. Vielmehr muss man wohl befürchten – auch wenn es keine Weltdiktatur werden würde – dass

die meisten Bürger damit nicht glücklicher wären. Sie fühlen sich jetzt schon völlig ohnmächtig, wenn sie an die Regierungen denken, die da oben und ganz weit weg sind, und an die Lobbyisten mit ihrem großen Einfluss. Bei einer Weltregierung würde sich das noch sehr verschlimmern. Wir brauchen Institutionen auf globaler Ebene, aber ich glaube, eine Weltregierung wäre kein Ziel. Was wir machen müssen ist, dass wir auf globaler Ebene starke Strukturen aufbauen, die Friedens-Sicherheit liefern, die die Umwelt schützen – deswegen also diese ‚IRENA‘. Das war ja grotesk, dass wir eine Agentur haben zur Förderung der Atomenergie, aber keine Agentur zur Förderung der erneuerbaren Energien. Und notwendig sind Reformen auf der UNO-Ebene. Zum Beispiel müsste aus dem UNEP, dem UN-Umweltprogramm, mit dem wir zusammenarbeiten, eine richtige UN-Organisation mit ausreichender Finanzierung werden. Ich stelle mir auch vor, dass die Abschaffung des Veto-Rechts im UN-Sicherheitsrat die globale Demokratie fördern würde. Aber wir erleben immer wieder, wie schwierig es ist, schon kleine Reformen in den internationalen Institutionen durchzusetzen. Deshalb bin ich dafür, Spezialorganisationen neu zu gründen. Was den ‚World Future Council‘ angeht, hat er als Gründungsdokument die Erd-Charta genommen. Ich kann jetzt nicht beurteilen, ob man auch die Agenda 21 als Gründungsdokument aufnehmen sollte, weil ich die praktischen Auswirkungen momentan nicht einschätzen kann. Ich glaube, da gibt es inhaltlich auch vieles, was in der Erd-Charta vorkommt. Und die Erd-Charta ist genommen worden, weil sie sehr konzidiert ist und weil sicherlich auch Mitglieder im ‚World Future Council‘ sind, die aktiv bei der Erd-Charta und bei ihrer Verbreitung mitarbeiten. Die Agenda 21 hat ja eigentlich keine globalen Fürsprecher in dem Sinne, aber sie hat sich natürlich auf lokaler Ebene in sehr vielen Städten als hilfreich erwiesen und wird dort auch immer noch umgesetzt.

Die Erd-Charta – Earth-Charta - ist

ein Dokument, das entworfen wurde unter Aufsicht des ‚Earth Council‘, die ihr Hauptquartier in Costa Rica hat. Die Erd-Charta hat jetzt in Brüssel ein separates Sekretariat, von wo aus die Aktionen im Augenblick geleitet werden. Schauen Sie unter ‚Earth Charta‘, sicherlich auch unter ‚Erd-Charta‘ nach, da werden Sie Informationen leicht finden. Es ist ein Dokument über unsere Verantwortung für die Zukunft, das erstellt wurde mit Finanzierung unter anderem von der Familie Rockefeller. Sie ist kein Elitedokument, vielmehr wurden in einem jahrelangen Prozess Zehntausende von NGOs der ganzen Welt dazu befragt und ihr Input ging dann in dieses Dokument ein. Das ist also schon ein sehr konzidiertes und empfehlenswertes Dokument, das eine sehr gute Basis liefert für das, was wir jetzt tun müssen.

Zwischenruf: Aber anscheinend kaum jemandem bekannt.

Nun, das weiß ich nicht – global ist es schon bekannt. Aber wie so oft hapert es wohl an den Medien, die nicht berichten, und an der internationalen Vernetzung. Ich stelle fest, dass ganz wichtige Bücher zum Bei-spiel nur auf Englisch existieren und dass es außerhalb der englischsprachigen Welt oft sehr schwierig ist, über diese Themen zu diskutieren, weil die Grunddokumente nicht zur Verfügung stehen. Man muss da schon sehr engagiert und international eingebunden sein und Englisch lesen und googeln, um herauszufinden, was los ist. Das ist also schon ein Problem, auch in einem so großen Land wie Deutschland. Aber Sie können sich an mich wenden. Meine Leute arbeiten seit annähernd 10 Jahren daran, dieses Dokument zu verbreiten. Und wäre das hier ein Treffen einer Umweltorganisation, dann wäre es sicherlich sehr bekannt. Da haben wir die Trennung zwischen Umweltorganisationen und Friedensorganisationen – das ist ein großes Thema.

Mary-Wynne Ashford: Ja, ich möchte Ihnen jetzt einen ganz konkreten Hinweis geben. Schauen Sie doch einfach einmal in Google

nach unter ‚Vote for World Government‘, das ist eine tolle Website, aus der Sie auch wirklich Ideen herausholen können. Hier wird folgender Vorschlag gemacht: Von der ganzen Weltbevölkerung werden nach einem bestimmten Verfahren 700 Vertreter in das ‚World Gouvernement‘ gewählt, das nun nicht die Aufgabe hat, die Welt wirklich zu regieren, sondern das Ziel wäre lediglich, eine Plattform zur Verhinderung und Besprechung von Kriegen und zur Beachtung der Umwelt zu bieten.

Publikum I: Wenn Sie gerade von Umwelt sprechen und Google nennen, dann ist das sehr kontraproduktiv. Sie wissen selbst sicherlich, wie viel Energie verschwendet wird, wenn einmal gegoogelt wird. Aber das ist nicht meine Frage. Ich denke mir, unser Problem ist vielfach, Alternativen konkret aufzuzeigen. Die Veranstaltung ist für mich sehr bereichernd, sonst wäre ich nicht hier. Aber sie befriedigt mich nicht, und zwar, weil ich keine konkreten Alternativen höre. Wir hören positive Weichenstellungen – tut gut, ist wichtig. Aber in der konkreten Umsetzung, da fehlt es. Gestern kam von Herrn von Uexküll die Aussage, „Wir brauchen eine neue industrielle Revolution“. Sie haben selbst noch mal deutlich gesagt, Rahmenbedingungen müssen sich ändern, sonst fallen und laufen alle Dinge ins Leere. Frage: Was können wir tun, um diese Rahmenbedingungen zu ändern? Weiterhin, Frau Ashford, auch Sie wurden am Anfang von der ersten Dame nach Alternativen gefragt. Ich weiß keinen Weg. Und das ist – denk ich mir – unser Problem. Spirituelle Veränderung, Werte anders setzen, wichtig, in Strukturen hineingehen, wichtig! Aber letztendlich bleiben wir kleckerhaft und ändern nicht das System. Aber wir müssen das System ändern.

Publikum II: Ich habe die letzten drei Fahrten von Paris nach Moskau für Frieden und neue Energien – ‚Bike for Peace and New Energies‘ – mitorganisiert. Wie weit sehen Sie die Möglichkeit, dass solche Touren einen Bewusstseinswandel einleiten? Hier fährt niemand schnell, sondern

wir fahren alle gleichzeitig, kommen gleich an. Glauben Sie, dass solche Touren einen Bewusstseinswandel einleiten können bei den Menschen, die teilnehmen oder bei denen, die fehlen? Das ist meine Frage.

Mary-Wynne Ashford: Wenn Sie Hinweise zur Wirkungsweise von konkreten Aktionen suchen, dann möchte ich Sie auf mein Buch verweisen. Hier sind konkrete Dinge erwähnt, Dinge die jeder und jede von uns tun kann, Dinge die auch Wirkung zeigen. Da sind Ideen drin, was Männer, Frauen und sogar Kinder machen können, um gehört zu werden, um einen Wechsel herbeizuführen. Schauen Sie auch ein-



fach ins Internet, auch da finden sich ganz viele, ganz konkrete Schritte für jedermann. Zu diesen Touren, zu diesen Veranstaltungen möchte ich sagen – auch da sind welche in meinem Buch erwähnt. Natürlich haben sie eine Wirkung! Natürlich sind sie von Nutzen, weil sie einfach die Art, wie Menschen denken, wie Menschen zu einer Sache stehen, verändern können und hier einiges bewegen.

Jakob von Uexküll: Also, wir müssen täglich entscheiden, ob wir Teil der Lösung oder Teil des Problems sein wollen. Und das ist natürlich

nicht einfach. Das Gute ist oft der Feind des Besten. Der österreichische Philosoph Viktor Frankl hat gesagt: „Manchmal ist das Richtige nur zu 55% richtig“. Aber trotzdem müsse man es tun. Und wenn wir einerseits sagen, wir müssen besser informiert werden über die Erd-Charta und andererseits darauf hinweisen, dass Google natürlich auch Energie verpeist, dann ist das alles richtig. Dann muss man halt entscheiden, was das Wichtigste ist. Das Internet ist nicht immer die Lösung. Aber ich kann Ihnen auch ein anderes Beispiel geben: Bei einer Diskussion über Bevölkerungszuwachs hat einmal jemand gesagt: „Wissen Sie, wenn sich ein deutsches Paar trennt und zwei

Single-Haushalte gründet, dann schafft das einen Mehr-Energieverbrauch, der genauso hoch ist wie der Verbrauch von 31 Namibiern.“ Da kann man natürlich sagen, bleibt zusammen oder zieht in Wohngemeinschaften – das ist eine praktische Alternative. Aber jeder muss da anfangen, wo er selbst ist. Und wenn ich nun ein Industrieller bin, dann ist es sehr hilfreich, dass es eine Studie von Michael Braungart gibt. Das Buch heißt „Cradle to Cradle“ und beschreibt, wie wir einsteigen können in eine Kreislaufwirtschaft, wo wir mehr und mehr die Beschaffenheit der Gebrauchsgegenstände umbauen und wir von vornherein diese Kreisläufe berücksichtigen beziehungsweise fördern. Das heißt, so wenig wie möglich produzieren, was nicht in einen von diesen Kreisläufen passt, also in den biologischen, in dem es wieder verwertet werden kann, oder den technischen, in dem alles wieder verwendet werden kann, also Recycling. Und da muss man natürlich die Produkte von vornherein so herstellen, dass sie auch wieder leicht trennbar und die Teile in diese verschiedenen Kreisläufe einzuführen sind. Das ist das Grundprinzip von Cradle to Cradle.

Die Rahmenbedingungen zu ändern, ist sicherlich ein großer Anspruch. Deswegen habe ich gesagt, wir müssen damit anfangen, uns mehr politisch zu engagieren. Das System zu ändern, das wird sicherlich kommen, wenn genügend Menschen das tun. Das System hat sich aber auch ohne unser Zutun in den letzten zwei Jahren sehr stark geändert. Wenn man sieht, was heute in der Finanzpresse besonders diskutiert und auch von Regierungen akzeptiert wird, das wäre vor 12 Monaten völlig unvorstellbar gewesen. Und dann geht es auch darum, die positiven Alternativen durchzusetzen. Ich verweise auf sehr viele Beispiele von unserem alternativen Nobelpreis und möchte dazu sagen: Sie zeigen alle, was sich auf lokaler und regionaler Ebene tatsächlich verändern lässt. Ich will natürlich niemandem sagen, was genau die konkrete Alternative ist, für die er/sie sich einsetzen muss. Es gibt diese Alternativen auf fast allen Gebieten. Wir zeigen seit 30 Jahren durch die Preisträger, dass sie auch funktionieren. Das ist nicht nur Theorie! Ich habe auch gesagt, wir brauchen neue Institutionen. Wir hörten, dass es für einen Münchner Zukunftsrat schon eine Initiative gibt. Wenn Sie nicht aus München sind, könnten Sie in Ihrem Heimaort mit Gleichgesinnten versuchen, einen Rat zu gründen, damit Sie erstmal das Gremium als Grundlage haben, bevor Sie sich in der Welt umschauen, welche Lösungen es bereits gibt. Wir haben im ‚Word Future Council‘ gesagt, wir fangen jetzt nicht an, neue, völlig neue Ideen zu entwickeln, sondern wir schauen, wo es beste Politiken – ‚Best Policies‘ – also Lösungen - gibt, die schon irgendwo funktionieren. Da stellten wir zum Beispiel fest, dass das deutsche Energie-Einspeise-Gesetz bereits in 40 weiteren Ländern und Regionen funktioniert. Eine solche Erkenntnis muss sich weltweit verbreiten, wo immer es ein Netz gibt. Deshalb führten wir entsprechende Studien durch und stellten sie auf eine spezielle Website, die dann un-
gemein technisch wurde und eigentlich nur für Parlamentarier und Juristen interessant ist: Wie schaffe ich

jetzt so ein Gesetz? Wie baue ich das jetzt im Baukastensystem auf? Diese Website hat über 10.000 Hits pro Monat mit steigender Tendenz. Und wie gesagt, da sie eigentlich nur für Parlamentarier und Juristen interessant ist, ist das für mich recht erfolgreich. Dann überlegten wir: Wo gibt es noch keine Netze? Die Hälfte der Weltbevölkerung lebt ohne Netzanschluss. Es gibt ein System einer Tochterorganisation der Grameen Bank, Shakti in Bangladesch, das als freistehendes sogenanntes Stand-alone-Systems entwickelt wurde und mit Mikrokrediten finanziert wird. Das nur als Beispiel, es gibt wirklich ganz konkrete Alternativen und wir versuchen, die aufzuzeigen und zu verbreiten.

Und natürlich sind – um auf die letzte Frage einzugehen – natürlich sind solche Touren sehr wichtig, weil sie durch viele Länder kommen. Sie fahren ja nicht nur da an den Leuten vorbei, sondern es gibt ja dann Gelegenheit zu Diskussionen. Ich glaube, das ist eine sehr gute Möglichkeit, die Botschaft in verschiedenen Ländern und Kulturen zu verbreiten, weil es Aufmerksamkeit schafft, wenn man da mit dem Fahrrad von weit her kommt und sich die Zeit und die Kraft genommen hat, um so etwas zu machen, nicht nur im eigenen Interesse, sondern auch im Interesse anderer Länder. Also ich glaube, das sind sehr gute Botschafter für unsere Ideen.

Publikum I: Wir haben im Rathaus und jetzt auch hier von ganz vielen Alternativen gehört. Von Gruppen, die lokal arbeiten und von Einrichtungen, die es im Großen gibt. Für mich ist es wichtig, dass wir als Individuen auch das leben, was da alles konzipiert wird – sei es im Großen oder im Kleinen. Das heißt, beim Einkaufen können wir ja entscheiden, ob wir zu großen Lebensmittelhändlern oder auf dem Land zu den lokalen Bauern gehen. Immer, wenn wir als Handelnde tätig werden oder wenn wir Steuern bezahlen – da kommen wir jetzt noch einmal auf die Friedenssteuer – ist ja zum Teil das Militär drin. Da

entsteht für mich die Frage unserer Macht und unserer Ohnmacht. Mit dem Teil, der ans Militär oder an große Strukturen geht, die nicht im Interesse des allgemeinen Wohles handeln, füttern wir ja Kreisläufe, die wir auf der anderen Seite wieder beklagen. Und das war mit ein Grund, warum das Netzwerk Friedenssteuer tätig wurde. Wir haben ein Zivilsteuerkonzept erarbeitet und mit finanztechnischen und grundgesetzlichen Gutachten bewerten lassen. Wir gehen jetzt Mitte Februar vor das Bundesverfassungsgericht. Natürlich haben wir alle keine Sicherheit, wie die Verfassungsrichter das beurteilen werden. Aber wir



machen die Erfahrung, dass durch die Finanzkrise die Offenheit in der Bevölkerung sehr groß ist, ohne dass wir viel Werbung machen brauchen. Ganz viele Leute, die von uns hören, nehmen persönlichen Kontakt auf und möchten uns unterstützen. Und für mich ist eben die Frage, was unterstützen wir mit unserem Geld und in welchem Kreislauf landet es? Das ist ganz wichtig.

Publikum II: Die nordamerikanische Presse hat im Internet sehr viel darüber geschrieben, dass Bush Millionen Dollar für die Militärforschung von elektromagnetischen Waffen verwendet. Diese neuen

Waffensysteme sind schon da. Und stellt euch vor, dass wir mit unseren wunderbaren Initiativen plötzlich schlagartig voneinander getrennt werden, dass das Internet ausfällt und dass die Telefone tot sind. Wozu diese neuen Waffensysteme fähig sind, ist im Internet unter der Adresse www.mikrowellenterror.de nachzulesen. Und da wird man euch erzählen, dass man diese Waffen auch im Privatbereich gegen Nachbarn verwenden kann. Deswegen ist es wahnsinnig wichtig, darüber zu schreiben. Und jetzt kommen wir wieder zu der Frage, dass die Medien nicht darüber berichten oder nur sehr sporadisch, sehr wenig. Die Medien lenken uns ab, sie sind zynisch, sie verbreiten heile Welt, Gewaltverherrlichung usw. Wir müssen protestieren und aktiver sein, schreiben und uns dafür einsetzen, dass die Medien davon berichten.

Publikum III: Ich kann gleich anschließen an die Frage der Medien und der Informationen. Informieren über das, was wichtig ist. Diese Sorge erlebe ich auch. Ich möchte aber ein positives Beispiel nennen. Von Journalisten initiiert, findet zur Zeit hier in München eine Ausstellung statt, die den Namen 'Peace counts' trägt, was soviel heißt wie 'Frieden zählt'. Journalisten und Fotografen haben sich auf den Weg gemacht und Friedensmacher aufgesucht und sie bei ihrer Arbeit beobachtet. Friedensmacher, das sind Leute, die in Krisengebieten tätig sind an den Stellen, wo verschiedene Parteien gegeneinander stehen oder zutiefst verfeindet sind. Diese Friedensmacher bringen die Leute ins Gespräch und erreichen, dass Frieden in die Wege geleitet wird. Ich finde, das ist wunderbar, dass das nicht nur der eine oder andere mal hört, sondern dass hier in München eine Ausstellung stattfindet, die diese Friedensmacher vorstellt. Die Ausstellung wird im Gasteig im Foyer vor dem Kleinen Konzertsaal bis zum 20. Februar gezeigt. Ich kann sie nur empfehlen! Zu den Öffnungszeiten des Gasteigs kann man sie besichtigen. Und dann wird sie in anderen Städten sein. Die Ausstellung wandert durch

Deutschland.

Mary-Wynne Ashford: Dazu möchte ich keine Kommentare abgeben. Ich fand, dass alle Ideen ganz wundervoll waren, und habe dem nichts hinzuzufügen.

Jakob von Uexküll: Gleichfalls.

Clemens Ronnefeldt: Dann mache ich noch eine kleine Anmerkung zu dem, was die Dame zu den elektromagnetischen Störungen gesagt hat. Das ist wenig bekannt und kommt nicht in die Medien. Die amerikanische Regierung und die Militärs haben im Iran bereits Versuche angestellt, die Kommunikationswege zu stören. Das ist eine Form der modernen Kriegsführung und nicht zu unterschätzen.

Publikum: Kürzlich fanden im Eine-Welt-Haus Medientage statt mit dem Thema: „Wie Medien mit Fakten die Wahrheit verdrehen“. Dabei wurde deutlich, wie den Bürgern die Wahrheit vorenthalten wird und wie die Medien der Regierung alles nachplappern, ohne kritisch zu hinterfragen, ohne Alternativen aufzuzeigen. Es gibt immer Alternativen, aber die werden einfach nicht genannt. Es wird nur der militärische Weg als einzig möglicher aufgezeigt, was einfach nicht stimmt. Ich habe den Chefreporter der SZ sprachlos gemacht mit zwei Fragen: Warum belügt die Presse uns seit dem 11. September 2001? Und: Warum verschweigen die Presse und die Regierung die Verwendung der Uranmunition?

Clemens Ronnefeldt: Ich habe jetzt noch eine Person auf meiner Liste, nämlich Herrn Professor Dürr. Ich finde es sehr schön, dass Sie als Schirmherr heute das letzte Wort haben. Bitte.

Hans-Peter Dürr: Die Zeit ist abgelaufen und ich will zurückkommen auf die Frage: Wie können wir Kriege verhindern? Ich bin in vielen Abrüstungsveranstaltungen gewesen. Ich habe dort gefordert, dass wir den Krieg überhaupt verbannen, aber auch die Drohung mit dem Krieg verbannen. In keiner Verhandlung dürfte gesagt werden: „Wenn ihr das

nicht macht, wir haben die Abschreckung, wir haben Atombomben.“

Das müsste einfach verboten werden. Es hat sich aber die Drohung eingebürgert und die Frage: „Was sollen wir tun?“ wenn eine Verhandlung zu scheitern droht. Ich sage: „Weiterverhandeln!“ Daraufhin: „Sie haben mich missverstanden. Wenn wir scheitern, was machen wir dann, wenn wir weiterverhandelt haben?“ Dann schreien sie mich an, dass ich nicht genügend Erfahrung mit Verhandlungen hätte. Sie glauben, dass sie und ich mit Verhandeln das Gleiche meinen. Aber sie kennen die Mediation, die Konfliktvermittlung nicht, die sich nie ausschließlich hinter die eine der beiden Konfliktparteien stellen darf. Für mich heißt das: Wir sollten darauf hinwirken, dass unser Verteidigungsministerium in ein Ministerium für Konfliktmanagement umgewandelt wird. Unsere jungen Männer sollten statt des jetzigen Wehrdienstes die Möglichkeit haben, einen eineinhalbjährigen Kurs in Mediation zu absolvieren – ein Angebot, das genauso den jungen Frauen offen steht. Wir brauchen neue Instrumente in unserer Gesellschaft. Viele sagen, erstens hast du keine Lehre dafür. Ja, wenn man etwas Neues anfängt, dann hat man am Anfang keine Ahnung. Aber es gibt genügend Fachleute für Konfliktmanagement, mit denen wir anfangen können. Ich kann natürlich nicht mit 40 Leuten, die diese Ausbildung haben, den Krieg abschaffen. Aber ein Land kann damit beginnen: Neben meinem Wehrdienst stelle ich eine neue Säule auf – die muss in Zukunft die einzige werden, nämlich wir verhandeln so lange, bis das Problem gelöst wird. Und das wird dann auch ankommen, nur anders. Andere werden sagen, warum machen wir das nicht auch? Wir müssen zeigen, dass der Krieg keine



Ultima Ratio ist. In ihr ist keine Vernunft mehr drin, man trifft die falschen Leute. Und Krieg löst auch nicht das Problem, sondern es wird schwieriger. Machen wir einmal Ernst, wir sind doch gescheit genug, um solche Konflikte zu lösen! Also Mediation muss für uns selbstverständlich werden. Sie gehört auch in die Politik. Sie muss mindestens so gefördert werden, wie wir im Augenblick die Rüstung fördern!

Clemens Ronnefeldt: Ich möchte nun Sie, Frau Ashford und Sie, Herrn von Uexküll einladen, diese letzte Runde auch gleichzeitig für ihr Schluss-Statement zu benutzen.

Mary-Wynne Ashford: Also anstelle einer Zusammenfassung, eines Schlusskommentars, möchte ich Ihnen eine kleine Geschichte erzählen und ich hoffe, dass Sie auch den Sinn hinter dieser Geschichte erfassen, denn ich habe guten Grund, sie Ihnen zu erzählen. Obata war vor etwa 12 bis 14 Jahren eine der gefährlichsten, der am meisten gefürchteten Städte der Welt. Und dann wurde eines Tages ein 52-jähriger Mathematiker als Bürgermeister gewählt. Er hat enorme Veränderungen bewirkt. In nur zwei Wahlperioden hat er es geschafft,

dass über Obata geschrieben wurde, die Stadt sei nun sicherer als Baltimore. Nun, Baltimore ist nicht so wahnsinnig sicher, aber immerhin. Wie hat er das geschafft? Ich möchte Ihnen zwei Beispiele nennen: Die Verkehrspolizei in Obata war als absolut korrupt bekannt, also mal so eine kleine Bestechung nebenbei, kein Problem. Und was hat er getan? Er hat einfach alle Verkehrspolizisten gefeuert und an ihrer Stelle Pantomimen eingestellt. Tja, Sie werden jetzt überrascht sein zu hören, dass durch diese Pantomimen die Unfälle auf den Straßen tatsächlich um 60% verringert wurden. Ja, und die zweite Erfolgsgeschichte ist: Es gab eine große Dürre und es war nicht zu erreichen, dass die Menschen Wasser sparen wollten, es wurde einfach kein Wasser eingespart. Was tat also dieser Bürgermeister? Er ließ sich selbst unter der Dusche filmen und hat vorgemacht, wie er das Wasser aufdreht, sich abducht, wieder abdrehet, sich einseift, das Wasser kurz aufdreht, sich abducht, Wasser abdrehet, fertig. Das einfache Beispiel führte zu einem Rückgang des Wasserverbrauchs um ganze 40%. Ich wollte Ihnen damit nur mal veranschaulichen, wie wichtig es ist, einfallsreich zu sein, mit Ideen, mit Humor und mit Kreativität auf unsere heutigen Probleme zuzugehen. Vielen Dank!

Jakob von Uexküll: Ja, ich kann da anschließen. Wir haben gerade eine Studie gemacht für den ‚World Future Council‘: Wo gibt es das beste Modell für die Lösung der Verkehrsprobleme in einer Großstadt? Auch da sind wir auf Obata gestoßen. Vieles, was man dort gemacht hat, ist aufgebaut auf dem, was der ehemalige Bürgermeister Jaime Lerner für die brasilianische Großstadt Curitiba entwickelt hat: Man muss die verschiedenen Teile des Lebens integrieren. Zum Beispiel gab es in Curitiba viele Jugendliche, die schlecht lesen und schreiben konnten, sie konnten es sich nicht leisten, Bücher zu kaufen oder zu leihen. Und es gab viel Unrat auf

den Straßen. Und dann hat man ein System eingeführt, bei dem die Kinder Abfälle einsammeln und sie in der Bibliothek in Containern abliefern konnten. Im Austausch für den Müll, den sie ablieferten, bekamen sie Gutscheine, um sich Bücher auszuleihen. Man hat auch ein integriertes Verkehrssystem eingeführt mit Schnellbussen, die auf eigenen Straßenzügen fahren. Der Privatverkehr wurde reduziert und Personen, die jetzt nicht mehr jeden Tag Auto fahren dürfen, sagen uns: Trotzdem habe sich ihre Lebensqualität verbessert – nicht nur die Umweltqualität, auch die Sicherheit habe sich radikal verbessert. Wir haben uns eine Stadt in Kolumbien angesehen, die noch gefährlicher war als Obata, nämlich Medellín, die Hauptstadt der Drogenbosse. Da gab es ein hochinteressantes Beispiel, wie man diese Stadt verändert hat. Ein paar Dichter haben sich zusammengetan und ein internationales Dichter-Festival in Medellín organisiert. Und siehe da, die Gewalt ging zurück. Besonders zu den Lesungen kamen Dichter aus der ganzen Welt. Dann gab es praktisch überhaupt keine Gewalt mehr, auch von Seiten der Drogenorganisationen, der Guerilla-Organisationen und dieser ganzen gewalttätigen

Gruppen nicht. Dieses internationale Dichter-Festival wurde dann vorgeschlagen für den alternativen Nobelpreis – und hat ihn auch bekommen. Und als mein Neffe dort war, um zu recherchieren, hat er ganz erstaunt den Bürgermeister und die Organisatoren gefragt: „Ja, wieso kommen denn diese gewalttätigen Gruppen nicht und schießen das Dichter-Festival zusammen?“ Da schauten sie ihn ganz erstaunt an und sagten: „Wieso? Die mögen doch auch alle Gedichte.“ Danke!

Clemens Ronnefeldt: Ja, wir sind am Ende dieses Vormittages. Ich möchte noch ergänzen, dass vielleicht die wenigsten im vergangenen Jahr gemerkt haben, dass es einen ganz konkreten Fall einer Kriegsverhinderung gab. Jetzt werden Sie erstaunt sein zu erfahren, dass es der amerikanische Verteidigungsminister Gates und ein US-General waren. Israel wollte Krieg gegen den Iran führen. Die amerikanische Regierung lieferte keine Tankflugzeuge an Israel, keine bunkerbrechende Spezialmunition – und sie hat die Überflugrechte über Irak verweigert, wodurch dieser Krieg ausgefallen ist.



Workshop:

Vorrang für Zivil

Dialogprozesse begleiten - Zivile Konfliktbearbeitung am Beispiel Sudan

mit Jürgen Menzel

Moderation: Mechthild Schreiber

Referent: Jürgen Menzel, Trainer in Ziviler Konfliktbearbeitung bei act for transformation, gem.eG

Moderation: Mechthild Schreiber, Regional-Forum Ziviler Friedensdienst Südbayern

Wir sind in diesen Workshop mit praktischen Übungen eingestiegen, um selbst zu erleben, wie es möglich ist, Gewalt-situationen zu verändern und neue Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln. In Kleingruppen tauschten fast 40 TeilnehmerInnen verschiedene Gewalt- und Ohnmachtserfahrungen aus, die sie selbst erlebt hatten, und eine Szene wurde in Form einer Statue nach der Methode von Augusto Boal im Plenum dargestellt (1). Sie entwickelten Ideen, wie diese Situation aufgelöst werden kann und eine positive Veränderung eintritt.

Nach diesem persönlichen und intensiven Einstieg in die Thematik erläuterte Jürgen Menzel anhand von Bildern den Zivilen Friedensdienst. Am Beispiel Sudan zeigte er die Möglichkeiten, Chancen und Grenzen der Zivilen Konfliktbearbeitung in Krisenregionen.

Ziviler Friedensdienst Beispiel Sudan

Der Sudan blickt auf eine jahrzehntelange Geschichte des Bürgerkriegs vor allem zwischen Nord und Süd zurück. Dieser brach bereits kurz nach der Unabhängigkeit 1956 aus und dauerte bis Anfang der 70er Jahre. Eine zehnjährige Periode ohne Bürgerkrieg endete in einem

erneuten Kampfausbruch, der einen verheerenden Bürgerkrieg zwischen der Regierung im Norden und den Rebellen im Süden brachte. Über 2 Millionen Menschen verloren dabei ihr Leben und über 4 Millionen Menschen wurden Flüchtlinge. Das Land gehört heute mit zu den ärmsten Ländern der Erde.

Im Süden muss ein kompletter Wiederaufbau erfolgen. Eine komplexe Konfliktsituation erschwert eine friedliche Entwicklung (2).

Im Januar 2005 wurde auf Druck internationaler Vermittler endlich ein Friedensvertrag (CPA/Comprehensive Peace Agreement) (3) unterzeichnet. Dieser sieht eine 6-jährige Übergangszeit vor, in der das Land sich von einer Diktatur hin zur Demokratie wandeln soll. Die Einnahmen aus dem Ölgeschäft sollen zum Wohle aller im Sudan und dessen Entwicklung beitragen. Die ehemaligen Rebellen wurden an der Regierung beteiligt und eine neue Verfassung ausgearbeitet, die entsprechende Rechtssicherheit bringen soll. Pressefreiheit sowie Vereinigungsfreiheit (freie Gewerkschaften, NGOs) und freie Wahlen wurden vereinbart. Eine weitgehende Entmilitarisierung und gemischte Einheiten in der Hauptstadt und



in den ehemaligen Kampfgebieten sind Teil des Friedensabkommens. Eine 10 Tausend Mann starke UN-Mission soll das Friedensabkommen zwischen Nord und Süd überwachen, und in einer internationalen Geberkonferenz in Oslo wurde der Wiederaufbau, vor allem im Süden, organisiert. Doch der Konflikt im Westen (Darfur), der 2003 ebenfalls eskalierte, wurde nicht in das Friedensabkommen einbezogen und ist bisher ungelöst. Eine ursprüngliche AU-Mission von 7 Tausend Mann sollte dort den Frieden sichern, was nicht gelang. Inzwischen wurde sie in eine UN-Mission umgewandelt die auf über 20 Tausend Mann aufgestockt werden soll, allerdings bis jetzt auch ohne Erfolg.

In diesem Kontext offizieller Vereinbarungen und Friedenssicherungsmaßnahmen soll das Programm Ziviler Friedensdienst den nachhaltigen Friedensaufbau im Land unterstüt-

zen. Schwerpunkt des Programms im Sudan ist eine konfliktsensible Rückführung der Flüchtlinge und die Förderung der Zivilgesellschaft. So gibt es ZFD-Stellen im Bereich Flüchtlingsrückführung, Medienarbeit und Vermittlung von Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung. Lokale Organisationen (NGOs) werden bei ihrer Arbeit für verschiedene Zielgruppen insbesondere von benachteiligten Gruppen wie Flüchtlingen, Frauen und Kindern, unterstützt. Die lokalen Organisationen sollen befähigt werden, ihre Arbeit erfolgreich durchzuführen. Meine Aufgabe bestand vor allem darin, lokale TrainerInnen (lokale Friedensakteure) auszubilden, damit diese selbständig Trainings in gewaltfreier Konfliktlösung durchführen können und entsprechende Aktivitäten bzw. Programme zum Friedensaufbau initiieren. Hinzu kommt, dass Entwicklungs- und Hilfsprogramme in ihrer Ausgestaltung den Konfliktkontext mit einbeziehen sollen und Aktivitäten zum Friedensaufbau mit beinhalten. Im Planungsprozess kann hier ein „Peace and Conflict Impact Assessment“ (PCIA) (4) bereits eine wichtige Weichenstellung geben, in der die Begleitung (Monitoring) der Projekte die Umsetzung unterstützt und insbesondere im Training der lokalen MitarbeiterInnen in Konfliktmanagement die Nachhaltigkeit gefördert wird.

Die Konzeption und Durchführung von Trainings in einer Krisenregion ist eine besondere Herausforderung. Dies beginnt schon bei der Auswahl



der Co-TrainerInnen und TeilnehmerInnen. Unser Bemühen war stets, die verschiedenen Konfliktparteien zusammenzubringen und „im Kleinen“ mit der Praxis der Friedenskonsolidierung zu beginnen. Das TrainerInnen-Team war z.B. zusammengestellt aus einer Nordsudanesisin und einem Südsudanese, einer Trainerin aus den Nuba-Mountains und mir als Internationalem. Dass dieses Team gut zusammen arbeiten konnte und dies im Training vorlebte, war für die TeilnehmerInnen oft schon eine neue Lernerfahrung.

In der Auswahl der TeilnehmerInnen gingen wir ebenso vor, mischten die TeilnehmerInnen derart, dass die verschiedenen Ethnien und Gruppen vertreten waren. Dadurch entstand ein Mikrokosmos der sudanesischen Gesellschaft, in dem alle Vorurteile, Verletzungen, Wünsche und Hoffnungen enthalten waren. In dieser Situation war der Aufbau einer vertrauensvollen Atmosphäre der erste wichtige Schritt. Als nächstes kam die Entwicklung des gegenseitigen Respekts, des Einander-zuhörenkönnens und der gemeinsamen Suche nach Lösungen. Uns ging es nicht darum, Friedenstheorien zu vermitteln, die nicht im Alltag umgesetzt werden können und zu keiner Verhaltensänderung führen. Es ging darum, aus den alltäglichen Konflikten einen ersten Schritt hin zu Veränderungen zu gehen, die ins Gemeinwesen wirken können. Die TeilnehmerInnen selbst brachten ihre Konflikte mit ein, suchten gemeinsam nach Möglichkeiten, wie sie diese lösen können und konnten in Rollenspielen neue Lösungsmöglichkeiten ausprobieren. Ein tieferes Verständnis von Konfliktursachen führte dabei oft zu ganz neuen gemeinsamen Ansätzen, die nach Möglichkeit zu einer win-win-Lösung führen.

Als ein Programm, mit dem wir besonders gute Erfahrungen gemacht haben, möchte ich das „Alternatives to Violence Project“ (AVP) vorstellen (5). Es entstand in den 70er Jahren in Gefängnissen in den USA zur Gewaltprävention und hat sich inzwischen in über 50 Ländern verbreitet.

Kennzeichnend ist die erfahrungsorientierte und teilnehmerorientierte Methodik, die sich insbesondere auch an Menschen mit geringerem Bildungsgrad wendet. Interessierte und geeignete TeilnehmerInnen können sich selbst zu TrainerInnen (Facilitors) ausbilden lassen und das Programm in ihr Lebensumfeld weitertragen. Mit vielen Übungen zur Wahrnehmung und Kommunikation, Rollenspielen zu Konfliktsituationen aus dem Alltag und reflektierenden Gesprächsrunden, in denen neue Lösungen gesucht werden, verzichtet das Programm auf theoretische Vorgaben und schafft eine Atmosphäre des Spaßes und Vertrauens mit vielen Spielen. Flüchtlinge, unter denen ein hoher Analphabetengrad vorherrscht, oder Straßenkinder, die alltäglich Gewalt in ihrem Leben erfahren, profitieren genauso von den Workshops wie Studenten, die endlich praxisnah erfahren, wie Konflikte gelöst werden können.

Im Kontext einer Gesellschaft, in der fast jeder Mensch existenzielle Gewalt bei sich und in der Familie erfahren hat, bekommen diese Übungen eine besondere Tragweite. Die Konflikte und Gewalt, die die Menschen erlebt haben, waren meist traumatisch. Wenn dann ein Südsudanese, der im Nordsudanese zuerst einmal den Repräsentanten derer sieht, die seine Familienangehörigen umgebracht und zur Flucht gezwungen haben, am Ende des Kurses sagt: „Das ist das erste Mal, dass ich mit einem Nordsudanese wirklich gesprochen habe und ich habe auch noch einen Freund in ihm gefunden, dann ist dies ein großer Schritt, den diese beiden Menschen aufeinander zugegangen sind.“

Ziviler Friedensdienst (ZFD)

Trotz des geringen Umfangs wurde die Anfangsphase des ZFD weitgehend positiv evaluiert (6). Die Empfehlungen gehen dahin, dass das Programm effektiv ausgebaut werden muss, um auch eine nachweisbare gesellschaftliche Wirkung in einer Krisenregion erzielen zu können. Die beteiligten Organisationen im Konsortium Ziviler Friedensdienst (7) fordern eine Ausweitung auf min-

destens 500 ZFD-Stellen. Das Entwicklungshelfergesetz als Rahmen des ZFD und die enge Anbindung an die Entwicklungszusammenarbeit bringen ebenfalls Einschränkungen, wie z.B. finanzielle Nachteile und eine enge zeitliche Befristung. Wichtig wäre ZFD-Stellen verstärkt in internationalen Organisationen wie z.B. der UN, der OSZE und in Regierungsorganisationen zu schaffen, aber auch im Wirtschaftssektor, wie z.B. bei den Handelskammern. Eine wichtige Rolle muss dabei eine solide Ausbildung der Friedensfachkräfte spielen (8).

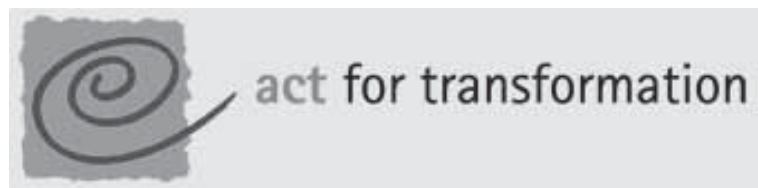
Ein weiteres Tätigkeitsfeld ist die zivile Konfliktbearbeitung in Deutschland selbst (9). Inzwischen wurden zwei Pilotprojekte über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) begonnen, die zeigen sollen, wie Ziviler Friedensdienst in Deutschland umgesetzt werden kann. In beiden Projekten, in Oranienburg und in Quakenbrück, geht es um das friedliche Zusam-

menleben verschiedener Kulturen (Migranten) mit der einheimischen Bevölkerung und um Abwendung rechtsradikaler Gewalt. Projekte der Zivilen Konfliktbearbeitung finden heute an Schulen statt, wie z.B. bei Gewaltpräventionsmaßnahmen und Streitschlichterausbildungen.

Vorrang für Zivil

Immer noch werden für Konflikte und Krisen vor allem militärische Lösungen gefordert, obwohl bekannt ist, welch langfristigen Schaden diese anrichten. In ihrem Aktionsplan Krisenprävention setzt sich zwar die Bundesregierung das Ziel, der zivilen Krisenprävention Priorität zu geben (10), doch die Realität ist eine andere. Die Mittel für militärisches Handeln übersteigen die Ressourcen der zivilen Arbeit um ein Vielfaches. Die Kampagne „Vorrang für Zivil“

(11) will erreichen, dass Zivile Konfliktbearbeitung in der Zukunft zum entscheidenden Mittel in der Lösung von gesellschaftlichen Konflikten wird und massiv gefördert und ausgebaut wird. Zivile Krisenprävention braucht Ressourcen und Kontinuität. Die finanziellen, personellen und strukturellen Kapazitäten für zivile Krisenprävention müssen kontinuierlich und zielstrebig ausgebaut werden, so dass bis 2020 mindestens so viele Ressourcen für zivile Krisenprävention bereitstehen wie für militärische Interventionen. Dieses bis 2020 zu verwirklichende Ziel soll im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung von 2009/10 erkennbar sein. Zivile Aufgaben sollten ausschließlich in ziviler Verantwortung durchgeführt werden.



www.act4transformation.net

Anmerkungen und Literaturhinweise:

- 1 Boal, Augusto, Theater der Unterdrückten, Erstausgabe 1974
- 2 Konfliktanalyse von Marina Peters, für Friedrich-Ebert-Stiftung (<http://library.fes.de/pdf-files/iez/02666.pdf>)
- 3 Das Comprehensive Peace Agreement (CPA) im Sudan (www.unmis.org/English/cpa.htm)
- 4 Peace and Conflict Impact Assessment“ (PCIA), siehe Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung (www.berghof-handbook.net/uploads)
- 5 weitere Infos zum AVP-Projekt unter www.avp-sudan.net und www.act4transformation.net
- 6 Evaluierungsbericht ZFD (www.ziviler-friedensdienst.org/dokumente/dokumente.html)
- 7 Konsortium für den Zivilen Friedensdienst (www.ziviler-friedensdienst.org)
- 8 ForumZFD, Ausbildung zur Friedensfachkraft (www.forumzfd-akademie.de)
- 9 Arbeitsgemeinschaft Ziviler Friedensdienst in Deutschland, (www.zfd-deutschland.de)
- 10 „Aktionsplan: Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ (2004) und Fortschreibung
- 11 Kampagne Vorrang für Zivil, www.vorrang-zivil.de
- 12 AGDF (Hrsg.) Gewaltfrei streiten für einen gerechten Frieden, Plädoyer für die zivile Konflikttransformation, Oberursel 2008
- 13 Evers, Tilman (Hrsg.), Ziviler Friedensdienst – Fachleute für den Frieden, Idee – Erfahrungen- Ziele, Opladen 2000
- 14 Ded (Deutscher Entwicklungsdienst), Frieden im Fokus, Bonn 2007
- 15 Ifa (Institut für Auslandsbeziehungen), Frieden und Zivilgesellschaft – 5 Jahre Förderprogramm Zivile Konfliktbearbeitung, Berlin 2006 (www.ifa.de/zivik/)

Diskussionsrunde „Aktuelle Runde“

Positionen der Friedensbewegung – Antworten der Parteien

am Podium:

Axel Berg (MdB, SPD)
Hildebrecht Braun (Ex-MdB, FDP)
Eva Bulling-Schröter (MdB, Die Linke)
Winfried Nachtwei (MdB, B90 / Grüne)
Andreas Zumach (Friedensbewegung)
Moderation: Hans-Christof von Sponeck



Hans-Ch. v. Sponeck: *Es gibt Fortschritte seit dem letzten Jahr. Die Brücke zur Sicherheitskonferenz wurde gebaut. Thomas Mohr, der gerade von dort aus dem Bayr. Hof gekommen ist, wird uns kurz berichten. (s. Kasten auf Seite 44)*
*Das Gespräch mit*

den Parteien, das Gespräch zwischen Volksvertretern und uns Bürgern ist eine zweite Brücke, die geschlagen worden ist. Wir müssen sie weiter ausbauen und pflegen – die Vertreter brauchen uns und wir brauchen sie. Ich habe Ihnen bewusst gesagt, dass ich Parteiloser bin, weil ich mir nach langer Abwesenheit in Deutschland erst die Parteienlandschaft anschauen will. Es sind heute da: Grüne, SPD, Linke, FDP. Die CDU/CSU ist nicht da. Da fehlt

etwas – es würde ihr nicht schaden, Kontakt mit den Bürgern zu halten.

Alle anwesenden Politiker haben etwas gemein: sie setzen sich für den Frieden aktiv ein. (persönliche Daten s. S. 56-68)

Jede/r der vier PolitikerInnen und Herr Zumach haben jeweils 10 Minuten für ihr Referat, daran schließen sich Fragen aus dem Publikum an und am Schluss bekommen alle auf dem Podi-

um noch einmal jeweils drei Minuten.

Vier Fragen liegen uns auf dem Herzen:

- Wie kommen wir zu einer Welt ohne Atomwaffen?
- Wie soll's weiter gehen: Kalter Krieg oder Kooperation?
- Wie kommen wir raus aus der Sackgasse Afghanistan?
- Leisten wir uns Frieden oder Krieg?

Herr Zumach beginnt, weil er für uns, die Friedensbewegung, spricht.

Andreas Zumach: Ich bin parteilos und seit 20 Jahren als Journalist bei der UNO in Genf stationiert.



Zu den Fragen:

1. Atomwaffen:

Herr Sponeck sagte vorher, es gilt, Bewusstsein in der Bevölkerung zu entwickeln. Ich denke, beim Thema Atomwaffen ist das anders. Wir haben verlässliche Umfragen, wonach 84 % der Bevölkerung den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland fordern und 86 % die Verschrottung aller Atomwaffen weltweit. Es haben zweitens die vier Parteien, die heute auf dem Podium sind, alle erklärtermaßen die Forderung unterstützt, den Abzug der Atomwaffen aus Büchel voranzutreiben. Meine Frage ist: Was tun die Parteien aktiv dafür, um diese Forderung durchzusetzen? Sie hätten das längst in einer großen Koalition vorantreiben können, auch wenn die CDU/CSU dagegen sein wird. Vermutlich noch 20 Atomwaffen in Büchel – was tun Sie konkret über die verbalen Erklärungen hinaus. Die 20 Atomwaffen, die dort noch liegen, sind nur der praktische Teil der nuklearen Teilhabe von Deutschland.

Der andere Teil ist, dass Deutschland beteiligt ist an der Formulierung der NATO-Strategie. Bisher lautet die Strategie: Ersteinsatz von Atomwaffen und auch deren Einsatz gegen Staaten, die selber keine Atomwaffen haben. Was tun Sie und Ihre Parteien konkret, dass diese Strategie verändert und damit

verhindert wird, dass diese Strategie beim nächsten Gipfel sogar noch verschärft wird? In der Friedensbewegung gibt es klare Positionen, die sich decken mit denen der Mayors for peace, gegründet 2001 vom Bürgermeister von Hiroshima. Sie fordern den Beschluss einer internationalen Konvention für die Abschaffung der Atomwaffen weltweit bis 2010 und eine Verwirklichung der Konvention bis zum Jahr 2020. In Deutschland sind 350 Bürgermeister quer durch alle Parteien dabei. Augenscheinlich scheint unsere repräsentative Demokratie in dieser Frage nicht zu funktionieren. Die politische Klasse in Berlin, die das umzusetzen hat, ist offensichtlich nicht bereit dazu.

2. NATO-Osterweiterung, Verhältnis zu Russland. Wir haben seit der Wahl von Obama einige hoffnungsvolle Aktionen aus der US-Administration. Raketenabwehr wird von den USA nicht weiter verfolgt und möglicherweise solange geprüft, bis sie irrelevant geworden ist. Daraufhin hat Russland, das gedroht hat, in Kaliningrad Atomwaffen zu stationieren, dies zurück genommen. Diese Entspannung muss aber nun in trockene Tücher kommen. Die Nato, die sich dieses Raketenabwehr-Projekt zu eigen gemacht hat, soll auch davon Abstand nehmen. Die Nato wird das aber nur tun, wenn maßgebliche Länder in den Diskussionen darauf drängen. Und Deutschland ist sicher eines der Länder, die wichtig sind. Also auch hier: Was tun Sie dazu, dass die Nato diese Beschlussfassung aus Bukarest 2008 korrigiert und was tun Sie dazu, dass unsere Bundesregierung darauf drängt, dass dieses Projekt so klar und eindeutig fallen gelassen wird, dass auch weitere Entspannungssignale und auch Schritte Moskaus möglich werden? Dieselbe Frage habe ich auf den KSE-Vertrag bezogen, auf das längst vergessene Rüstungskontrollprojekt, Vertrag zur Begrenzung und Reduzierung von konventionellen Waffen in Europa. Dieser ist zwar seit nunmehr 13 Jahren angepasst und einige Obergrenzen wurden verändert, aber von der NATO wurde er nicht

ratifiziert. Was tut die Politik dafür, dass das endlich geschieht und der Vertrag nicht weiter aufgedröselt wird? Die große Gefahr ist, dass er vor allem in der Kaukasus-Region, in der Ukraine, in Georgien von beiden (den USA und Russland) de facto nicht anerkannt und verletzt wird.

3. Afghanistan: Der Punkt, der auf der offiziellen Sicherheitskonferenz eine erhebliche Rolle spielt, sowohl bei den öffentlichen Reden, als auch bei den Hintergrundgesprächen und in Interviews. Alles, was die Friedensbewegung seit 2001 an Befürchtungen und Warnungen geäußert hat, ist eingetreten. Befürchtungen und Warnungen, die auch von Teilen der hier vertretenen Parteien geteilt worden sind.

Die SZ von heute hat mit dem neuen Sicherheitsberater von Obama, James Jones, ein Interview. Er wird zitiert mit dem Satz: „Es kann nicht nur eine militärische Lösung geben.“ Das wird als großer Fortschritt gefeiert. Er sagt weiter in dem Interview: „Es muss endlich der Drogenanbau bekämpft werden, damit die daraus erwirtschafteten Gelder gestoppt werden, damit sich die Taliban und andere nicht an Frieden und Stabilisierung Interessierte, die Selbstmordattentäter nicht alle Waffen und Munition kaufen können, die sie haben wollen.“ Das interessante ist, dass James Jones exakt dieses bereits vor zweieinhalb Jahren gesagt hat. Allerdings in einem streng vertraulichen Kreis von 6 Journalisten beim NATO-Gipfel in Riga, auf dem auch ich war. Er hat wörtlich gesagt: „Meine Herren, die NATO wird diesen Krieg verlieren, wenn wir nicht endlich dieses Drogenproblem in den Griff bekommen.“ Und er hat sehr deutlich gemacht, dass er damit nicht eine militärische Lösung des Drogenproblems meinte, die es auch nicht geben kann. Er hat sehr darauf gedrängt, dass die an der Afghanistanmission beteiligten Regierungen endlich ein Zivilprogramm entwickeln, das den 10.000 Kleinbauern, die vom Mohnanbau leben, verlässliche Einkommensmöglichkeiten bietet. Und möglicherweise

Thomas Mohr

Bericht über die Teilnahme als Beobachter auf der Sicherheitskonferenz



Ich freue mich, Ihnen einen Bericht aus dem Bayrischen Hof, wie ich ihn heute erlebt habe, zu geben. Ich bin Dipl. Psychologe und Psychoanalytiker, bin Mitglied von MSKv (*Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“*), den Grünen und Pax Christi. Seit 5 Jahren haben wir uns mit MSKv auf den Weg gemacht, einen Dialog mit der Siko (*Sicherheitskonferenz*) zu suchen.

Die Kritik an und Widerstand gegen die Siko stehen für mich auf drei Säulen:
1. Demo weckt Öffentlichkeit und spricht Menschen an, sich anzuschließen,
2. Gegen-, Begleit- und Alternativveranstaltungen – wie z. B. heute Abend hier,
3. Dialog mit den Veranstaltern der offiziellen Siko, auf den wir uns mit MSKv spezialisiert haben.

Der Erstkontakt fand mit Herrn Teltschik statt, der freundlich geantwortet hat, dann mit Herrn Ischinger, der ein Gespräch angeboten hat. Bisher waren es drei Gespräche. Im zweiten Gespräch hat Herr Ischinger angeboten, einen Beobachter einzuladen, der ich geworden bin.

Man fühlt sich wie auf einer Tagung mit Sicherheitscheck. Es ist eine eigenartige Erfahrung, von innen aus den Fenstern des Bayer. Hofes auf die Barrieren zu schauen.

Zum Inhalt, wie ich die Veranstaltung erlebt habe. Thema gestern Abend war: „Ist eine Nulllösung bei Atomwaffen möglich?“ Kissinger und Steinmeier haben dazu gesprochen. Interessant, aber nicht so konkret, wie ich erwartet hatte.

Als Kontrast dazu am heutigen Vormittag: da kamen Merkel, Sarkozy und Biden. Der Andrang war sehr groß. Sarkozy hat gesagt: „Wollen wir in Europa Frieden oder wollen wir in Frieden gelassen werden? Und wenn wir Frieden wollen, dann müssen wir etwas für Verteidigung tun.“ Es wurde von ihm bemerkt, dass die Bevölkerung es nicht akzeptiert, mehr für Verteidigung aufzuwenden. Ich dachte mir, Gottseidank akzeptiert das die Bevölkerung nicht!

Merkel verwendete den Begriff der „Vernetzten Sicherheit“. Sie möchte das Militär mit anderen, weichen Sicherheitsthemen vernetzen. Das klingt wie etwas Neues, ist aber geprägt von dem Grundvertrauen ins Militär. Ich möchte dagegen Grundvertrauen in die Konferenz bringen.

Mir ist bewusst, dass, wenn ich da hinten drin sitze, verändert das die Konferenz in keinsten Weise, es haben bestimmt auch nicht viele mitbekommen. Wenn sich aber etwas im Bewusstsein der Bevölkerung verändert - nämlich, dass wir inzwischen gewaltfreie Konfliktlösungen und alternative Möglichkeiten haben - , wird das in die Konferenz rüberschwappen. Deswegen sind Veranstaltungen wie gestern, heute, wenn wir mit Politikern reden und morgen bei der Veranstaltung der Petra-Kelly-Stiftung, zu der auch Herr Ischinger kommt, wichtig.

Dialog, der auch mit Herrn Ischinger weiter gehen soll, kann kleine Veränderungsschritte ermöglichen und wir müssen immer wieder suchen, was machbar ist. Der längste Weg fängt mit dem ersten kleinen Schritt an.

Dr. Thomas Mohr ist Mitglied bei der Projektgruppe MSKverändern. Er wurde als Beobachter zur Sicherheitskonferenz eingeladen.

auf unserer Seite der Konsumenten-nachfrage etwas tun, um den großen Profit durch die Nachfrage auf dem Heroinmarkt zu zerstören. Das hat er damals gesagt. Es ist nicht aufgegriffen worden.

Die Situation an der Drogenfront ist viel schlimmer geworden. Heute ist Hamid Karzai da, er gilt inzwischen nicht mehr als ein verlässlicher Partner der Obama-Administration. Es gibt massive Kritik, vor allem, weil Karzai nicht nur den Drogenanbau nicht gestoppt hat, sondern zugelassen hat, dass er weiter gegangen ist. Seine Brüder sind am Drogenanbau beteiligt. Das heißt, in der Obama-Administration beginnt ein Umdenken – vorsichtig, ich will hier keine Illusionen schüren - ein Umdenken, was auch grundsätzlich die Frage stellt, war es richtig, damals am Petersberg auf eine zentralistische Lösung zu setzen, nach dem Motto, wir setzen in Kabul eine Zentralregierung ein? Wir befrieden Kabul und es soll sich von da aus Frieden und Stabilität auf das Land ausbreiten. Eine Lösung, die nicht funktionieren kann, weil man weiß, dass es in Afghanistan niemals in der Geschichte eine funktionierende Zentralregierung gegeben hat.

Meine Frage an Sie Abgeordnete ist: Was tun Sie und Ihre Parteien dafür, dass diese Umdenkprozesse, die aus Washington erkennbar werden, dass die durch Druck aus Deutschland gestützt werden? Dass durch positiven Druck Deutschland innerhalb der NATO darauf drängt, die Strategie zu ändern. In den wichtigsten Punkten heißt das, den Krieg zu deeskalieren und zu beenden und wirklich alle Kräfte und auch Ressourcen in den zivilen Wiederaufbau zu stecken. Das Drogenproblem zu bekämpfen, wie ich es beschrieben habe. Und Vereinbarungen treffen mit den Mächtigen in Afghanistan, die tatsächlich die regionale und lokale Macht haben.

4. Leisten wir uns Abrüstung? Es gibt einen rhetorischen Konsens zumindest bei uns darüber, quer durch alle Parteien, etwa seit der rot/grünen Regierung 1998, dass es doch

ungeheuer wichtig sei, etwas für zivile Konfliktbearbeitung zu tun. Dieser Konsens wird in vielen Reden im BT unterstrichen. Es gibt einige Parteien, die dafür auch konkret etwas getan haben. Die Grünen haben in der rot/grünen Koalition einiges voran gebracht, um dieses zum politischen Projekt zu machen. Es gibt institutionell einige Pflänzchen, die geschaffen worden sind, auch ressourcenmäßig, dass eine zivile Bearbeitung von Prävention, Deeskalation, Diplomatie Nachsorge geschieht. Aber aufs Ganze gesehen muss man wirklich sagen, da wird mir Herr Nachtwei, der da sehr engagiert war, sicherlich zustimmen, sind das immer noch zwei, drei Tröpfchen auf den heißen Stein, weil die große Mehrheit unserer Ressourcen in den militärischen Bereich gehen.

Von der DFG-VK wurde eine Kampagne gestartet und von vielen übernommen, die heißt: Lasst uns doch den Militäretat einfrieren und dann sukzessive Jahr für Jahr um 5 % reduzieren und die da frei werdenden Mittel auf zivile Konfliktbearbeitung umschichten.

Meine Frage an die Abgeordneten: Können Sie da zustimmen und was tun Sie dafür, dass die zivile Konfliktbearbeitung ressourcenmäßig gestärkt wird und nicht nur rethorischer Konsens bleibt.

(5.) Ich maße mir an in Absprache mit dem Moderator, noch einen weiteren Punkt zu nennen, weil er auch auf der Siko eine große Rolle gespielt hat, informell, aber auch in offiziellen Erklärungen. Es ist der Komplex Naher Osten und Iran (Punkt 5). Der Vizepräsident der USA, Joe Biden, hat den Satz heute Nachmittag gesagt: „Es ist dringend an der Zeit, dass wir uns um eine sichere und gerechte Zwei-Staaten-Lösung Israel/Palästina bemühen.“ Das ist ein neuer Akzent. Er hat noch nicht konkret gesagt, Zwei-Staaten-Lösung auf Basis der 67er-Grenzen, das ist nämlich die einzige Lösung, die wenn überhaupt noch vorstellbar ist. Aber immerhin.

Es ist an der Zeit, sich um eine

gerechte, auf der die Betonung liegt, gerechte Zwei-Staaten-Lösung zu bemühen. Ich sehe auch die Ernennung von George Mitchell als Sonderbeauftragten für diese Problematik als ein hoffnungsvolles Zeichen, viel hoffnungsvoller als die Ernennung von Richard Wilbour zum Sonderbeauftragten für Afghanistan. Meine konkrete Frage ist, was tun Sie als Politiker endlich dafür, dass aus Deutschland und der deutschen Presse möglichst konkret eine solche Politik unterstützt wird, das heißt auch, den nötigen politischen Druck auf die israelische Regierung auszuüben, damit endlich eine solche Lösung möglich wird. Und nicht wie Frau Merkel und auch Gregor Gysi, sich ganz auf die Seite Israels stellen und sagen, dass die Hamas Schuld daran war.

Das ist also meine Frage, was tun Sie dafür, dass hier die deutsche Politik korrigiert wird.

(6.) Und der letzte Punkt in diesem Nahostkonflikt Iran: Es gibt meiner Meinung nach von Obama den allerwichtigsten Satz in seiner gesamten Wahlkampfphase: „Wenn ich Präsident werde, dann werde ich mich mit Mahmud Ahmadinedschad ohne Vorbedingungen zu einem Gespräch treffen.“ Er hat diesen Satz durchgehalten bis zu seinem Fernsehduell mit McCain. Er hat das bemerkenswerte Interview gegeben mit dem Fernsehsender Al-Dschasira, wo er ähnliches mit anderen Worten auch gesagt hat. Stichwort: Ausgestreckte Hände.

Es gibt unter seinen Beratern und Beraterinnen einen Konsens von den Liberalen bis hin zu den Falken der amerikanischen Außenpolitik, der da sagt, ihr müsst das Verhältnis zu Iran in Ordnung bringen. Das ist das wichtigste Land in dieser konfliktreichen Region des Nahen/Mittleren Ostens. Ihr müsst die unselige Vorbedingung, dass Iran die sog. Urananreicherung aufgeben muss, vom Tisch wischen. Solange diese Forderung auf dem Tisch bleibt, wird das alles nichts. Wir wissen, dass Deutschland an der Mobilisierung dieser Forderung wesentlich beteiligt

war, damals unter Außenminister Fischer. Sie wird immer wieder von Frau Merkel bekräftigt. Leider heute Nachmittag auch auf der Sicherheitskonferenz. Sie und Sarkozy haben sehr konfrontative Töne in Richtung Teheran losgelassen. Ziemlich in Konfrontation dazu, was Obama offensichtlich versucht.

Meine Frage an Sie ist: Was tun Sie dazu, um die deutsche Politik da zu korrigieren?

Hildebrecht Braun: Danke für die Einladung. Uns eint alle etwas.



Alle, die wir hier auf dem Podium sitzen, haben die Erwartung und die Hoffnung, dass mit Obama

die Dinge besser werden. Einen solchen Hoffnungsträger hat die Welt in den vergangenen Jahrzehnten nicht gesehen. Mit ihm werden die Dinge besser. Wir werden uns noch oft über ihn freuen dürfen.

Ich würde gerne auf meinen Vorredner direkt antworten, aber wir haben die Verabredung, dass wir unsere Politik hier vorstellen. Das möchte ich doch gerne tun. Außenpolitik hat eine Menge mit der Art und Weise zu tun, wie wir Menschen zwischenmenschlich miteinander umgehen. Einer der wichtigsten Sätze für mich und meine Partei ist: Wenn du einen Freund hast, musst du mit ihm reden, damit er dein Freund bleibt. Wenn du einen Feind hast, musst du mit ihm noch viel mehr reden, damit aus der Feindschaft nicht Krieg wird. Diese Erkenntnis ist leider auf der Ebene der internationalen Akteure bisher nicht sehr weit verbreitet. Es gibt eine ganze Reihe von führenden Politikern und Politikerinnen, die der Meinung sind, dass die Abgrenzung von anderen, das Nicht-Reden-mit-Andersdenkenden dem Frieden dient. Ich bin da ganz anderer Meinung.

Ich freue mich, dass Herr Zumach das Thema am Schluss angesprochen hat. Wer mit dem Iran nicht spricht, macht riesige Fehler. Ich war mehr-

fach dort – es sind wenige deutsche Politiker dort zu finden. Ich habe mit den Menschen dort gesprochen. Die Menschen sehnen sich danach, dass das dortige System ganz schnell Geschichte wird, weil sie die Mullahs dort sehen wollen, wo sie hingehören, nämlich in die Moscheen. Aber sie haben das Gefühl, dass der Westen inkl. der Bundesrepublik Deutschland, sie laufend diskriminierend behandelt, was zu der Vorstellung führt, sie müssten sich aus nationaler Solidarität mit ihrer Führung hinter den unsäglichen Ahmadinedschad stellen. Wir schädigen damit unsere eigenen politischen Ziele. Wir brauchen die Leute im Iran mit über 70 Mio. Menschen, damit sie andere Politiker wählen, in vier Wochen einen neuen Präsidenten. Wir brauchen sie in unser aller Interesse. Speziell im Interesse des Friedens im Nahen Osten.

Es ist auch unser Fehler, wie wir als Deutsche umgehen mit dem mir sehr nahe stehenden Staat Israel und dem Nachbarstaat der Palästinenser. Auch dort ist leider die Abgrenzung, die Weigerung, miteinander zu reden, für eine ganze Reihe von führenden Politikern Handlungsmaxime. Man spricht mit der Hamas nicht, sondern man hat Soldaten hingeschickt. Warum eigentlich nicht? Die Hamas ist demokratisch gewählt, sicherlich bedauerlich, dass sie gewählt wurden, aber sie wurden gewählt. Und man hat es nicht für richtig gehalten, sie ernst zu nehmen. Statt dessen hat man einen Krieg geführt. Ich verstehe, dass einer sich wehrt, wenn ständig Raketen auf sein Land abgefeuert werden. Aber wir müssen auch danach fragen: Wie kam es zu den Raketen? Und die Dinge haben alle miteinander zu tun und haben eine Vorgeschichte. Primäre Vorgeschichte ist auch die Weigerung, miteinander zu sprechen. Miteinander zu sprechen ist der erste Schritt für ein friedliches Miteinander. Das müssen noch eine ganze Reihe lernen, auch und gerade in dieser Region, die uns allen ganz besonders am Herzen liegt. Wir müssen eines sicherstellen: Wir als der Westen, also das Europa

der Werte, der Toleranz, der Gleichberechtigung, der Rechtsstaatlichkeit, wir müssen diese Werte glaubwürdig vorleben.

Unser langjähriger Partner Amerika hat in den letzten 8 Jahren so gelebt, als ob diese Werte nur innerhalb der USA gelten, aber nicht außerhalb. Guantanamo, Abu Ghraib sind eine Schande nicht nur für Amerika, sondern für den ganzen Westen. Und wir müssen uns sehr wohl fragen: Haben wir laut genug unser Maul aufgerissen in unseren Gesprächen mit den Amerikanern? Das, was ihr dort macht, beschädigt den Westen insgesamt und dient nicht dem Frieden, sondern beschädigt ihn langfristig. Zum Thema Abu Ghraib möchte ich folgendes sagen.

Ich war vier Jahre lang abrüstungs-politischer Sprecher meiner Fraktion im deutschen Bundestag. Wir haben einmal im Jahr die Möglichkeit, als zentrales Thema im Bundestag das Thema Abrüstung anzusprechen. Ich erinnere mich an eine Situation, die typisch ist: Die Regierungsbank war bis auf den Außenminister Fischer leer, der wiederum mit einem Staatssekretär des Finanzministeriums gesprochen hat. Die Sitze im Bundestag waren pro Fraktion mit drei, vier Leuten besetzt, im Grunde völlig leer. Warum erzähle ich Ihnen das? Das Thema Abrüstung, das für den Frieden in der Welt und für die Zukunft ganzer Generationen von entscheidender Bedeutung ist, hat bei allen Fraktionen im Bundestag einen Stellenwert, der kläglich und beschämend ist.

Deswegen müssen wir alle, Sie, die Sie hier sitzen und die, die wir in den Parteien sitzen, dafür sorgen, dass das Thema Abrüstung wieder in den Mittelpunkt der politischen Diskussion kommt. Im Bundestag ist es ein Randthema. Wenn es um die Anhebung der Rente um 5 Euro geht, ist der Bundestag voll. Beim Thema Abrüstung, sei es Atomwaffen, sei es andere Massenvernichtungswaffen oder auch Reduzierung der konventionellen Streitkräfte: Null Interesse. Das ist doch ein riesiges Thema! Denken Sie an Folgendes.

Die Amerikaner haben 1,2 Mio. Soldaten. Europa, die 27 Staaten Europas haben zusammen über 2 Mio. Soldaten. Das glaubt niemand, weil die Amerikaner eine große militärische Kraft darstellen und die Europäer im Grunde Zaungäste in diesem Geschehen sind. Man muss das auch gar nicht bedauern, dass wir eher Zaungäste sind, aber jedenfalls ist eines klar. Wir brauchen nicht fast doppelt soviel Soldaten wie die Amerikaner für das, was wir an Aufgaben dem Militär in der internationalen Friedenspolitik zugewiesen haben. Hier muss sich Grundlagen des ändern.

Dazu müssen wir ein geeintes Europa haben, das europäische Streitkräfte hat. Und nicht 27 Streitkräfte mit 20 Luftwaffen, mit 14 Marinen und das alles innerhalb Europas. Ein Unsinn mit einer Verschwendung nicht nur von gigantischem Geld, sondern auch von einer Fehlbeauftragung von Menschen, die Richtigeres tun könnten mit dem, was sie an Fähigkeiten haben.

Ich möchte noch den Punkt Afghanistan ansprechen. Nur noch diesen Punkt, sonst gibt es keinen Tiefgang für die einzelnen Punkte. Deutschland hat im internationalen Kontext die Aufgabe übernommen, die Polizei in Afghanistan auszubilden. Wir haben fast nichts unternommen. Es ist schandbar, was Deutschland in diesem Bereich geleistet hat. Nur die Italiener waren noch uneffizienter. Sie haben versprochen, die Justiz in Afghanistan auf Vordermann zu bringen. Da ist gar nichts geschehen. Von Deutschland aus ist im Bereich der Ausbildung der Polizei viel zu wenig geschehen. Unser Heimatland Bayern zeichnet sich dadurch aus, dass es bis zur Landtagswahl gesagt hat: Bayerische Polizisten gehen nicht nach Afghanistan. Das heißt, sie haben noch nicht einmal ihren Beitrag innerhalb der Solidarität der Bundesländer untereinander geleistet. Erst wenn dort die Polizei wieder funktioniert, kann dort ein friedliches Afghanistan ermöglicht werden.

Noch ein Thema: Ich bin der Mei-

nung, es ist eine Schande für unser Europa, dass wir in gar nicht so weiter Entfernung, nämlich in Darfur, Menschen, die von anderen Menschen seit Jahren in ihrer Existenz bedroht werden, ermordet, vergewaltigt, vertrieben werden, nicht zur Seite stehen. Ich halte es für eine indiskutable Sache, dass wir Menschen alleine lassen, die unseren Schutz brauchen. Wir könnten ihn geben, aber wir geben ihn nicht. Genauso wenig wie wir ihn in Ruanda gegeben haben. Ich war dort in einem Gefängnis mit Mördern nach dem damaligen Völkermord. Wie wir damals nicht gehandelt haben, obwohl wir hätten handeln können. Völkermord nicht zu verhindern ist aus meiner Sicht nicht Ausdruck von Friedlichkeit, sondern schandbares Wegschauen. Wenn man helfen kann, sollte man das auch meiner Meinung nach tun.

Eva Bulling-Schröter: Ich möch-



te zwei Dinge voran stellen. Ich bin nicht im Verteidigungsausschuss, sondern im Umweltausschuss, habe aber eine sehr nahe Beziehung zu Verteidigung und Frieden.

Denn wie Sie sicher wissen, werden ja viele Kriege nicht darum geführt, weil wir nicht miteinander sprechen. Ich achte die Herren Psychologen sehr, aber ich denke, es liegt nicht am Sprechen, sondern es geht um andere Dinge. Und wir wissen, Ressourcen sind endlich. Ich bin klimapolitische Sprecherin und es gibt eine ganze Reihe von Studien des wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung, des Umweltministeriums, die schon darüber sprechen und militärische Strategien, was machen wir denn, wenn die ersten Klimaflüchtlinge kommen und welche Mauern bauen wir auf? Welche Konflikte wird es dann geben, wenn um Wasser Kriege geführt werden?

Und in vielen Kriegen, die schon jetzt geführt werden, geht es um Ressourcen, geht es um Öl, Gas,

Wasser, Tantal in Afrika etc. Viele von Ihnen wissen das. Das sollten wir im Hinterkopf behalten, wenn wir über diese Konfliktbewältigung und Krisen sprechen.

Es geht um Militärstrategien: Wie kann welches Land, welcher Block Einfluss gewinnen?

Inzwischen werden auch Kriege aus „humanitären“ Gründen geführt. Kürzlich war im Bundestag zu hören, dass man Iran emanzipieren wollte. Wenn man aus diesen Gründen bombt, dann müsste man in vielen Ländern bomben. Emanzipation jedenfalls wird durch Krieg nicht befördert.

Ein zweiter Punkt ist eine Feststellung. Eine Mehrheit der Bevölkerung hier in Deutschland wünscht sich Abrüstung, wünscht sich einen Abzug aus Afghanistan, das ist genau diametral zu den Mehrheitsverhältnissen, die derzeit im Bundestag gebildet werden. Das ist eine Feststellung – da kann sich jeder seine Meinung daraus bilden.

Zurück zu den Militärstrategien. Wir, die Linke, halten Auslandseinsätze für grundgesetzwidrig und ich sehe keinen Grund, warum Deutschland Interessen am Hindukusch verteidigen sollte. Interessen, die ich am Hindukusch sehe, sind, dass es den Menschen gut geht, dass sie eine Bildung haben, dass es ihnen wirtschaftlich besser geht und für solche Interessen kann man sich ohne Kriege auch wirklich einsetzen.

Wir haben heute die Demo wegen der Siko gemacht. Es ist nicht die erste gewesen und wird nicht die letzte sein. Wir haben dabei auch wieder gegen die immensen Militärausgaben protestiert. Diese Ausgaben steigen wieder. Auch in Deutschland steigen die Militärausgaben wieder. Und ich denke, es ist dringend notwendig, einen Konsens im Bundestag herzustellen, dass die Militärausgaben sinken.

Wir brauchen die Gelder für andere Dinge. Wir müssen über Rüstungskonversion reden und das auch tun. Wir brauchen zukunftssichere

Arbeitsplätze, das wären welche. Da haben wir eine ganze Reihe von Vorschlägen. Wir brauchen natürlich die Gelder auch noch für viele andere Dinge, die dringend notwendig sind. Wenn die vier Parteien, die heute hier sind, ernsthaft der Meinung wären, dass wir umschichten müssen, dann hätten wir eine Mehrheit im Bundestag.

Und Herr Zumach fragte immer wieder: Was tun Sie? Dazu sind Mehrheiten im Bundestag notwendig. Vielfach sind auch die Mehrheiten da und es könnte dazu abgestimmt werden. Nur allein die Mehrheiten oder dass die Parlamentarier abstimmen nützt nichts. Es braucht wesentlich mehr Druck, damit die richtigen Entscheidungen getroffen werden, denn Sie wissen ja selbst, an Rüstung wird verdient. Die Rüstungslobby ist eine der stärksten Lobbys, die es gibt. Ich war ja schon mal im Bundestag von 1994 bis 2002, war da auch kurz im Verteidigungsausschuss. Damals begann es mit der Nato-Osterweiterung. Ich kann mich noch sehr gut erinnern an die vielen Einladungen, die wir von Rüstungsfirmen erhalten haben, die uns klarmachen wollten, dass zum Beispiel die tschechischen Sicherheitssysteme überhaupt nicht gut sind, sondern sie neue brauchen. Die Profite in diesem Bereich sind sehr hoch. Deshalb wird massivst Meinung gemacht.

Zur Frage atomare Rüstung. Das ist keine Frage für uns. Wir haben uns in Büchel beteiligt, wir beteiligen uns an der Friedensbewegung. Für mich ist das schon lange überfällig. Wir haben einen Antrag im Bundestag eingebracht, er hat leider keine Mehrheit gefunden. Es gab auch von anderen Parteien Anträge. Ich denke, so eine Mehrheit wäre herstellbar. Und ich denke auch, die Bundesregierung müsste dementsprechend in den Gremien handeln. Das wäre dringend notwendig, genauso die Aussage, eben dann keine Flugzeuge, die atomar bestückbar sind, in Kriegsgebiete zu schicken. Das gehört für mich zur Atomwaffenkonvention, dort entsprechend aufzutreten.

Zu Afghanistan: Wir haben sehr viele Anträge dazu eingebracht, das Mandat nicht zu verlängern, uns aus Afghanistan zurückzuziehen. Leider hat es keine Mehrheit gegeben. Wir verfolgen die Ziele weiter. Das wäre der erste Schritt. Und dann natürlich auch, die Bundeswehr aus anderen Ländern abzuziehen, nicht nur aus Afghanistan. Allerdings ist es so, in Afghanistan soll die Bündnissolidarität noch mal verteidigt werden. Das ist das Erste. Und wenn ich mir noch mal die Zahlen anschau, was hier passiert: Militärisch hat uns das ganze bisher 3 Mrd. gekostet. Für den Wiederaufbau werden 1,3 Mrd. bis 2010 zur Verfügung gestellt. Und ich meine, man muss über Afghanistan wissen, dass das Land eine niedrige Lebenserwartung hat. Es gibt eine hohe Säuglingssterblichkeit. 90 % der Lebensmittel müssen importiert werden. Die Lebensqualität ist sehr schlecht. Ich denke, da bräuchte es Soforthilfe, wirtschaftliche Hilfe. Waffen nützen nichts und Polizei. Wir brauchen viel mehr an sozialer Hilfe. Es muss mit Anrainerstaaten diskutieren. Es geht vielleicht nicht einfach, aber es ist vieles machbar. Die Leute, mit denen ich gesprochen habe, empfinden die Soldaten dort nicht als Befreier. Ich denke, das Land muss sich selbst wieder finden und das geht nicht mit Waffen.

Zur NATO-Osterweiterung: Wir haben eine klare Meinung dazu. Wir sehen sie nicht als sinnvoll und notwendig an, sondern eher als Gefahr. Ich denke, den Weg, den Zumach geschildert hat, Konferenzen und Verträge sind sinnvoller als die Osterweiterung. Kurz und gut, es gibt Militärstrategien, die nicht darauf ausgerichtet sind, auch innerhalb der EU. Es gibt eine neue EU-Strategie, die auch weiterhin auf Ressourcensicherung setzt. Ich kann dazu nur sagen, ich will nicht, dass Ressourcen militärisch gesichert werden, sondern über eine vernünftige faire Wirtschaftsordnung und –politik Handel miteinander betrieben wird. Das heißt für mich faire Preise und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung ist unser Ziel.

Die Gelder, die für Rüstung ausgegeben werden, hätte ich gerne für soziale Maßnahmen, Klima-Maßnahmen und dort wären sie auch an der richtigen Stelle.

Hans-Ch. v. Sponeck: *In diesem Zusammenhang lohnt es sich, die Website des Swedish International Research Institutes anzuschauen. Aus dem Bericht von 2008 geht ganz deutlich hervor, wie stark die Verteidigungsausgaben angestiegen sind: 1,2 Billionen US-\$, davon 50 % allein Amerika. Ich glaube, man muss die Zahlen gut kennen, um besser argumentieren zu können.*

Axel Berg: 1. Welt ohne Atomwaffen. Da bin ich in einer ganz starken Weise tatsächlich hoffnungsvoll, insbesondere, da die Alten wie Helmut Schmidt, Genscher, Henry Kissinger



ger anscheinend langsam am Umdenken sind, und vom russischen Präsidenten Dimitrij Medwedjew kam auch die Idee, eine neue europäische Sicherheitsarchitektur zu erdenken. All das sollten wir sehr ernst nehmen. Die Verträge über die konventionelle Rüstungsbegrenzung – wie ja schon angesprochen – sollten wir weiter entwickeln und das Raketenabwehrsystem in Polen und Tschechien verbieten. Obama geht in seinen Aussagen ja schon in diese Richtung. Auch der Weltraum sollte möglichst nicht für militärische Zwecke benutzt werden. Die atomwaffenfreie Welle kommt ja tatsächlich wieder. Deutschland kann dazu beitragen. Unser Außenminister Steinmeier hat in seiner Rede auf der Sicherheitskonferenz gestern genau das gesagt. Steinmeier ist immerhin unser Kanzlerkandidat der Sozialdemokraten und er wird dazu tatsächlich konkret. Konkret möchte er die nuklearen Abrüstungsschritte der USA und Russland vorantreiben. Da stecken die meisten Waffen. Das ist unverzichtbar. Wenn der Norden nicht abrüstet, können wir nicht erwarten, dass wir im Süden einer Weiterverbreitung den Riegel

vorschieben können. Deswegen ist es auch eine Selbstverständlichkeit, dass die Atomsprenköpfe aus Deutschland rausmüssen.

2. Kalter Krieg oder Kooperation. NATO-Osterweiterung. Dieses Thema könnte man drei Wochen diskutieren. Die NATO ist als Konstrukt sozusagen das fleischgewordene Beispiel des zweiten parkinsonschen Gesetzes. Ich meine nicht den Arzt Parkinson, sondern den Wirtschaftsjournalisten. Das zweite Gesetz lautet, dass jede Organisation danach trachtet sich auszuweiten, unabhängig davon, ob es den Grund überhaupt noch gibt, aus dem die Organisation gegründet wurde oder eben nicht mehr. Es soll uns daran erinnern, dass die NATO gegründet wurde als Gegenmaßnahme gegen den „bösen“ Warschauer Pakt. Der ist schon lange vorbei. Der 11. September kam in letzter Sekunde noch rechtzeitig, sonst hätten wir diskutiert, ob wir die NATO überhaupt noch brauchen.

Und durch die Osterweiterung hat sich die Situation der NATO als Konstrukt auch noch verschärft. Je mehr Länder man aufnimmt in die NATO, desto mehr sind ja die, die nicht aufgenommen werden, ausgegrenzt. Und dadurch ist die NATO heute vom ehemaligen Sicherheitssystem des Kalten Krieges eher zum Sicherheitsrisiko geworden.

3. Afghanistan ist der Hauptpunkt des heutigen Abends. Afghanistan war vor einem halben, dreiviertel Jahr im Parlament schon in der Diskussion. Ich will versuchen zusammenzufassen. Wir sind jetzt im 8. Jahr nach dem 11. September. Die OEF war eigentlich mal die Antwort auf diesen Anschlag in New York. Das und die Anerkennung der OEF und ISAF setzt sogar das Bundesverfassungsgericht voraus. Ich denke, da sind Eva Bulling-Schröter und ich verschiedener Meinung.

Ich denke, OEF war notwendig, um Al-Qaida und die Taliban zu vertreiben und um deren Herauslösung zu betreiben und sie zu zerstören. Ich würde keinem Menschen

wünschen, in einem Land leben zu müssen, in dem die Taliban regieren. Ja, da bin ich ganz streng. Ich glaube nicht, dass die Taliban sich durch gutes Zureden abbringen lassen von dem, was sie machen. Wenn ich recht informiert bin, hast du, Winni Nachtwei, anfangs dem OEF-Einsatz zuerst zugestimmt, wie ich auch, aber dann bei den weiteren Beschlüssen habe ich mich beim zweiten mal enthalten, dann beim dritten Beschluss war ich dagegen. (Wer meine, Axel Bergs, Haltung näher interessiert, der möge auf meine Homepage gehen, da habe ich darüber geschrieben.)

Wir brauchen jetzt eine rot-grüne Strategie, ein Prioritätenwechsel muss her, der ist bisher nicht erfolgt. Er ist längst überfällig. Die Sicherheitslage ist prekär bei der Bevölkerung Afghanistans. Der zivile Aufbau verlangsamt sich auch. Das heißt, die ISAF einer UNO-Führung unterstellen. OEF ganz raus. So schnell wie möglich raus aus der Geschichte.

Und wir sollten die Vermischung von ziviler und militärischer Hilfe dringend stoppen. Ich übernehme die Forderung von Hilfsorganisationen in Afghanistan:

- Keine deutsche Beteiligung mehr an OEF-Einsätzen.
- Konsequente Ausweitung des ISAF-Mandats auf den Schutz der afghanischen Bevölkerung,
- Entwaffnung illegaler Akteure.
- Und natürlich müssen alle militärischen Operationen bitteschön nach völkerrechtlichen Normen ausgerichtet sein.

Eine zweite zentrale Forderung muss sein, dass wir endlich wegkommen vom Primat des Militärischen. Wir haben zwar in Deutschland unsere Ausgaben für zivilen Aufbau erhöht, aber natürlich noch lange nicht hoch genug, wir geben immer noch prozentual viel zu viel fürs Militärische aus. Wir müssen das Volumen, die Wirksamkeit der Auslands- und Entwicklungshilfe entscheidend vergrößern. Wir haben gehört, 90 % der Lebensmittel werden importiert. Da gibt's auch noch andere Kandidaten, z. B. Algerien, die denken nur

noch in Öl und Gas, aber die Bevölkerung baut nichts mehr an. Das gibt es öfter auf der Welt. Wir müssen dafür sorgen, dass die Hilfgelder ordnungsgemäß abfließen. Korruption ist wirklich ein großes Übel in dieser Gesellschaft. Afghanistan ist da besonders schlimm. Antikorrupsionsmechanismen müssen eingeführt werden.

Natürlich mehr Geld in die Polizei, jawohl, in den öffentlichen Dienst - das sind Antikorrupsionsmechanismen. Als wir in München unseren Küchenskandal hatten, als die Küchen verschoben wurden, vielleicht erinnern sich manche daran, war München die erste Stadt, die eine Antikorrupsionsbehörde innerhalb des Rathauses eingerichtet hat. Ich denke schon, dass das gute Maßnahmen sind, um Korruption einzudämmen.

Langfristige Investition in die Förderung der ländlichen Entwicklung brauchen wir. Mohn wurde schon angesprochen. Ich bin Energiepolitiker. Ich kämpfe heute für erneuerbare Energien, das ist die Lösung von allem. Eva Bulling-Schröter hat es auch angesprochen, das könnte Afghanistan ganz unabhängig machen, wenn sie in erneuerbare Energien investieren würden. Übrigens ist die eigene Energie der erste Schritt in die eigene Wirtschaft. Und Mohn kann man auch anders verwerten, z. B. gut brauchbar in der Medizin, bei der Pharmaherstellung. Bei uns in Deutschland gab es früher auch Mohnanbau, bevor Raps angebaut wurde, um daraus Öl zu machen. Das geht auch alles. Ich denke, wir sollten wesentlich offener sein in diese Richtung.

Wir müssen leider feststellen, dass nach 8 Jahren Einsatz in Afghanistan Menschenrechte und die Durchsetzung demokratischer Prinzipien durch die Afghanen selbst fast nicht vorangekommen sind. Auch mit dem nationalen Friedens- und Versöhnungsprozess können wir nicht fröhlich sein. Und selbst internationale afghanische Entwicklungsstrategien kommen bei lokalen Konfliktlösungsmechanismen überhaupt nicht

weiter nach meinem Wissen. Deswegen brauchen wir eine umfassende nationale Strategie für die Friedensaktivitäten vor Ort. Wir müssen unbedingt die Anrainerstaaten Iran und Pakistan in diese Diskussion mit einbinden.

Vierte Frage: Leisten wir uns Frieden oder Krieg? Da sollten wir die Militärausgaben beispielsweise jährlich um 5 % senken. Das würde Sinn geben und dafür Mittel für zivile Konfliktbearbeitung und -verhütung, Mediation und andere Techniken einführen und erhöhen. Genau in diese Richtung ging auch mein Aufruf und der Aufruf mancher Abgeordneter zur ISAF und zur NATO. Sie können das auch alles nachlesen. Ohne zivilen Wiederaufbau schaffen wir gerade die Konflikte, die irgendwann die nächste Krise schaffen werden. Ich bin ganz froh, dass wir unseren rot-grünen Aktionsplan verstärken und bezüglich ziviler Konfliktbearbeitung und -verhütung hingekriegt haben.

Letzter Gedanke, Sie haben mitgekriegt, dass ich skeptisch bin. Ich denke, wir könnten die NATO ohne Probleme abschaffen, noch besser umwandeln in ein Bündnis für Sicherheit. Dann sollte aber, nachdem es diese Organisationsstruktur schon mal gibt, dafür gesorgt werden, dass die Organisationsfähigkeiten erhalten werden. Aber eine NATO als internationales Bündnis für Sicherheit müsste als UNO organisiert sein, müsste natürlich für alle Staaten offen sein und natürlich sollte ihre Arbeit transparenter sein als diese Veranstaltung im Bayerischen Hof. Dann würde ich vom Skeptiker zum Fan der Münchner Sicherheitskonferenz.

Sage aber als Münchner Abgeordneter, machen Sie das nächste Mal die Sicherheitskonferenz nicht mehr im Bayerischen Hof, sondern woanders. Wir haben in Bayern traumhafte Schlösser. Sollen sie doch nach Kloster Irsee gehen. Wunderschöner Naturpark.

Hans-Ch. v. Sponeck: *Noch besser wäre es, wenn die Münchner Sicher-*

heitskonferenz zusammengelegt würde mit unserer Konferenz. Also ich habe am Anfang gesagt, ich will ein guter Zeithüter sein und bin ein schlechter geworden. Wir sind ziemlich hinten dran. Wir wollen ja auch mit Ihnen diskutieren. Herr Nachtwei sie haben noch 11 Minuten, dann müssen wir aufhören und anfangen in eine Debatte zu kommen.

Winfried Nachtwei: Ich erinnere mich jetzt sehr deutlich an eine



andere Veranstaltung hier im Raum vor zwei Jahren, auch am Samstag Abend der Sicherheitskonferenz. Da gab es die starke und begründete Befürchtung, dass es bald zu einem Angriff auf den Iran käme.

Ich habe selten so etwas auf der Konferenz empfunden, dass da eine offene Konfrontation war zwischen Frau Merkel einerseits und Vertretern der iranischen Regierung. Vor zwei Jahren wäre so etwas wie es am Freitag Nachmittag (*auf der Sicherheitskonferenz; Anm. d. R.*) war, nämlich zu fragen nach der nuklearen Abrüstung und der Nulllösung, unmöglich, undenkbar gewesen.

Das heißt jetzt nicht, es ist das große Licht ausgebrochen, aber es sieht zumindest nicht mehr so fürchterlich düster aus, düster wie es vor zwei Jahren war.

Wir kommen zuerst direkt zur atomaren Abrüstung: Was habe ich dazu getan: parlamentarisch reihenweise Initiativen, Anträge, Anfragen, die Bundesregierung damit gelöchert. Nur macht man immer wieder die Erfahrung mit einer Gummiwand, ob man in der Regierungs- oder in der Oppositionspartei ist. Ein Beispiel: Ich hatte herausgefunden, es gibt eine Richtlinie der Bundeswehr für humanitäres Völkerrecht. Was steht darin: Verbot von Kampfmitteln, nicht nur biologisch-chemischen, sondern auch atomaren. Das habe ich dem Minister direkt vorgehalten: „Sie haben in Ihren

eigenen Dokumenten stehen, diese Kampfmittel sind völkerrechtswidrig. Dann können Sie das doch nicht Ihren eigenen Soldaten befehlen! Also machen Sie Ihren rechtswidrigen Befehl rückgängig.“ Drei Monate dazu geschwiegen, dann wieder in der Debatte angesprochen, wieder geschwiegen und inzwischen habe ich ein Briefchen dazu gekriegt, in dem nichts steht.

Leider, und das ist die zweite Erfahrung: Die Abrüstungsdebatten im Bundestag sind immer noch schlecht besucht (nur Sache der Abrüstungspolitiker) und das dann in die mediale Öffentlichkeit zu bringen ist äußerst schwierig. Da ist dann kaum Interesse in der Bevölkerung – völlig anders als in den 80er Jahren. Ich wollte auf diese Probleme hinweisen. SPD-Kollegen sind auch eindeutig für diese verschiedenen, auch unmittelbaren Forderungen, was uns als Bundesrepublik angeht. Erstmal Atomwaffen weg und dann in anderen Ländern auch. Die Kollegin Uta Zapf und andere, die da arbeiten, sind eindeutig für diese Forderungen. Oder Abschied vom sog. nuklearen Erstsatz.

Das sind so kleine, aber nicht unwichtige Veränderungen an der Nuklearstrategie der NATO. Jetzt ist ja der NATO-Gipfel sehr wichtig. Wird von den SPD-Kollegen geteilt, aber in der Koalition selbst sind sie durch die Koalitionswege unten gehalten, und deshalb fehlt heute der CDU/CSU-Vertreter nicht unbegründet. Inzwischen kristallisieren sich die CDU-Kollegen als ziemlich saftige Vertreter von nuklearer Rüstung aus. Und das ist auch deutlich geworden einerseits in der Rede Steinmeiers, dem zumindest die Vision einer nuklearfreien Welt vorschwebt.

Und auf der anderen Seite Merkel mit Sarkozy: Gerade heute hat es Sarkozy so stark betont, der Vorteil war, dass es ehrlich war. Er hat (*auf der Sicherheitskonferenz; Anm. d. R.*) gesagt, wir brauchen weiter die Atomwaffen, weil wir weiter Großmacht bleiben wollen. Da war er zumindest Realist. Da gibt es also den Spalt zwischen den verschiede-

nen Parteien und Fraktionen. Und ich habe aber gesagt, was außerdem das unmittelbare Gewicht und wichtige Forderungen sind. Und dass es klar wird. Dies ist in der Tat von entscheidender Bedeutung: Nächstes Jahr Überprüfungskonferenz Nichtverbreitung und das wird dieses Jahr vorbereitet.

Wenn im nächsten Jahr die Konferenz wieder so scheitert wie 2005, dann ist das nicht so ein Scheitern wie 2005, dann geht nämlich die Büchse der Pandora wirklich breit auf, dann wird es eine Verbreitung von Atomwaffen geben, und wenn es noch mehr Verbreitung von Atomwaffen gibt, dann ist der Einsatz von Atomwaffen nur eine Frage der Zeit. Eindeutig. Deshalb in diesem Jahr mehr zum Thema machen! Also Büchel wieder ins Gespräch bringen. Auch die Friedensbewegung in diesem Bereich wiederbeleben.

Zum Thema Kalter Krieg oder Kooperation. Kurz zum Raketenabwehrschild. Dieser ist durch nichts zu begründen und abzulehnen. Hier gibt es eine gewisse Bewegung. Inzwischen gibt es von der amerikanischen Seite Entgegenkommen und Gesprächsbereitschaft auf der russischen Seite. Was können wir tun? Da kommt es darauf an, dass schlichtweg die Bundesrepublik als erste den Vertrag erst mal ratifiziert. Dann anpassen, aber erst mal ratifiziert. Etwas Drittes ist mir aufgefallen. Ich war letzthin in Moskau vom Unterausschuss aus, aber auch hier bei der Sicherheitskonferenz: Es ist dringend notwendig, um konfrontative Entwicklung, sagen wir ganz pauschal, zwischen Ost und West, zwischen NATO/EU und Russland wieder zurückzuholen, dass man sich endlich wieder daran erinnert, zumindest die Perspektive der anderen Seite mit einzubeziehen. Und das hat heute interessanterweise Sarkozy gesagt. Er sagte, NATO tasten wir nicht an, aber wir müssen gleichzeitig verstehen, dass sich die andere Seite inzwischen eingekesselt fühlen kann. Also das Kräfteverhältnis, das sich inzwischen verschoben hat. Das ist das A und O für alle Seiten, sich in

die andere Seite hineinzusetzen.

Dann Afghanistan: Was ich dazu tue, was wir tun. Einmal, das ist speziell meine Aufgabe im Verteidigungsausschuss. Ich informiere mich so sorgfältig wie möglich, wie dort die Situation ist in einem Land, in dem wir relativ wenig die Möglichkeit haben, sich zu informieren, weil es kaum überprüfbare Berichte gibt. Und das andere, eben versuchen politisch zu intervenieren. Vor zweieinhalb Jahren habe ich damit begonnen zu sagen – manche waren da schon viel eher klüger – aber ich habe es auf dem Hintergrund der dortigen Erfahrung gesagt, es steht auf der Kippe. Bis 2005 ist es insgesamt eher positiv gelaufen, aber danach eindeutig negativ.

Da ist unsere Aufgabe und speziell meine Aufgabe, Initiativen zu ergreifen, Vorschläge zu machen – men-genweise Anträge, Anfragen usw., damit es eine „Sickerwirkung“ gibt. Seit zwei Jahren gibt es eine Forderung nach einem Strategiewechsel: Und dazu gehört die Einstellung von „enduring freedom“ (OEF). Und dann als nächstes, das ist für die Bundesrepublik besonders wichtig, dass man endlich mal eine Bestandsaufnahme macht, was ist denn nach sieben Jahren herausgekommen, es sind große Fehler gemacht worden.

Ich kann auch einsehen, dass ich Fehler gemacht habe. Die eigenen Fehler erkennen. Das ist dringend notwendig. Andere Länder machen das inzwischen. Kanada macht das, USA macht das sogar, die Bundesrepublik noch nicht. Da werden in der Regel billige Berichte abgegeben.

Dann als nächstes ist es notwendig, überhaupt eine Verständigung über Ziele, eine Offenlegung von Zielen zu erreichen. Es gibt legitime UN-Ziele und illegitime Einflussziele.

Dann schließlich politische Konfliktlösung auf regionaler, lokaler Ebene, soweit es geht mit den Aufständischen verhandeln. Aufbauoffensive. Ich habe so den Eindruck, da wird sich eher pflichtgemäß engagiert, aber nicht im Sinne von Aufbauoffensive.

Und der letzte Punkt dann: Leisten wir uns Frieden oder finanzieren wir Krieg? Andreas Zumach hat das vorher angesprochen, diese Kluft zwischen Militäraktionen und ziviler Krisen-Prävention – viel beschworen, oft zitiert, aber der Realität entfernt. In der Tat eine enorme Kluft. Und ich muss sagen, wenn ich in Krisenregionen unterwegs bin, treffe ich da häufig Leute, die eine Ausbildung in zivilem Friedensdienst haben. Phantastische Leistung von den Leuten. Im Ostkongo getroffen. In Afghanistan getroffen. In verschiedenen Ecken des Balkan. Usw.

Phantastisch, was die relativ wenigen Leute schaffen, das ist aber hoffnungsvoll. Und es ist auch so, dass in dem Bereich der Bedarf inzwischen so auf der Hand liegt wie nichts. Vor 15 Jahren war das eine Forderung der Friedensbewegung und der Friedensforschung. Inzwischen ist das ein Bedarf der Dringlichkeit der praktischen Politik, wenn man mit dieser Region zu tun hat.

Was das Kuriose ist, dass nämlich gerade auch oft Offiziere mit Erfahrung aus Krisenregionen auf zivile Konfliktbearbeitung besonders drängen, weil sie aus ihrer Erfahrung heraus besonders deutlich erkennen, dass unsere Möglichkeiten äußerst begrenzt sind, überhaupt etwas zu machen. Dann ist das wenigstens ein begrüßenswerter Erkenntnisfortschritt. Und aus der Richtung gibt es auch ein Drängen.

Die Nagelprobe ist ein weitergehender Aktionsplan für eine Krisenprävention. 2004 war das international ein großer Fortschritt. Ab 2006 müssen wir leider einen relativen Stillstand feststellen und Stillstand bedeutet in dem Bereich Rückschritt. Ein Angelpunkt für eine andere Politik ist etwas sichtbar zu suchen, was strukturell von der Natur erst sehr schwer sichtbar ist. Zivile Friedensförderung braucht viel mehr an Sichtbarkeit, Lobby und Druck.

Hans-Ch. v. Sponeck: *Ich glaube wird sind jetzt bereit zu reagieren auf die 5 spannenden Beiträge. Es wird nicht leicht sein, weil wir weniger Zeit*

haben und weil der Themenkatalog so groß ist. Es wäre gut, diszipliniert die Sachen zu bündeln. Ich erinnere Sie noch mal an die vier Themen, um die es geht. Aber wenn Sie andere Fragen haben, die mit den Themen nichts zu tun haben, dann ist das durchaus möglich. Wir haben nicht eine Stunde, wir haben jetzt nur noch 40 Minuten, die sollten wir gut nutzen.

Erste Frage: Welt ohne Atomwaffen und der ganze Komplex. Zweites Thema: Kalter Krieg oder Konfrontation. Drittens: Raus aus Afghanistan, aber wie. Viertens: Wollen wir uns Frieden leisten oder Krieg finanzieren? Ich versuche zu bündeln. Das Plenum ist eingeladen, sich jetzt zu melden. Ich brauche ein bisschen Hilfe, damit ich niemanden übersehe.

Plenum:

- Vor dem Hintergrund, dass die USA die Rüstungsausgaben auf 500 Mrd. Dollar erhöht haben, stellt sich die Frage: Wer setzt sich dafür ein, dass diese wieder reduziert werden? Wer setzt sich in der EU dafür ein, dass eine europäische Verfassung ohne den Passus zur Aufrüstung kommt?

- Sind die Afghanen begeistert, wenn wir uns Gedanken darüber machen, was gut ist für sie?

- Bemerkung: Mit Ausnahme der Linken sind alle Parteienvertreter, die nicht Teil der Friedensbewegung, sondern Teil der Kriegspolitik sind. Alle Parteien sind mitverantwortlich für die Leichenberge in Jugoslawien, Irak, Gaza-Streifen. Es kommt auf eine Konfliktbearbeitung und -vermittlung an. Worin besteht der Konflikt zwischen Friedensbewegung und Kriegsparteien? Er besteht darin, dass die Parteien andere Interessen vertreten und nicht, dass es verschiedene Meinungen über Konfliktlösungen gibt. Wir wollen keine Streitkräfte, weil wir keine militärische Konfliktlösung wollen. Meine Hoffnung setze ich nicht auf Obama, sondern dass mehr Leute auf die Straße gehen gegen eine kriegsverbrecherische Politik, für die ihre Parteien verantwortlich sind.

Hildebrecht Braun: Friedensfortschritt ist, wenn wir von nationalen Armeen wegkommen. – Die Parla-

mentarierInnen bitten, dass wir noch eine Zeit lang da bleiben, um die Rechte von Frauen und Kindern zu schützen. Wir können einen gewissen Schutz gewähren.

Eva Bulling-Schröter: Europäische Verfassung: Die Linke hat sie abgelehnt, weil Militarisierung drin steht. Dieser Passus muss raus. Wir sind gegen eine EU-Armee, weil diese Armee expansive Politik zur Rohstoffsicherung treiben würde. Zu Afghanistan: so schnell wie möglich raus und begleitend, gemeinsam mit den Menschen vor Ort.

Winfried Nachtwei: Europäische Verfassung: Muss nicht Aufrüstung bedeuten. Man kann am Ende mit weniger rauskommen. Anspruch der EU ist, zivile Fähigkeiten zu fördern. Die Soldaten sagen, dass sie nicht als Besatzungsarmee wahrgenommen werden. Aber ISAF und USA werden von der Bevölkerung als Besatzungsarmee wahrgenommen. Im Norden und Westen eher eine positive Haltung. Paritätische Entscheidung über Projekte. Demokratische Friedenskräfte gefragt: ISAF und internationale Streitkräfte müssen ihren Einsatz ändern, aber nicht schnell raus, sondern Abzugsperspektive.

Axel Berg: Taliban sind in Afghanistan nicht beliebt. Er weiß nicht, ob die Soldaten beliebt sind, weil er noch nicht dort war. Die Ausbildung bei der Bundeswehr hat sich komplett geändert, inzwischen wird Deeskalation geübt und gelehrt. 2 % der Bevölkerung sind nur politisch engagiert, es würde helfen, wenn sich mehr Menschen engagieren würden.

Andreas Zumach: Zeit nationaler Armeen ist überholt. Friedenspolitische Zielrichtung: Militär abbauen und ganz überwinden. Pazifistische und menschenrechtliche Perspektive: Mandat an UNO mit klar definierten Aufgaben. Drohenden und beginnenden Völkermord beenden oder verhindern. Ruanda: Der Völkermord hätte verhindert werden können, wenn sich jemand dazwischen gestellt hätte. Afghanistan: Hinweis,

wer über Politik entscheidet, nämlich 2%, ist entscheidend. Verständigung soll darüber geschehen, wie politische Veränderungsprozesse stattfinden können. Wie viel Menschen waren auf der Demo und bei der Friedenskonferenz und den anderen Veranstaltungen? Viel zu wenig. Wir müssen mehr politischen Druck machen. Was wollen wir in Afghanistan? Was sind wirklich die Interessen? Wieweit decken sich die Interessen von Deutschland und den USA? Viel zu wenig diskutiert. Was wollen wir da? Wessen Interessen sind es? Humanitär wirken? Frauen aufbauen? Geht es wirklich darum? Geht es nicht vielleicht um anderes?

Plenum:

- Frage an Axel Berg: einmal Gut, einmal böse, wie sollen wir das verstehen?



- Ebenfalls an A. Berg: Wird die OEF-Mission begrüßt, weil sie gegen die Taliban ist? Aber ist das nicht Krieg gegen den Terror? Wird genügend getan, um die Ursachen des Terrors zu beseitigen und darauf zu reagieren?

Axel Berg: Taliban haben komplett andere Werte, zum Beispiel Unterdrückung der Frauen. Sobald der Schutz vorbei ist, geht das wieder los. – NATO: Begründung dafür ist vorbei. – 11. 9. war ein Nato-

Bündnisfall. Mit dem damaligen Informationsstand war die Abstimmung so richtig, weil wir davon ausgehen mussten, dass der Angriff von Afghanistan ausging. Mit mehr Informationen hat A. Berg sich erst enthalten und dann dagegen gestimmt. – Fast alle Kriege könnten verhindert werden und wären nicht notwendig. Fast alle Kriege gehen um Energien. Deswegen setzt er sich für erneuerbare Energien ein, denn dann bräuchte es keine Kriege mehr.

Plenum: an Zumach und Sponeck: Thema Weltpolizei – der Gedanke



sollte vertieft werden. Wo sind die Hoffnungs-Indizien? Wie sieht so eine Perspektive aus?

Andreas Zumach: Keine Frage des staatlichen Gewaltmonopols, weil es fast alle Staaten dieser Erde als notwendig ansehen. Dieses ist zu überwinden und aufzugeben. Auch ein Staatenbund wäre entsprechend interessensgeleitet. Handlungskompetenz der UNO langsam stärken. Nationalstaaten sollen in Aussicht stellen, ggf. zu unterstützen mit Ressourcen (manpower, Maschinen etc.). Wir wollen das militärische Instrument begrenzen und ausschließlich bei der UNO ansiedeln. Wir sind noch nicht so weit.

Winfried Nachtwei: Was tun gegen schwere Fälle von illegaler Gewalt?

1. Klarer Rechtsrahmen.
2. Verbindliche Bindung an die UN-Charta. – Fähigkeiten der UNO stärken.

Hildebrecht Braun: Es wäre ein fulminanter Schritt, wenn es keine nationalen Armeen mehr gäbe. Es würden keine Nationen mehr gegeneinander Krieg führen. Wir wollen eine Weltregierung. Die jetzige Situation ist ein Sicherheitsrat mit China, das alles blockiert, was nicht seine nationalen Interessen sind.

Eva Bulling-Schröter: Stärkung der UN muss endlich durchgeführt werden. Was ist mit Prävention? Wie kann sie stattfinden? Der Konflikt war monatelang vorher bekannt. Es wurde nichts getan. Oder wenn Konflikte geschürt werden! Frage der Rüstungsexporte!

Hans-Ch. v. Sponeck: als UNO-Botschafter: Wir leiden unter einer Doppelmoral. Wenn die UNO das richtige Werkzeug hat, dann benutzt man es. Weil der Doppelstandard so erkannt ist, sind wir in einer Ära der tiefer werdenden Konfrontationen. Es bilden sich neue Allianzen. Indien, Russland und China. Usw. Solange das so weiter geht, wird die UNO unbrauchbar bleiben. Das wird so weiter gehen, weil dieser Doppelstandard nicht akzeptiert wird.

Plenum:

-Im Weißbuch 2006 steht, dass nicht mehr die Verteidigung der Außengrenzen das zentrale Ziel ist, sondern Handelswege und Ressourcen. Wir haben hier Leute, die nicht von ihrer Arbeit leben können und zu Maßnahmen gezwungen werden. Das Militär soll nun auch im Inneren eingesetzt werden können.

- Was machen Sie als Parlamentarier? Ich bin überrascht, wie viel Einigkeit hier herrscht! Ist das schon mal vorgekommen, eine parteiübergreifende Initiative durchzuführen? Oder kommt das nicht vor?

- Bis 2005 einverstanden mit dem Afghanistan-Einsatz? Aber die Pläne lagen schon vor 2001 in der Schublade. – Frage der Frauen, damit wur-

de nachträglich der Krieg legitimiert. Es ist nicht unsere Sache, in anderen Ländern die Emanzipation voranzutreiben.

- Was halten Sie von der Friedensbewegung, so wie sie sich Ihnen darstellt?

- Bis zu den Wahlen dafür sorgen, dass die letzten Atomwaffen in Büchel verschwinden. Initiativantrag parteiübergreifend stellen gegen die CDU/CSU.

- Was tun Sie, damit der Militärvertrag zurückgenommen wird? Gibt es eine Aussicht für Frieden, wenn wir nicht die Rüstungsindustrie verstaatlichen? Wenn der Profit weiter so groß ist und die Chance, Geschäfte zu machen?

- Sarkozy „Wir wollen weiterhin Atomwaffen haben, damit wir weiterhin Großmacht sind.“ Das ist der entscheidende Punkt, warum es weiterhin Kriege geben wird und weitere Fortführung der Ausbeutung. Durch Revolution enteignen!

Schlussbemerkungen

Winfried Nachtwei:

1. Es war nicht so, wie Berg erklärt hat. USA wollten das Bündnis erst gar nicht. Der Bündnisfall wären nur ein paar Operationen wie Großraumüberwachung gewesen. Grundlage für Einsätze im Inneren sind sie nicht.

2. Einsätze im Inneren will Schäuble unbedingt. Luftsicherheitsfall und Seesicherheitsfall. Aber damit hat er keine Chance durchzukommen, weil Ablehnung in allen anderen Parteien herrscht.

3. Parteiübergreifende Initiativen im Bundestag funktionieren am ehesten in Menschenrechtsfragen. Aber nicht mit der Linken – durch ein lächerlich dogmatisches Verhalten der Union. Sie lehnen ein Bündnis mit ihr ab. Lieber werden die gleichen Anträge doppelt eingereicht.

4. Gedanken zur Friedensbewegung: Ich habe immer Kontakte gehalten. Bisher viel zu wenig geschaut auf konstruktive Zusammenarbeit.

Eva Bulling-Schröter:

1. Bundeswehr im Inneren: Das finden wir in südamerikanischen Ländern. Das muss definitiv abgelehnt

werden. Natürlich ist auch Hartz IV Krieg gegen die Beschäftigten. Es gehen zu wenig auf die Straße!

2. Versammlungsgesetz. Wir haben geklagt, aber bis jetzt hat sich nichts verändert.

3. Die Union weigert sich, Anträge mit der Linken zusammen zu unterschreiben. Dem schließt sich die SPD als Zugeständnis an.

4. Friedensbewegung: Sie versteht sich als Teil der Friedensbewegung. Wünscht sich wieder Hunderttausende auf der Straße. Friedensbewegung ist gespalten seit dem Jugoslawienkrieg. Differenzen auch wegen Iran und Irak. Wir bräuchten eine starke Friedensbewegung. Nochmal Anlauf machen mit Kirchen, Gewerkschaften usw. Auf die Abgeordneten der CSU zugehen und fragen, wie sie es mit ihrem christlichen Gewissen halten.

5. Rüstung verstaatlichen: EADS könnte man dann schnell konvertieren. Arbeitsplätze sollen weiter bestehen, aber ohne Rüstung.

Hildebrecht Braun:

1. Rüstungsindustrie: Zahl der Mitarbeiter in den letzten 10 Jahren halbiert. Hat damit zu tun, dass die Amerikaner woanders kaufen, weil dort eine andere Entwicklung passiert.

2. Atomraketen für Bundeswehr – es gibt keinen, der meint, die BW

müsste welche haben. Raketen in Polen für den Frieden in Europa sehr gefährlich. Raketen in Iran: Von wo aus geht gegenwärtig Kriegsgefahr aus? Mit Obama geht die Gefahr in Europa noch weiter zurück.

3. Wenn im Balkan Menschen keine Angst mehr haben müssen, ist das auch die Folge der Politik, die wir gemeinsam getan haben.

4. Friedensbewegung. Reihe im Amerikahaus in München. Botschafter sprechen für ihr Land, was es beitragen kann. Frieden wollen wir alle. Hat Probleme mit Leuten, die sagen, uns gehen die Rechte der Frauen in anderen Ländern nichts an.

Plenum: Es ist nicht unsere Sache, die Emanzipation in anderen Ländern voranzutreiben. Prinzip des zivilen Friedensdienstes: niemals unsere Werte anderen aufdrängen.

Andreas Zumach:

1. Geht es bei dem Einsatz in Afghanistan wirklich um die Frage der Unterdrückung der Frauen?

2. Verstaatlichung der Rüstungsindustrie: würde uns nicht weiter bringen. Es gibt Länder, wo diese Industrie staatlich ist, trotzdem gibt es dort das Problem der Aufrüstung. Aufträge vom eigenen Staat – davon lebt diese Industrie. Auch Exporte beleben das Geschäft. Und ob das stattfindet, ist Sache der Politiker. Verdoppelung der Exporte: Politisch

gewollt und zugelassen und könnte politisch unterbunden werden.

3. Eine der bedrohlichsten Entwicklungen: Export atomwaffenfähiger U-Boote an Israel. Unsere besondere Verantwortung und der Schutz Israels widersprechen diesem Export. Müssen wir uns vorwerfen lassen, dass wir als Deutsche mitbeteiligt sind?

4. Wir haben seit geraumer Zeit eine schleichende Gewöhnung an den Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Guter Job, aber wachsende Akzeptanz der BW und ihrer Einsätze im Inneren. Müssten wir nicht die zivilen Instrumente herstellen, um mit solchen Katastrophen fertig zu werden? Ausstattung des THW? Sonst muss man immer auf die BW zurückgreifen. Es gibt derzeit keine Klage gegen die verantwortlichen Politiker!

5. Dringender Wunsch, dass die Friedensbewegung zum Thema Israel, Gaza usw. mit Politikern ein Podium ansetzt. Er ist gerne dabei.

Hans-Ch. v. Sponeck: Dank an alle. Nicht einfach alles vergessen, sondern wenn nächstes Jahr 2010 die Friedenskonferenz wieder zusammen kommt, wieder zusammensetzen zum gemeinsamen Gespräch. Wir müssen uns alle politisch aktiver verhalten. Das ist eine gute Münchner Tradition.



Friedensgebet der Religionen

Gibt Glaube Sicherheit?

Juden, Christen, Muslime und Baha'i beten für den Frieden

Am 8. Februar wurde zum Abschluss der Friedenskonferenz 2009 im Pfarrsaal von St. Anna ein Friedensgebet der Religionen gefeiert. Zu den Mitveranstaltern gehörten von der Friedensinitiative Christen in der Region München Inge Ammon und Dr. Gesine Taubert, von den Freunden Abrahams Prof. Manfred Görg, die Jüdin Michaela Rychlá, die Muslima Enisa Bialovic und Marwan Al-Moneyyer von der Muslimischen Jugend Deutschlands, von den Baha'i Harald Hackländer und von Pax Christi Gertrud Scherer und Rosemarie Wechsler.



Musikalisch begleitet wurde das mittägliche Friedensgebet vom Contra-Ensemble mit Franz Kolhuber und Brigitte Meyer (Hackbrett), Solveig Fiederling (Flöte) und Alfred Girgenhuber (Gitarre).

Die Kollekte dieses Friedensgebetes ging an „Connection e.V.“ für ihre Arbeit für und mit Kriegsdienstverweigerern in Israel. Den jungen Menschen in Israel, die aus Gewissensgründen den Wehrdienst – vor allem im Kampf gegen die Palästinenser – verweigern, drohen Gefängnisstrafen.

Die Friedenskonferenz und mit ihr das Friedensgebet der Religionen haben schon eine Tradition seit 2003. Diese



Konferenz versteht sich als Gegenstück zur „Sicherheitskonferenz“ im Bayerischen Hof, denn sie sucht und zeigt Wege zum Frieden mit nichtmilitärischen Mitteln. Zu dem gemeinsamen Friedensgebet trägt jede Vertreterin und jeder Vertreter etwas von der eigenen Religion bei, diesmal zu der Frage „Gibt Glaube Sicherheit?“ Das Hören aufeinander hilft, Fremdheit zu überwinden und Verständnis füreinander und gegenseitigen Respekt zu fördern und zu erneuern. So möchte dieses Friedensgebet auch etwas zum friedlichen Miteinander in unserer Stadt beitragen. Diesmal waren etwa 150 Personen gekommen.

Die Feier klang aus mit Gesprächen bei Tee, Kaffee und Gebäck, und Pater Cornelius, Pfarrer von St. Anna, blieb bis zum Schluss dabei.

Gertrud Scherer

Dr. Mary-Wynne Ashford

MD, Ph.D., Physician



Sie war Chemielehrerin und hatte drei Kinder in der Schule, als sie sich (mit 38 Jahren) entschloss, Medizin an der Universität von Calgary zu studieren. Sie praktizierte dann 11 Jahre lang als Hausärztin und spezialisierte sich auf Schmerzbehandlung. Sie promovierte als Dr. phil. an der Simon Fraser-Universität 1997, wo sie die Wurzeln der Gewalt studierte.

Preise:

- Sie war Co-Präsidentin der Vereinigung der Internationalen Ärzte für die Verhütung von Atomkriegen (IPPNW) als diese 1985 den Nobelpreis gewannen.
- Gandhi Award von der Simon-Fraser-Universität
- Zweimal Governor General of Canada's Medaille
- YWCA Women of Distinction Award
- YMCA Peace Medal
- The Washington Physicians for Social Responsibility Distinguished Physician Award

Aktuelles Buch: ENOUGH BLOOD SHED: 101 Solutions to Violence, Terror, and War (Co-Autor: Guy Dauncey)

Kontakt:

über Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinte KriegsdienstgegnerInnen München
Schwanthalerstraße 133, 80339 München
Tel.: 089 - 89623446, Fax: 089 - 834 15 18
mail: muenchen@dfg-vk.de, www.dfg-vk.de

Dr. Axel Berg SPD

Geboren am 26. März 1959 in Stuttgart; verheiratet.
Schulsprecher, Skirennläufer, -trainer und Taxifahrer.
Studium der Rechts- und Politikwissenschaften an den Universitäten München, Tübingen, Aix-en-Provence/Marseille und Frankfurt/Main



- seit 1993 selbständiger Rechtsanwalt.
- Mitglied des Bundestages seit 1998;
- in der 14. Wahlperiode SPD-Obmann in der Enquetekommission „Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung“;
- in der 15. Wahlperiode stellvertretender energiepolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.
- Vorstand des KulturForums der Sozialdemokratie
- Vorsitzender des Bezirksausschusses Schwabing-Freimann.

Engagements:

- für zahlreiche Bürgerinitiativen, insbesondere in der Friedens- und Anti-Atomkraft-Bewegung
- Münchner AIDS-Hilfe
- Mehr Demokratie e. V.
- lokale Agenda 21
- Gründungsvorsitzender des Freundeskreises des Münchner Metropol-Theaters
- Gründer und Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung Energiewerk
- Nachhaltige Energiewirtschaft bei der Friedrich-Ebert-Stiftung

Mitgliedschaften in Gremien des Bundestages :

- Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- Stellvertretendes Mitglied im Unterausschuss ERP-Wirtschaftspläne
- Funktionen in Unternehmen
- Deutsche Energie-Agentur GmbH, Berlin, Mitglied des Beirates, ehrenamtlich
- Green City Energy GmbH, München, Mitglied des Kuratoriums, ehrenamtlich
- PatentPool Innovations Management GmbH, München, Mitglied des Beirates
- Funktionen in Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts
- Max-Planck-Institut für Physik (Werner-Heisenberg-Institut), München, Mitglied des Kuratoriums

Funktionen in Vereinen, Verbänden und Stiftungen:

- Bundesverband BioEnergie e.V. (BBE), Bonn,
- Bundesverband Deutscher Stiftungen e.V., Berlin
- Bundesverband Deutscher Wasserkraftwerke (BDW) e.V., München
- Wasserkraftwerke Baden-Württemberg e.V., Karlsruhe
- Bundesverband Erneuerbare Energien e.V., Paderborn
- Deutsch-Mosambikanische Gesellschaft e.V., München
- elysium-between two continents-Academy of Continuing Education in the Arts, München, New York,
- energiewerk Stiftung, München
- e-Parliament- dezentrales Online-Parlament-Netzwerk, Ashford, Kent (England)
- Freundeskreis Metropol Theater München e.V., München

Kontakt:

Wahlkreisbüro München
Dr. Axel Berg MdB
Belgradstraße 15a
80796 München
Tel.: (089) 39 41 80
Fax: (089) 33 02 99 06

Hildebrecht Braun F.D.P.

„Wir auf der Erde wissen, dass wir mit allen Faktoren der menschlichen Seele und mit den Gruppendynamischen Prozessen umgehen müssen, die Frieden so schwer machen. Ich nenne nur einige Faktoren:

- *Nationaler Egoismus mit Überheblichkeitswahn*
- *Rassismus*
- *Religiöser Fanatismus*
- *Mangel an wirtschaftlichen Perspektiven*
- *Wassermangel*

oder auch das plötzliche Auftauchen von eigentlich positiven Überraschungen, nämlich Bodenschätzen wie Gold, Edelsteinen oder heute häufiger Öl und Gas, die zu Verteilungskämpfen und zur Einmischung von ausländischen Mächten führen.“



Geboren am 23. Juni 1944 in Neuendettelsau, Mittelfranken;
verheiratet.

Humanistisches Gymnasium in Windsbach;

Austauschschüler in Dayton, Ohio.

1965 bis 1970 Studium der Rechtswissenschaften in München,

1975: 2. juristische Staatsprüfung in München,

seit 1976 als Rechtsanwalt in München zugelassen.

1976 bis 1981 bei einer Münchener Versicherung tätig

Seit 1964 Mitglied der F.D.P.,

1969 bis 1990 Mitglied im Vorstand der Münchener F.D.P.,

1971 bis 1972 Fraktionsgeschäftsführer der F.D.P. im bayerischen Landtag;

seit 1991 Mitglied des Landesvorstandes der F.D.P.,

seit 1991 Mitglied des Bundesfachausschusses Wohnungsbau und Städtebau

1970 bis 1974 Mitglied des Bezirkstages von Oberbayern,

1988 bis 1994 Mitglied des Stadtrats von München.

Mitglied des Bundestages seit 1994.

Mitgliedschaften in Gremien des Bundestages:

- Ordentliches Mitglied
- Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Stellvertretendes Mitglied:

- Rechtsausschuß Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Ausschuß für Verkehr
- Untersuchungsausschuß DDR-Vermögen
- Untersuchungsausschuß Plutonium

Kontakt:

hildebrecht.braun@liberale.de

Eva Bulling-Schröter

Die Linke



Geboren am 22. Februar 1956 in Ingolstadt.

Ausbildung zur Betriebsschlosserin.

Tätig als Schlosserin bei Rieter Ingolstadt Spinnereimaschinenbau AG

Politisch aktiv seit 1974, zuerst in der DKP in verschiedenen ehrenamtlichen Funktionen, seit 1990 Mitglied der PDS jetzt Linkspartei, seit 2000 Landessprecherin der LINKEN.

Mitglied des Bundestages 1994 bis 2002 und seit 2005

in der 13. und 14. Wahlperiode umweltpolitische Sprecherin und zuständig für Tierschutz

seit November 2005 wieder umweltpolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Ehrenamtliche Tätigkeiten:

- DGB-Regions-Frauenausschuss und im IG-Metall-Frauenausschuss

Mitgliedschaften:

- BUND
- Tierschutzbundes e. V.
- Vereinigung der Tierversuchsgegner e. V.
- Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten
- Freidenker Netzwerks e. V.
- Verein zur Überwachung der Sondermüllverbrennungsanlage in Baar-Ebenhausen
- Förderverein Umweltzentrum in Ingolstadt
- Profamilia
- Mehr Demokratie e. V.
- BBU
- Eurosolar

Mitgliedschaften in Gremien des Bundestages:

- Stellvertretender Vorsitz im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- Ordentliches Mitglied im Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
- Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Kontakt:

über
DIE LINKE.Ingolstadt
Bahnhofstr. 5
85051 Ingolstadt
Tel 0841/ 9310139
www.bulling-schroeter.de

Prof. Dr. Hans-Peter Dürr



Hans-Peter Dürr studierte Quantenphysik und promovierte bei Edward Teller in Berkeley. 1978 wurde er Werner Heisenbergs Nachfolger als Direktor des Max-Planck-Instituts für Physik und Astrophysik und des Werner-Heisenberg-Institutes für Physik in München.

H.-P. Dürr gründete 1987 in Starnberg die Organisation Global Challenges Network (CGN). Im selben Jahr erhielt er den Alternativen Nobelpreis für seine fundierte Kritik an der von Ronald Reagan 1983 ins Leben gerufenen Strategischen Verteidigungsinitiative und für seine Bemühung, hoch entwickelte Technologien für friedliche Zwecke nutzbar zu machen. Das GCN knüpft ein weltweites Netz aus Projekten, Gruppen und Initiativen, um gemeinsam globale Probleme zu bewältigen, die unsere Umwelt und damit uns bedrohen. Für den Physiker, der sich mit der gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaften, der möglichen Verbindung von Ökologie und Ökonomie und Fragen der Abrüstung und Friedensforschung beschäftigt, ist die Natur der perfekte Lehrmeister für ein zukunftsfähiges Zusammenspiel.

Er ist Mitglied des Club of Rome sowie von Pugwash, einer Forschungs- und wissenschaftskritischen Gruppe, die Themen der öffentlichen Sicherheit und aktuelle Friedenspolitik diskutiert und 1995 den Friedensnobelpreis erhielt.

Für sein eigenes Engagement erhielt Dürr 1987 den Alternativen Nobelpreis und 2004 das große Bundesverdienstkreuz. Für Prof. Dürr liegt in dieser Auszeichnung eine ganz besondere Würdigung: „Ich bin nur ein Stellvertreter für die große Menge zivilcouragierter Bürgerinnen und Bürger, die als ‚Dritte Kraft‘ im Staat, neben der Politik und der Wirtschaft, auf vielfältige Weise Verantwortung übernommen haben. Diese Kräfte sind nicht mehr wegzudenken aus unserer Weltgesellschaft. Mehr noch - sie sind die eigentlichen Garanten für die Entstehung gewaltfreier, gerechter und im Einklang mit der Natur operierender Zukunftsoptionen, weil diese das Leben zukünftiger Generationen vor Augen haben und nicht nur Gewinnmaximierung und kurzzeitige Wahlerfolge“ (aus dem Porträt des Global Challenges Network, www.gcn.de/hpd.html).

2008 hat die Stadt München auf Vorschlag des Ältestenrates Prof. Dürr das Ehrenbürgerrecht verliehen.

Kontakt:

Prof. Dr. Hans-Peter Dürr
Max-Planck-Institut für Physik/ Werner-Heisenberg-Institut
Föhringer Ring 6, 80805 München
Tel. 089 - 323 54 - 280, Fax 089 - 323 54 - 304
mail: hpd@mppmu.mpg.de, www.mppmu.mpg.de

Jürgen Menzel



geb.1960, Dipl. Sozialpädagoge und Handelsfachwirt/IHK, ist selbständiger Trainer in Ziviler Konfliktbearbeitung bei act for transformation, gem. eG und Fairhandelsberater. In den 80er Jahren aktiv in der Friedensbewegung, Gründung des Fränkischen Bildungswerkes für Friedensarbeit, Nürnberg und der Friedens- und Begegnungsstätte, Mutlangen. Tätig im Mutlanger Trainingskollektiv und Durchführung gewaltfreier Aktionen gegen Atomwaffen, sowie Ost-West-Begegnungen mit Gruppen in der DDR.

Lange Jahre selbstständig als Ladner mit Biobaustoffen und Naturkost. Danach Berufsintegrationsprojekt für Jugendliche. Engagiert bei der Quäker-Hilfe und zuständig für Projekte in Krisenregionen in Nordirland, Balkan, Südafrika und Israel/Palästina, die er besucht. In Kooperation mit der Kurve Wustrow Trainings in Palästina mit lokalen NGOs zur Gewaltfreiheit.

2005-07 tätig für den DED im Sudan im Programm Ziviler Friedensdienst bei UNDP und Ausbildung sudanesischer TrainerInnen in Methoden der Konflikttransformation. Zusammenarbeit mit verschiedenen lokalen Organisationen, unter anderem mit SONAD (Sudanese Organization for Nonviolence and Development), einer lokalen NGO, die sich aktiv für Gewaltfreiheit einsetzt. Im Rahmen von Rückführungsprogrammen für Binnenflüchtlinge im Sudan mehrere PCIAS (Peace and Conflict Impact Assessment) und Initiierung von Peace Building Programs.

Nach der Rückkehr nach Deutschland Gründung der gemeinnützigen TrainerInnen-Genossenschaft „act for transformation“ (www.act4transformation.net), die Projekte im Bereich Gewaltprävention, interkulturelles und globales Lernen an Schulen durchführt, sowie Multiplikatorenschulungen. Weiter enge Kooperation mit Partnern im Sudan. Assoziiertes Mitglied bei der AGE (Arbeitsgemeinschaft entwicklungspolitischer Gutachter)/Kirchheim Teck (www.ageg.de). Mitglied im FriEnt Runden Tisch zu Tschad/Sudan von BMZ/AA und Zivilgesellschaft und seit 2008 Sprecher des Friedensausschusses der Quäker. Seit 2009 Fairhandelsberater des Dachverbands Entwicklungspolitik Baden-Württemberg zur Unterstützung von Weltläden und entwicklungspolitischen Aktionsgruppen.

Kontakt:

Jürgen Menzel
Mittelbachstr. 15
73430 Aalen
Tel. + 49(0)7361-9751045
Fax + 49(0)7361-9751165
Email: info@menzel-juergen.de
www.menzel-juergen.de

Winfried Nachtwei Bündnis 90/Grüne

Geboren am 15. April 1946 in Wulfen, Nordrhein-Westfalen; verheiratet.
1965 bis 1967 Wehrdienst.

Studium in Münster und München.

17 Jahre Lehrer für Geschichte und Sozialwissenschaften am Gymnasium
Dülmen.

- Gründungsmitglied der GAL/GRÜNEN in Münster
- seit 1980 bis Ende der 90er Jahre in der Friedensbewegung aktiv
- langjähriger friedenspolitischer Sprecher der GRÜNEN NRW.
- Mitglied des Bundestages seit 1994
- Mitglied der NATO-Parlamentarierversammlung
- Mitglied der SADC Parlamentariergruppe
- Mitglied der Deutsch-Baltischen, Deutsch-Zentralasiatischen und Deutsch-Belarussischen Parlamentariergruppe
- Seit 2002 sicherheitspolitischer Sprecher, in der 15. Wahlperiode
- stellvertretender Fraktionsvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- seit 2002 Obmann im Verteidigungsausschuss und im Unterausschuss Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Mitgliedschaften in Gremien des Bundestages (ordentliches Mitglied):

- Unterausschuss „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“
- Verteidigungsausschuss
- Arbeit des Unterausschusses „Weiterentwicklung der Inneren Führung“ erfolgreich beendet

Mitgliedschaften in Sonstigen Gremien (ordentliches Mitglied):

- Parlamentarische Versammlung der NATO (North Atlantic Treaty Organisation)
- Gemeinsamer Ausschuss nach Art. 53a GG

Weitere Mitgliedschaften:

- Friedensinitiative Nottuln
- Forum Ziviler Friedensdienst
- Bund für Soziale Verteidigung
- Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
- Friedensinitiative FREIE HEIDE, Brandenburg
- Freundeskreis der Überlebenden des Holocaust e. V., Berlin,
- Förderverein „Villa ten Hompel“, Münster
- Schirmherr des Heidelberger Schülerprojekts „peace is possible“
- Kuratoriumsmitglied von CARE International Deutschland e. V.
- Kuratoriumsmitglied vom Deutscher Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit
- Internationales Bildungs- und Begegnungswerk Minsk
- Beiratsmitglied der Wolfgang-Suwelack Stiftung, Billerbeck
- Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN)
- Vorstandsmitglied des Förderkreises „Darmstädter Signal“
- Vorstandsmitglied „Gegen Vergessen - Für Demokratie“ e. V.
- stellvertretender Vorsitzender „Freunde des Münsterlandes in Berlin e. V.“
- Mitglied im Beirat des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (ZIF)
- Vorstandsmitglied Gegen Vergessen für Demokratie e.V.
- Mitglied Lachen Helfen e.V.

Kontakt:

www.nachtwei.de

Mobil 0170/3148779

Fax 0251/861165

E-Mail: [winfried\(at\)nachtwei.de](mailto:winfried(at)nachtwei.de)



Clemens Ronnefeldt



Clemens Ronnefeldt wurde 1960 in Worms geboren.

Von 1981 bis 1986 studierte er an der Johannes-Gutenberg Universität in Mainz und an der Phil.-Theol. Hochschule St. Georgen in Frankfurt/Main. Von 1982 bis 1983 absolvierte er eine studienbegleitende Ausbildung zur Friedensarbeit an der Heimvolkshochschule Bückeburg.

Bis 1992 war er Sprecher der Katholischen Friedensbewegung Pax Christi im Bistum Mainz.

Seit 1992 ist er tätig als Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes.

Seine Schwerpunkte sind der Nahe und Mittlere Osten und das ehemalige Jugoslawien. Clemens Ronnefeldt hat teilgenommen an Friedensdelegationen im Irak, Iran, Syrien, Libanon, Israel und Palästina und an Einsätzen in Flüchtlingslagern. Darüber hinaus hat er sich beteiligt an der Unterstützung von Friedensgruppen in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien.

Er ist Autor des Buches „Die neue NATO, Irak und Jugoslawien“, herausgegeben vom deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes, Minden, 2. Auflage, 2002 sowie zahlreicher Artikel und Hintergrundanalysen.

Kontakt

A.-v.-Humboldt-Weg 8a
85354 Freising
Tel. 08161 - 54 70 15, Fax 08161 - 54 70 16
C.Ronnefeldt@t-online.de
www.versoehnungsbund.de

Prof. Dr. Werner Ruf

Werner Ruf ist Professor für internationale und intergesellschaftliche Beziehungen und Außenpolitik

Studium der Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichte und Romanistik an den Universitäten Freiburg, Paris, Saarbrücken, Tunis.

1964-1972 (mit Unterbrechungen) wissenschaftlicher Assistent am Arnold-Bergstraesser-Institut für kulturwissenschaftliche Forschung, Freiburg, und Lehrbeauftragter an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

1967 Promotion zum Dr. phil. in Freiburg mit der Dissertation „Der Burgibismus und die Außenpolitik des unabhängigen Tunesien“ (veröffentlicht im Bertelsmann Universitätsverlag 1969). Rigorosum in den Fächern Politikwissenschaft, Geschichte, Romanistik.

1968/1969 Gastprofessur am Center for International Studies der New York University.

1971-1975 Gastprofessur an der Universität Aix-Marseille III und Leiter der Forschungsabteilung des Centre de Recherches et d'Etudes sur les Sociétés Méditerranéennes (CRESM), heute: Institut de Recherches et d'Etudes sur le Monde Arabe et Musulman (IREMAM), Aix-en-Provence.

1974-1982 Professor für Soziologie an der Universität Gesamthochschule Essen.

1982 Berufung zum Professor für Internationale und intergesellschaftliche Beziehungen und Außenpolitik an der Universität Kassel. Seit April 2003 im Ruhestand.

1974-1989 Leiter des Kurses „Mediterranean Studies“ am Inter-University Centre for postgraduate studies, Dubrovnik.

1978-1994 Mitglied des Exekutiv-Komitees des IUC (*Inter University Center*), Dubrovnik und mehrere Jahre dessen Stellvertretender Vorsitzender.

Er ist u.a. Mitglied der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung und des Instituts für Internationale Politik sowie Autor zahlreicher Bücher.

Als Gutachter war er bisher u.a. tätig für die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), für die Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes und die EU-Kommission.

Kontakt:

über Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinte KriegsdienstgegnerInnen München
Schwanthalerstraße 133, 80339 München
Tel.: 089 - 89623446, Fax: 089 - 834 15 18
mail: muenchen@dfg-vk.de, www.dfg-vk.de



Forschungsschwerpunkte:

- Politik, Wirtschaft und sozialer Wandel in Nordafrika und im Nahen Osten, Dritte-Welt-Forschung.
- Massenkommunikationsforschung,
- Theorie der Internationalen Beziehungen,
- Entwicklung internationaler Organisationen, insbesondere EU und UN-System, Sicherheitspolitik,
- Friedens- und Konfliktforschung
- Migrationsforschung,
- Politischer Islam

Buchpublikationen (Auswahl):

- (als Hrsg. gemeinsam mit Rémy Leveau): Migration und Staat. Innerund intergesellschaftliche Prozesse am Beispiel Algerien, Türkei, Deutschland und Frankreich. Lit-Verlag Münster 1991, 258 S.
- Die neue Welt-UN-Ordnung. Vom Umgang des Sicherheitsrates mit der Souveränität der „Dritten Welt“, agenda- Verlag Münster 1994, 239 S.
- (als Hrsg.) Gemeinsam mit Martina Haedrich): Globale Krisen und Europäische Verantwortung – Visionen für das 21. Jahrhundert. Nomos- Verlag Baden-Baden, 1996
- Die algerische Tragödie - Vom Zerschneiden des Staates einer zerrissenen Gesellschaft, agenda-Verlag Münster 1997.
- (als Hrsg.): Islam and the West, agenda-Verlag Münster 2002, 166 S.
- (als Hrsg.): Politische Ökonomie der Gewalt – Staatszerfall und die Privatisierung von Gewalt und Krieg. Opladen, 2003, 388 S.

Mechthild Schreiber

„Ihr seid immer gegen alles: gegen Rüstung, gegen Militär, gegen Krieg...gut, gegen Krieg sind wir auch – aber zur Verteidigung und zur Lösung von Konflikten brauchen wir doch Rüstung und Militär! Was wollt Ihr denn stattdessen? Seid ihr eigentlich auch für irgend etwas?“

In den 90er Jahren hatte die Friedensbewegung an Volumen und Wirksamkeit verloren. Mit dem Ende der Blockkonfrontation und den Abrüstungsversprechen der Großmächte war bei vielen der Saft raus! Das verbliebene Häuflein der Aktiven schien sich anlässlich der Balkankriege tatsächlich nur auf Protest gegen IFOR, KFOR, gegen militärische Einsätze grundsätzlich zu beschränken.



Um solchen und ähnlichen Vorwürfen aus dem Bekanntenkreis nicht mehr hilf- und ratlos ausgeliefert zu sein, begann ich mich sorgfältiger in den Lektüre- und Veranstaltungsangeboten der Szene umzuschauen. Der Zufall kam mir zu Hilfe: „Frieden muss von unten wachsen“ – das war das Motto einer Tagung der Petra-Kelly-Stiftung und für mich der Beginn meines Engagements für das „forumZiviler Friedensdienst“.

Seitdem beschäftige ich mich intensiv mit den Theorien Gewaltfreier Konfliktbearbeitung, informiere mich über bereits erprobte Praktiken, über Chancen und Grenzen ihres Einsatzes, sowie über die Ausbildung zu speziellen Friedensfachkräften.

In unserm mittlerweile gegründeten „Regionalforum Ziviler Friedensdienst Südbayern“ engagiere ich mich in der Öffentlichkeitsarbeit, um diese alternative Möglichkeit, Konflikte zwischen sozialen Gruppen und Staaten gewaltfrei auszutragen, in Gesellschaft und Politik bekannt zu machen.

Die Devise lautet:

Frieden braucht Fachleute!

Kontakt:

Mechthild Schreiber
Wöhlerstr. 29
81247 München
Tel.: 089/8116731

Hans-Christof Graf Sponeck

Hans-Christof von Sponeck ist ehemaliger UNO-Koordinator für den Irak und ehemaliger Beigeordneter Generalsekretär der UNO. Er wurde 1939 in Bremen geboren. Er ist verheiratet und hat drei Kinder.

Seine Schulausbildung erfolgte in Schloss Salem und Marlborough College (GB). Es folgten Studienaufenthalte in Bonn, Tübingen und den USA. Er beendete diese mit dem BA und dem MA in den Fächer Demographie and Physische Anthropologie.

Er erhielt ein Stipendium der Stiftung Zeligja aus Frankreich für Flüchtlingsarbeit in Hongkong und Assistentenstellen der Washington State University und des Ost-West-Zentrums der Universität von Hawaii. Er besuchte Trainingsprogramme des Institutes für Wirtschaftliche Entwicklung der Weltbank, der Internationalen Arbeitsorganisation und dem Social Institute in Den Haag.

In den 60er Jahren war er tätig als Entwicklungsbeauftragter der deutschen Stiftung für Internationale Zusammenarbeit in Bonn. Dann wechselte er zu den Vereinten Nationen und blieb dort in verschiedenen Ämtern über mehr als 30 Jahre bis zum Jahr 2000, u.a. als ständiger UNO-Beauftragter. Er arbeitete in Europa, Afrika, Amerika und Asien. Er war zuletzt als Koordinator für den Irak und Beigeordneter Generalsekretär verantwortlich für das Programm „Öl für Lebensmittel“. Im Jahr 2000 trat er zurück.

Graf Sponeck hat zahlreiche Schriften und Beiträge in verschiedenen Sprachen veröffentlicht. Sein aktuelles Buch trägt den Titel „Ein anderer Krieg. Das Sanktionsregime der UNO im Irak“.

Er ist Aufsichtsratsmitglied in einer Vielzahl internationaler nichtstaatlicher Organisationen, Berater für multilaterale Fragen und Consultant für Nachwuchsförderung im internationalen Dienst.

Ausgezeichnet wurde er mit dem Johanniterorden, dem Humanitarian Award des Arabisch-Amerikanischen Anti-Diskriminierungs-Komitees, dem Coventry Friedenspreis der Church of England, dem Friedensstifterpreis der Washingtoner Physiker für soziale Verantwortung und dem Bremener Friedenspreis.

Schirmherr der Internationalen Münchner Friedenkonferenz

Kontakt:

über Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinte KriegsdienstgegnerInnen München
Schwanthalerstraße 133, 80339 München
Tel.: 089 - 89623446, Fax: 089 - 834 15 18
mail: muenchen@dfg-vk.de, www.dfg-vk.de



Jakob von Uexküll

Gründer des Right Livelihood Award („Alternativer Nobelpreis“) und Gründer des WFC (World Future Council)

Jakob von Uexküll wurde 1944 in Uppsala, Schweden, als Sohn des Schriftstellers und Journalisten Gösta von Uexküll und als Enkel des Biologen Jakob von Uexküll geboren. Nach seiner Schulzeit in Schweden und Deutschland schloss er sein Studium am Christ Church College in Oxford mit einem Master of Arts in Politikwissenschaften, Philosophie und Wirtschaftswissenschaften ab.

Ehemaliges Mitglied des Political Affairs Committee des Europaparlaments. Er hat die schwedische und die deutsche Staatsbürgerschaft. Jakob von Uexküll ist verheiratet und hat drei Kinder. Er lebt mit seiner Familie in London.

Tätigkeitsgebiete: Die Gründung des Right Livelihood Award („Alternative Nobelpreis“) erfolgte 1980, die des World Future Councils im Mai 2007. Er ist außerdem Mitgründer von The Other Economic Summit. Er ist Schirmherr von Friends of the Earth International und war Treuhänder der New Economics Foundation, London. Außerdem ist er Mitglied der Globalen Kommission zur Finanzierung der Vereinten Nationen, war Mitglied des Aufsichtsrats von Greenpeace Deutschland und im Steuerungsrat von Transparency International.

Er ist Autor diverser Publikationen, unter anderem von „Das sind wir unseren Kindern schuldig“ und „Die Zukunft gestalten – World Future Council: Aufgaben des Weltzukunftsrates“.

Auszeichnungen: Jakob von Uexküll wurde 2005 vom Time Magazine als „European Hero“ geehrt. In Liechtenstein erhielt er 2006 den Großen Binding Preis für den Schutz von Natur und Umwelt. 2008 wurde er von der Erich-Fromm-Gesellschaft für sein zukunftsorientiertes Engagement ausgezeichnet – es soll künftigen Generationen ein menschenwürdiges Leben in einer globalisierten Welt ermöglichen.



Kontakt:

Right Livelihood Award Foundation
PO Box 15072
104 65 Stockholm
Schweden
Telefon:
0046 8 702 03 40 oder 702 03 37
Telefax:
0046 8 702 03 38
e-mail: info@rightlivelihood.org

zum Right Livelihood Award:

Der Right Livelihood Award wurde 1980 von Jakob von Uexküll ins Leben gerufen. Heute ist er besser bekannt als „Alternativer Nobelpreis“. Über die Vergabe entscheidet eine internationale Jury.

Seit 1985 findet die Verleihung jedes Jahr im schwedischen Reichstag statt – ein bis drei Tage vor der Nobelpreisvergabe am 10. Dezember. Drei oder vier Preisträger teilen sich das Preisgeld von zwei Millionen schwedischen Kronen, umgerechnet etwa 200.000 Euro. Das Geld dient der Unterstützung ihrer Arbeit und ist nicht für den persönlichen Gebrauch bestimmt. Zusätzlich zu den Geldpreisen wird meist ein undotierter Ehrenpreis vergeben.

Der Preis unterstützt die Arbeit der Preisträger finanziell. Darüber hinaus dient er dazu, das Wissen und die praktischen Lösungsansätze seiner Preisträger international zu verbreiten. Die Glaubwürdigkeit und die internationale Aufmerksamkeit, die der Preis bringt, sind dabei genauso wichtig wie die finanzielle Unterstützung.

Die Belange der Stiftung werden von einem fünfköpfigen Vorstand entschieden, dessen Vorsitzender der Gründer Jakob von Uexküll ist. Dem Vorstand stehen ein internationaler Beirat und die ebenfalls internationale Jury zur Seite.

Der „Alternative Nobelpreis“ wird von privaten Spendern finanziert. Der erste war Jakob von Uexküll, der 1980 selbst das Grundkapital von einer Million US-Dollar legte. Seit dem sind viele private Unterstützer seinem Beispiel gefolgt: unsere Partner, die mit sehr großzügigen Beiträgen das Kapital der Stiftung mit aufgebaut haben und aufbauen; der Kreis der Freunde des „Alternativen Nobelpreises“ - Menschen, die mit größeren Beiträgen die laufende Arbeit des Preises möglich machen; und viele weitere großzügige Spender.

Andreas Zumach

Parteilos, Journalist, seit 20 Jahren bei der UNO in Genf stationiert.

Er schreibt für die Taz. Darüber hinaus ist er für eine Reihe anderer regionaler und nationaler Zeitungen, Magazine und den öffentlichen Rundfunk in Deutschland, der Schweiz und Österreich tätig.

Er veröffentlichte zahlreiche Beiträge in deutsch- und englischsprachigen Büchern sowie Fachpublikationen zu Themen wie Sicherheitspolitik, Rüstungskontrolle und Abrüstung. 1997 wurde Zumach mit dem Preis des Verbandes der UNO-Korrespondenten in New York ausgezeichnet für die weltweit beste Berichterstattung über die UNO. Buch zusammen mit Hans-Christof von Sponeck : „Irak - Chronik eines gewollten Krieges“



Biographisches:

Andreas Zumach wurde 1954 in Köln geboren. Seit 1998 bearbeitet er vom europäischen UN-Büro in Genf aus als Korrespondent u.a. für die deutsche Tageszeitung „taz“ UN-Themen und andere internationalen Angelegenheiten.

1981-1988: Organisator und Sprecher für verschiedene deutsche Organisationen der Friedensbewegung, u.a. des bundesweiten Koordinierungsausschusses der Friedensbewegung

1979-1981: Herausgeber der deutschen Tageszeitung „Die Neue“ für internationale Angelegenheiten, Auslandskorrespondent in Südafrika

1975-1978: Studium der Fächer Volkswirtschaft und Journalismus an der Universität Köln und der Kölner Journalistenschule; Organisator der deutschen Kampagne zu Handels- und Werbepraktiken des Nestle-Konzerns und anderer Babynahrungsherstellern in Afrika, Asien und Lateinamerika

Kontakt:

Andreas Zumach
Salle de Presses 1
Palais des nations
1211 GENÈVE 10, Schweiz
Tel. 0041/22/9173791
Fax 41/22/7342361
mail: andreas.zumach@itu.int.



*In München: ein „Friedenspfahl“ der
World Peace Prayer Society*

May Peace Prevail on Earth
 世界人類が平和でありますように
 Niech będzie pokój na Ziemi
 Puisse la paix régner dans le monde
 ישראל שלום עלי אדמות
 السلام للعالم أجمع
 Möge Friede auf Erden sein

Trägerorganisationen:



Dem 1914 gegründeten Internationalen Versöhnungsbund gehören rund 100 000 Menschen in 40 Staaten der Erde an. Ihnen gemeinsam ist die Vision einer Welt, in der Menschen geschwisterlich miteinander leben und Konflikte gewaltfrei gelöst werden. Der Verband hat Beraterstatus bei den Vereinten Nationen. Der Sitz des Deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes ist in Minden.

Kontakt:

Internationaler Versöhnungsbund - Deutscher Zweig e.V.
Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Tel. 0571 – 850875
Fax 0571 – 8292387
www.versoehnungsbund.de
vb@versoehnungsbund.de

Netzwerk Friedenssteuer, Region Bayern



Das Netzwerk umfasst interessierte Personen aus der ganzen Bundesrepublik, die sich für ein Zivilsteuergesetz einsetzen, das den Menschen die demokratische Wahlmöglichkeit gibt, dass ihre Steuern ausschließlich für zivile Zwecke verwendet werden. Einige dieser Personen verweigern Militärsteuern aus Gewissensgründen. Allen ist der Grundrechtsaspekt und der demokratische Wert eines Zivilsteuergesetzes wichtig.

Kontakt:

www.netzwerk-friedenssteuer.de
Spenden: Netzwerk Friedenssteuer e.V.
Spendenkonto: 700 160 160 0; GLS-Gemeinschaftsbank, BLZ 430 609 67

Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Landesverband Bayern

Die DFG-VK ist ein deutscher Zweig der Internationale der Kriegsdienstgegner (War resisters International, WRI, gegründet 1921, u.a. von Albert Einstein). Die Grundsatzerklärung der Internationale der Kriegsdienstgegner lautet:



„Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuwirken.“

Kontakt:

Schwanthalerstr. 133
80339 München
Tel 089/ 89 62 34 46
www.dfg-vk.de/muenchen; www.dfg-vk.de/bayern
www.dfg-vk.de; www.wri-irg.org
www.schritte-zur-abruestung.de
muenchen@dfg-vk.de

Helmut-Michael-Vogel Bildungswerk

Das Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk ist der gemeinnützige Verein zur Förderung der Friedensarbeit der DFG-VK Bayern.

Kontakt:

c/o DFG-VK
Tel. 089/ 89 62 34 46,
Di., Mi., Do. 11.00 - 17.00 Uhr
www.h-m-v-bildungswerk.de
Spenden: H-M-V- Bildungswerk, Kto. No. 33 60 68 851, Postbank Nürnberg, BLZ 760 100 85



BILDUNGSWERK E.V.

Helmut-Michael-Vogel-
Verein zur Förderung
der FRIEDENSARBEIT
der DFG-VK Bayern

pax christi

Als internationale katholische Friedensbewegung benennt pax christi Missstände in Politik und Gesellschaft und bezieht klare Positionen, wo Menschenrechte verletzt und Konflikte mit Gewalt ausgetragen werden.

Kontakt:

Marsstr. 5
80335 München
Tel. und Fax: 54 38 515
www.paxchristi.de
www.erzbistum-muenchen.de/paxchristi
paxchristi.muenchen@t-online.de
Spendenkonto: 887 36 – 801, Postbank München, BLZ 700 100 80



Friedensinitiative Christen in der Region München e.V.

Ziel der Friedensinitiative ist die Förderung und Unterstützung der ökumenischen Arbeit für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

Die Initiative hat sich 2009 aufgelöst.

Kontakt:

c/o Inge Ammon
Jägerstr. 24
82256 Fürstenfeldbruck.
inge@ammon-ffb.de
Spendenkonto: 3728 83 – 806, Postbank München, BLZ 700 100 80



Kreisjugendring München-Stadt

Der Kreisjugendring München-Stadt (KJR) ist die Arbeitsgemeinschaft der rund 60 Münchner Jugendverbände und -gemeinschaften, sowie Träger von fast 50 städtischen Freizeitstätten. Ziel und Grundlage seines Handelns sind Toleranz, Friede, soziale Gerechtigkeit, Völkerverständigung und demokratische Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen.

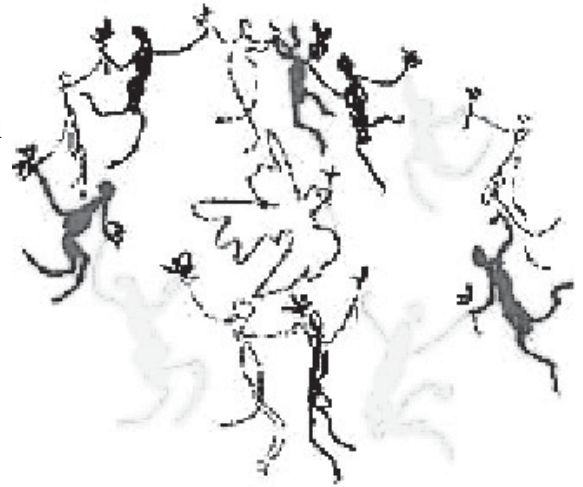
Kontakt:

Kreisjugendring München Stadt
Postfach 151 223
80047 München
Tel: 089/514106-10
www.kjr-m.de



NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit

Wir sind nicht nur verantwortlich für das was wir tun, sondern auch für das, was wir widerspruchslos hinnehmen. Was uns bewegt, ist die Verantwortung für Frieden und Abrüstung, das Ökosystem Erde, die Folgen unseres eigenen Tuns. Wir wollen das mit Fachwissen und unserem persönlichen Engagement zur Wahrung des Friedens für ethisch verantwortlichen Umgang in Wissenschaft und Technik und ihre Folgen bewirken. Unsere Mitgliederzeitung heißt „Wissenschaft & Frieden“.



Kontakt:

NaturwissenschaftlerInnen-Initiative e. V.
Glinkastr. 5-7
10117 Berlin
Tel.: 0 30 – 31 99 66 86
Fax: 0 30 – 31 99 66 89
www.natwiss.de
vorstand@natwiss.de
Spenden: NaturwissenschaftlerInnen-Initiative
Kto. Nr. 393408-504, Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50

Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München e. V.

Das Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München ist eine lokale Organisation, die den folgenden Zweck hat:



- Menschen mit der Haltung und dem Prozess der Gewaltfreien Kommunikation nach Marshall Rosenberg bekannt und vertraut zu machen.
- Menschen, die sich für die Gewaltfreie Kommunikation einsetzen, miteinander zu vernetzen.
- Menschen dabei zu unterstützen, lebensdienliche Strukturen zu schaffen.

Mit unserem Netzwerk setzen wir uns für einen neuen Weg ein, mit der Sprache bewusst und verantwortungsvoll umzugehen, damit es uns schrittweise gelingt,

- uns so zu verständigen, dass wir echte Chancen haben, das zu bekommen, was wir brauchen,
- Gedankenmuster, die zu Ärger und Aggressionen führen, zu verstehen und abzubauen,
- auf dem Weg hin zu einer Konfliktlösung weder unser Anliegen aufzugeben, noch die Beziehung zu unseren Mitmenschen aufs Spiel zu setzen,
- konkret umsetzbare Handlungsschritte zur Veränderung für uns und unser Gegenüber zu entwickeln mit dem Ziel, die Anliegen aller im Auge zu behalten.

Kontakt

Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München e. V.
Postfach 50 04 71
80974 München
Tel. 089-15090831
kontakt@gewaltfrei-muenchen.de Spenden: Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation e. V.
Kto.-Nr. 436054, Raiffeisenbank München Nord, BLZ: 70169465

Projektgruppe „Münchner Sicherheits-Konferenz verändern“ e.V.

Die Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e.V. will die alljährlich stattfindende „Münchner Sicherheitskonferenz“ (MSK) gewaltfrei verändern. Die Sorge für Frieden in Gerechtigkeit unter allen Menschen und Völkern, die Sorge für sozialen Ausgleich und ökologische Nachhaltigkeit sollen in Zukunft Inhalt und Ziel sein.



Kontakt:

c/o Klaus Mittlmeier
Amselstr. 5
85579 Neubiberg
Tel. 089 – 660 901 38
kaamu@web.de
Spenden: Projektgruppe MSKverändern
Kto.Nr. 416370 Stadtparkasse München, BLZ 701 500 00

Bund Naturschutz in Bayern e. V.

Entsprechend seiner Satzung verfolgt der Bund Naturschutz in Bayern e.V. (BN) das Ziel, die natürlichen Lebensgrundlagen von Menschen, Tieren und Pflanzen vor weiterer Zerstörung zu bewahren und wiederherzustellen.



Der BN ist der bayerische Landesverband des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND). Der BN ist der älteste und größte Umweltschutzverband Bayerns, ist wirtschaftlich, parteipolitisch und konfessionell unabhängig und dient ausschließlich gemeinnützigen Zwecken.

Er ist nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes als Umweltverband anerkannt und wird bei Eingriffen in den Naturhaushalt angehört.

Kontakt:

Kreisgruppe München:
Pettenkoferstraße 10 a
80336 München
Tel. 089-5156760
Fax 089-51567677
www.bn-muenchen.de
info@bn-muenchen.de



www.friedenskonferenz.info